

2/2003

POLITIK &

Zeitschrift für die Praxis
der politischen Bildung

UNTERRICHT

Die siebziger Jahre

Facetten eines Jahrzehnts

Neue soziale Bewegungen –
zwei Beispiele

Die neue Ostpolitik

Die Ära Honecker

Terrorismus



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

ISSN 0344-3531

POLITIK & UNTERRICHT wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

Herausgeber und Chefredakteur:

Dr. h. c. Siegfried Schiele, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Redaktionsteam:

Otto Bauschert, M.A., Oberregierungsrat, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart (geschäftsführender Redakteur)

Ernst-Reinhard Beck, MdB, Oberstudiendirektor a. D., Pfullingen

Judith Ernst-Schmidt, Studienrätin, Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule für Elektrotechnik), Stuttgart

Ulrich Manz, Rektor der Schiller-Schule Esslingen (Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule)

Horst Neumann, Ministerialrat, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart

Angelika Schober-Penz, Studienassessorin, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart

Karin Schröer, Reallehrerin, Eichendorff-Realschule Reutlingen

Anschrift der Redaktion:

70184 Stuttgart, Staffenbergstraße 38
Tel. (0711) 16 40 99-42/45, Fax (0711) 16 40 99-77

E-Mails der Redaktion:

otto.bauschert@lpb.bwl.de
sylvia.roesch@lpb.bwl.de

POLITIK & UNTERRICHT erscheint vierteljährlich

Preis dieser Nummer: € 2,80

Jahresbezugspreis € 11,20.

Unregelmäßig erscheinende Sonderhefte werden zusätzlich mit je € 2,80 in Rechnung gestellt.

Verlag: Neckar-Verlag GmbH,
78050 Villingen-Schwenningen, Klosterring 1,
www.neckar-verlag.de

Druck: Baur-Offset GmbH & Co.
78056 Villingen-Schwenningen, Lichtensteinstraße 76

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Die siebziger Jahre

Vorwort des Herausgebers	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

Unterrichtsvorschläge

Einleitung	3
Baustein A Facetten eines Jahrzehnts	7
Baustein B Neue soziale Bewegungen – zwei Beispiele	8
Baustein C Die neue Ostpolitik	9
Baustein D Die Ära Honecker	11
Baustein E Terrorismus	13

(Alle Bausteine: Gerhart Maier)

Texte und Materialien

für Schülerinnen und Schüler 15–48

Internetseiten zum Thema (Albrecht Mangler)	48
AV-Medien zum Thema (Hanns-Georg Helwerth)	U 3

Internet: <http://www.lpb.bwue.de/publikat.htm>

Vorwort des Herausgebers

POLITIK & UNTERRICHT setzt mit dieser Ausgabe eine bewährte und beliebte Serie fort. Die früher erschienenen Hefte zum Kriegsende 1945, zur Nachkriegszeit sowie zu den fünfziger und sechziger Jahren waren alle stark nachgefragt und sind inzwischen – auch beim Neckar-Verlag – nicht mehr vorrätig. Die Resonanz auf unser Angebot ist also nicht allein davon abhängig, ob ein Thema wortwörtlich so in den Lehrplänen steht. Entscheidend ist wohl, dass wir die Erwartungen unserer Adressaten möglichst gut treffen. Das ist uns – so hoffen wir – auch dieses Mal gelungen. Die siebziger Jahre, die wir hier präsentieren, sind keine Ein-

heit. Das sieht man anschaulich an den unterschiedlichen Aspekten, die wir im ersten Baustein beleuchten. Etwa in der Mitte des Jahrzehnts registriert man geradezu einen Riss durch die Dekade. Regierte vorher noch der aus den Sechzigern überkom-



mene Optimismus, so bestimmten jetzt wirtschaftliche und politische Rückschläge das Feld. Folgende für die Siebziger typische Bereiche schlagen wir für eine exemplarische Behandlung vor: die Anti-Atomkraft- und die Frauenbewegung als neue soziale Bewegungen, die neue Ostpolitik als deutsche Variante der Entspannungspolitik und schließlich die Herausforderung und Bewährung des demokratischen Rechtsstaates in der Zeit der Terroranschläge.

Es ist neu für unsere zeitgeschichtliche Reihe, dass wir der Entwicklung in der DDR einen eigenen Baustein widmen. Das hat seinen Grund darin, dass gerade in diesen Jahren das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten ausdrücklich zum Thema des politischen Handelns wurde und durch eine auffallende Mischung aus Annäherung und Abgrenzung bestimmt war. Im Rückblick kann man sagen, dass bereits in der Politik dieser Zeit der Keim für den späteren Zusammenbruch des Systems und damit für die Überwindung der Teilung gelegt war.

Wie meist in unseren Heften verweisen wir auch dieses Mal wieder auf einschlägige Internetseiten und AV-Medien zum Thema. Für die Schülerinnen und Schüler besonders reizvoll sind die Siebziger aber, weil sie bei diesem Thema ihre Lehrerinnen und Lehrer als Experten befragen können. Auch die Lehrenden anderer Fächer sind als Zeitzeugen kompetent, dazu kommen alle jene, die in diesem Jahrzehnt prägende Phasen ihrer Biographie erlebt haben. Das sind nicht wenige der heute Unterrichtenden, aber auch Eltern, Verwandte oder sonstige Bekannte. Wir wünschen spannende Unterrichtsstunden.

Dr. h. c. Siegfried Schiele
Direktor der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

„Arme verschränken“ hieß der Befehl noch um 1970, wenn die Grundschulkinder zu unruhig wurden; Handarbeitsunterricht gab es nur für Mädchen, unverheiratete Lehrerinnen wurden mit Fräulein angesprochen; nicht zum neuesten Hit wurde geturnt, sondern zum Tamburin; die Sachkunde hieß noch Heimatkunde und Peter und Suse aus der Fibel begleiteten die ABC-Schützen in die Welt des Lesens und Schreibens. Von heute aus betrachtet eine ziemlich verstaubte Angelegenheit, bis dann Reformideen umgesetzt wurden, bis die Mengenlehre kam, die Gruppenarbeit, der Französischunterricht am humanistischen Gymnasium und der koedukative Technikunterricht, in dem Jungen das Stricken und Mädchen das Hämmern lernten.

Nur dreißig Jahre liegt das zurück und scheint doch weit weg. Aber diese Zeit ist fest verhaftet in der Erinnerung der Lehrenden und in der Erinnerung derjenigen Eltern, deren Kinder zur Zeit die Schule besuchen. Für die jetzigen Schülerinnen und Schüler, die kaum noch wissen, dass ihr Land jahrzehntelang durch Mauer und Stacheldraht geteilt war, ist das Geschichte. Umso mehr ein Grund, sich damit im Unterricht zu beschäftigen.

Dankenswerterweise legt die Landeszentrale für politische Bildung nun ein Heft zum Thema „Die siebziger Jahre“ vor, das die Aufbruchstimmung der ersten Hälfte des Jahrzehnts, aber auch die Ernüchterung in der zweiten Hälfte beschreibt. Charakteristische Aspekte der Dekade werden vorgestellt, für den Unterricht aufgearbeitet und mehrfach mit hervorragenden Strukturzeichnungen veranschaulicht: die neuen sozialen Bewegungen, die neue Ostpolitik und der Terrorismus. Dabei beschränkt sich der Blick nicht nur auf die damalige Bundesrepublik, sondern bezieht die Entwicklungen in der DDR mit ein. Denn auch dort vollzog sich unter der Regierung Honeckers ein politischer und gesellschaftlicher Wandel: Die faktische Anerkennung der Zweistaatlichkeit durch den Grundlagenvertrag ließ die DDR als eigenen, selbstständigen Staat agieren. Gleichzeitig brachte die Neuorientierung der ostdeutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bevölkerung einerseits mehr soziale Sicherheit und mehr Wohlstand, auf der anderen Seite ging diese Entwicklung mit einer immer stärkeren staatlichen Überwachung einher. Beide Elemente haben schließlich zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt.

Es lohnt sich, mit Jugendlichen die vielfältigen Impulse dieses Jahrzehnts genauer zu betrachten, damit die Schülerinnen und Schüler die siebziger Jahre nicht nur als Modetrend und Retrolook – reduziert auf Schlaghosen und Platteauschuhe – erleben, sondern erkennen, dass die Veränderungen dieses Jahrzehnts Deutschland entscheidend geprägt haben, politisch wie gesellschaftlich, und dass vieles von dem, was damals die Menschen beschäftigte, noch jetzt wirksam ist.

Johanna Seebacher

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Autor dieses Heftes

Gerhart Maier, Professor i. R.,
Esslingen am Neckar

Die siebziger Jahre

Einleitung

Zur Relevanz des Themas

Für Jugendliche von heute ist die Auseinandersetzung mit den siebziger Jahren in doppelter Hinsicht von Bedeutung: einerseits als ein Kontrastmodell zur erlebten Gegenwart, andererseits als Begegnung mit einer Alltagskultur, die in der Gegenwart teilweise wieder auflebt.

1. Die siebziger Jahre sind für die Jugendlichen eine weit zurückliegende – bisweilen gänzlich fremde und befremdliche – Geschichte, aber zugleich hat diese Dekade ihre Eltern, Lehrerinnen und Lehrer geprägt. Der Unterricht kann dazu beitragen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Älteren besser zu verstehen. Freilich muss dabei auch der geschichtliche Wandel bewusst gemacht werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen den eigenen Standort bestimmen in der Abgrenzung zu jener Zeit, die sich in ihren gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Erscheinungsformen stark von der Gegenwart unterscheidet. Das Interesse der Jugendlichen an Gegenmodellen zum eigenen Lebensstil ist besonders groß und solche Kontraste ermöglichen eine produktive Beschäftigung gerade mit der jüngsten Geschichte.
2. Andererseits sind die siebziger Jahre heute wieder erstaunlich präsent und aktuell. Die Dekade von 1970 bis 1980 hat Konjunktur; eine Vielzahl von Bildbänden, Erinnerungen und wissenschaftlichen Darstellungen über die siebziger Jahre ist in den letzten Jahren erschienen. „Die siebziger Jahre hören nie auf“, schreibt die Berliner Zeitung auf ihrer Website vom 14. Februar 2001 und weist auf die grassierende Nachfrage nach Bildern, Geschichten, Schlagern und Mode dieser zehn Jahre hin. Man kann geradezu von einer „Renaissance der Siebziger“ sprechen. Mode und Design sowie Verhaltensweisen der siebziger Jahre werden wie selbstverständlich wieder aufgegriffen; dabei kommt es nicht selten zu einer Verklärung und ungerechtfertigten Idealisierung dieses Jahrzehnts. Eine kritische Überprüfung im Unterricht liegt also nahe.



SPIEGEL-Titel vom 29. Januar 2001

Facetten eines Jahrzehnts

Den Auftakt zur neuen Dekade bildete ein einschneidender Politikwechsel: Während von der CDU/CSU geführte Regierungen die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwanzig Jahre lang bestimmt hatten, wurde 1969 die sozialliberale Koalition gebildet und die Unionsparteien mussten sich unerwartet auf die Oppositionsrolle einstellen. Das war eine neue politisch-parlamentarische Konstellation, welche für die siebziger Jahre bestimmend blieb. Verstärkt traten die Themen Deutschland- und Ostpolitik, Gesellschaftspolitik – voran die Pläne für eine neue Bildungspolitik – und die Mitbestimmung in den Unternehmen in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Die siebziger Jahre wurden so zu einem Jahrzehnt gesteigerter politischer und gesellschaftlicher Kontroversen und Konfrontationen. Ein tiefgreifender Politikwandel und

eine neue Aufbruchstimmung, die weite Kreise der Bevölkerung erfasste, brachen sich Bahn: „In der Regierungszeit Willy Brandts hatte sich das Gesicht der Bundesrepublik gründlicher verändert als unter seinen Vorgängern Kiesinger und Erhard. Der Historiker Manfred Görtemaker hat mit Recht von einer ‚Umgründung der Republik‘ gesprochen“.¹

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen lag signifikant hoch: 1972 bei 91,1 Prozent, 1976 über 90 Prozent. Politisches Engagement – auch außerhalb der etablierten Parteien – war ein Kennzeichen der siebziger Jahre. Neue soziale Bewegungen, die bisher allenfalls ein Schattendasein geführt hatten, fanden öffentliche Aufmerksamkeit und eine schnell wachsende Zahl von Anhängern; zu nennen sind hier vor allem die Frauenbewegung, die Anti-Kernkraft-Bewegung, die Gesamtschulbewegung und die Umweltbewegung. (Vgl. Baustein B). Auch die sprunghaft ansteigende Zahl der Bürgerinitiativen, die sich um die Verbesserung des unmittelbaren Lebensumfeldes verdient machten, beweisen das gesteigerte Interesse am politischen Geschehen und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, sich stärker als je zuvor in die Gestaltung der Politik einzumischen.

Den Deutschen ging es während der siebziger Jahre so gut wie nie zuvor: „Anfang der siebziger Jahre hatte sich das Wohlstandsniveau weitgehend verallgemeinert. Ein großer Teil der Bevölkerung verfügte über große und gut ausgestattete Wohnungen (oder ein Haus), konnte sich ein Auto, jährliche Urlaubsreisen, regelmäßige Restaurantbesuche, vielfältige kulturelle Aktivitäten, eine höhere Schulbildung für die Kinder, viele sogar eine private Absicherung gegen Lebensrisiken leisten. Die Bundesrepublik war eine Konsumgesellschaft geworden.“²

Das Jahrzehnt war auch geprägt durch die erregten und leidenschaftlichen Debatten im Deutschen Bun-

destag und in der deutschen Öffentlichkeit über die Zukunft der deutschen Nation, über die unterschiedlichen Strategien, die Folgen der Teilung Deutschlands zu mildern und doch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aufrecht zu erhalten. Die Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei sowie und vor allem der Grundlagenvertrag, dessen verfassungsmäßige Legitimität schließlich das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 31. Juli 1973 bestätigte, brachten einen grundlegenden Wandel der deutschen Außenpolitik und hatten unvorhersehbare Auswirkungen auf die Entwicklung in der DDR bis zum Herbst 1989. (Vgl. Bausteine C und D.)

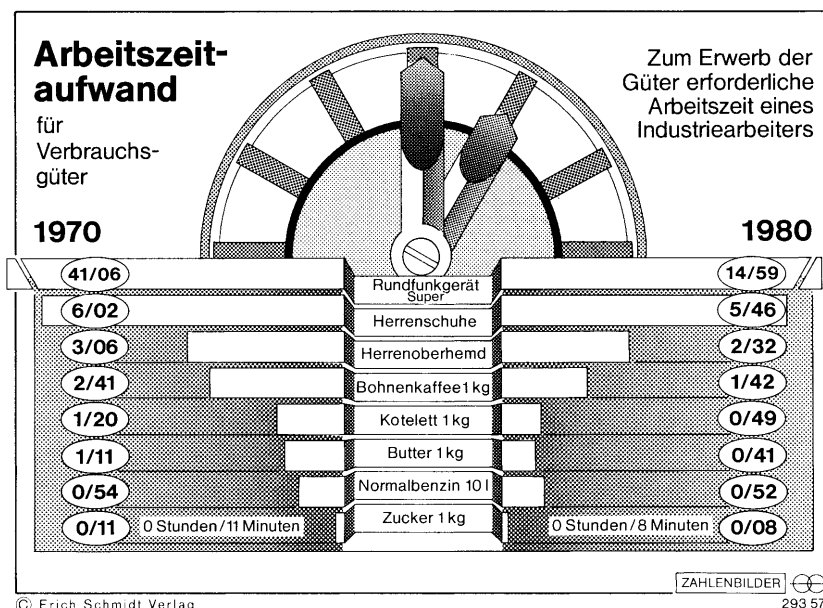
Die deutsche Innenpolitik der siebziger Jahre war überschattet von der Herausforderung durch den Terrorismus. Die Anschläge verschiedener Terrorgruppen erzeugten ein Klima der Unsicherheit und der Angst; zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland schienen Demokratie und Rechtsstaat ernstlich bedroht. Die Bewährung des Staates bei der Abwehr der von den Terroristen ausgehenden Gefahr führte schließlich zu einer erhöhten Akzeptanz der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung. (Vgl. Baustein E.)

Die siebziger Jahre sind aber auch „das Jahrzehnt der gelösten Bindungen. Ehe- und Familienbände, textile Bände, die Fesseln kleinstädtischer Kultur, die Bindung der Menschen an genau einen Lebensort, an einen Arbeitsplatz oder an eine Wohnung – all das lockerte sich in einer liberalen, individualistischen, bindungslosen Gesellschaft.“³

Die Zäsur am Ende der siebziger Jahre war einschneidend. Innenpolitisch waren die hohen Erwartungen an Reformen und an eine fundamentale Demokratisierung der Gesellschaft enttäuscht worden. Schrumpfende Wachstumszahlen in der Wirtschaft, zunehmende Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflationsrate setzten dem Reformeifer der frühen siebziger Jahre ein jähes Ende. Außenpolitisch schien das Tauwetter zwischen den Blöcken seinem Ende zuzugehen: Die Nato fasste 1979 als Antwort auf die sowjetische Raketenrüstung ihren Doppelbeschluss, und der Angriff der Sowjetunion auf Afghanistan markierte eine Zeitenwende.

Der Riss durch das Jahrzehnt

Wie man dies schon bei den fünfziger und den sechziger Jahren beobachtet hat, weisen auch die siebziger Jahre – etwa in der Mitte der Dekade – eine Bruchstelle auf. Ein deutlicher Wertewandel und der Verlust an Illusionen kennzeichnen die zweite Hälfte der siebziger Jah-



Die Konjunkturkrise in den Siebzigern

Als Helmut Schmidt 1974 die Regierungsverantwortung übernahm, war die Konjunktur bereits gekippt. Zur Inflation kam nun die Arbeitslosigkeit hinzu. 1975 schrumpfte das Sozialprodukt, die Arbeitslosenquote erreichte einen Spitzenwert von 4,7 Prozent, die Preise stiegen um über sechs Prozent... Erst 1979, als schon erste Auswirkungen einer neuerlichen Ölpreisschwelle zu spüren waren, sank die Zahl der Arbeitslosen vorübergehend. 1980 bewegte sich die bundesdeutsche Wirtschaft auf die schwerste Rezession der Nachkriegszeit zu. Die Arbeitslosigkeit stieg wieder steil an. Die Ölpreiserhöhungen schlugen auf das Preisniveau durch, so dass die Bundesbank zu scharf restriktiver Geldpolitik gezwungen war. Auch die Leistungsbilanz wies ein erhebliches Defizit auf.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1969 – 1980 (Angaben in Prozent)

	Inflationsrate	Arbeitslosenquote	Wachstumsrate (BIP)
1969	2,1	0,8	7,4
1970	3,3	0,7	5,4
1971	5,4	0,8	3,1
1972	5,5	1,1	4,3
1973	7,0	1,2	4,7
1974	7,0	2,5	0,0
1975	5,9	4,6	-1,1
1976	4,3	4,5	5,5
1977	3,7	4,3	2,6
1978	2,7	4,1	3,4
1979	4,1	3,6	4,1
1980	5,5	3,6	0,9

Dieter Grosser u.a. (Hrsg.): *Bundesrepublik Deutschland und DDR 1969–1990*, Stuttgart (Reclam Verlag) 1996, S. 83 f und S. 137

Die Entwicklung des Sozialbudgets und der Sozialquote (1965 – 1985)

	Sozialbudget in Mrd. DM	Sozialquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
1965	114,6	25,0
1970	180,1	26,7
1975	346,6	33,7
1980	478,7	32,4
1985	576,1	31,4

Nach Friedrich-Wilhelm Henning: *Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992*, Paderborn (Schöningh Verlag) 1993, S. 238

re. Forderungen nach „Systemveränderung“ und provozierendes Verhalten verloren ihre frühere Attraktivität nahezu völlig, eine verstärkte Anpassung an die Gegebenheiten, die man allenfalls geringfügig verbessern, aber nicht grundlegend verändern konnte, machte sich breit. „Marxistische Staatstheorien und Klassenkampfparolen oder auch nur der Glaube an die Allzuständigkeit und Glückbrin-

gerfunktion des Staats galten ... selbst für viele reformorientierte Kräfte als überholt“.⁴ Verursacht wurde dieser Wandel auch durch die Erfahrung, dass im deutsch-deutschen Verhältnis allenfalls kleine Fortschritte zu verzeichnen waren, und durch die terroristische Bedrohung des Staates. „Wenige politische Ereignisse ... erregten die Zeitgenossen damals so sehr wie die Gewaltakte von durchweg sehr jungen Terroristen gegen Vertreter der staatlichen und gesellschaftlichen Elite der Bundesrepublik“.⁵ (Vgl. Baustein E). Auch die wirtschaftlichen Rückschläge im Gefolge der Ölkrise prägten den neuen Zeitgeist. (Vgl. A 23 bis A 25 und den Kasten „Konjunkturkrise“.) Die Arbeitslosenquote, die seit den frühen sechziger Jahren (mit Ausnahme der Jahre 1967 und 1968) stets unter einem Prozent gelegen hatte, stieg 1975 auf über 4,5 Prozent und signalisierte das Ende eines langen Zeitraums des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung. Die Grenzen des Sozialstaats wurden bereits in der Mitte der siebziger Jahre evident.⁶

Diese „Tendenzwende“ erzwang auch einen fundamentalen und folgenreichen Politikwechsel: Eine Politik, die Zuwächse verteilen und Reformen finanzieren konnte, wich einer Politik, die den Status quo verteidigen und mit geringeren finanziellen Mitteln auskommen musste und alle diejenigen enttäuschte, die allzu optimistisch auf eine unbegrenzte Verbesserung der Lebenswirklichkeit in Deutschland gesetzt hatten. Eine von der Zeitschrift „Stern“ im Dezember 1978 vorgestellte repräsentative Umfrage belegte, dass der Anteil derjenigen, die an den „Fortschritt“ glaubten, von 1972 bis 1978 von fast 70 auf nur noch 34 Prozent zurückgegangen war; über 60 Prozent meinten gleichzeitig, dass die Lebensbedingungen für die Menschen in Zukunft immer schwerer würden.⁷ (Vgl. A 25) Auch bei den Wahlen zeigte sich seit 1974, dass das Pendel der Parteienpräferenz umschlug: „In den Landtagswahlen der Jahre 1974 bis 1976 erzielten die Unionsparteien fast ausnahmslos kräftige Zugewinne, während die SPD mitunter dramatische Verluste erlitt... In der Bundestagswahl vom Oktober 1976 ... [wurde die sozialliberale] Koalition nur knapp bestätigt“.⁸

Vorschläge für die Gestaltung des Unterrichts

Um einen raschen und vorläufigen Überblick über den hier dokumentierten Zeitraum zu gewinnen, beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler zunächst mit den Materialien des Bausteins A und bearbeiten die dort wiedergegebene Chronologie (A 26). Sie wählen aus diesem Baustein die für sie besonders interessanten Bilder und Texte aus und versuchen Wesenszüge und Lebensgefühl der siebziger Jahre – im Vergleich mit ihrer heutigen Lebenswelt – zu beschreiben. Auch wenn seither erst ein Vierteljahrhundert vergangen ist, werden ihnen dabei zahlreiche Unterschiede bewusst. Erst nach diesem Blick in das „Kaleidoskop“ der siebziger

**So erreichen Sie die Redaktion von
POLITIK & UNTERRICHT**

per E-Mail:

sylvia.roesch@lpb.bwl.de (Sekretariat)
otto.bauschert@lpb.bwl.de (Geschäftsführung)
siegfried.schiele@lpb.bwl.de (Chefredakteur)

per Fax: (0711) 16 40 99-77

per Post: Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Jahre ist die Beschäftigung mit einzelnen Aspekten sinnvoll, weil diese jetzt im Gesamtzusammenhang der Dekade verortet werden können.

Eine gleichförmige Behandlung der zahlreichen Phänomene, welche den Zeitraum zwischen 1970 und 1980 kennzeichnen, ist weder zweckmäßig noch angesichts der knappen Unterrichtszeit realisierbar. Deshalb müssen einzelne Ereignisse und Gesichtspunkte im Unterricht schwerpunktmäßig behandelt werden, während man andere allenfalls in einem orientierenden Überblick kurz vorstellt; wieder andere müssen ganz ausgespart bleiben. Alle Abschnitte des Bausteins A bieten sich als ein möglicher Schwerpunkt an, als besonders geeignet für die Bearbeitung haben sich folgende Themenkreise erwiesen:

- die „neue Ostpolitik“
- die „neuen sozialen Bewegungen“
(hier: Anti-AKW- oder Frauenbewegung)
- Mode und Design der siebziger Jahre.

Die wünschenswerte Vertiefung bei den ausgewählten Themen erreicht man dadurch, dass jeweils eine Gruppe ihren Schwerpunkt untersucht und die Ergebnisse dann denen, die sich mit einem anderen Thema beschäftigt haben, in einem gegliederten und anschaulichen Bericht vorstellt (Bilder, Folien und Textauszüge).

Fächerverbindende Aspekte

Es ist zu prüfen, ob die Unterrichtsorganisation – wenigstens partiell – fächerverbindendes Unterrichten zulässt. Dann können folgende Fächer beteiligt werden:

- Gemeinschaftskunde: zum Beispiel Wahlergebnisse (im Vergleich mit den letzten Bundestags- und Landtagswahlen), Umweltprobleme, Bürgerinitiativen damals und heute, Frauenemanzipation: Errungenschaften und weiter bestehende Defizite
- Deutsch: Literatur der siebziger Jahre
- Musik: Schlager und Disco-Musik des Jahrzehnts
- Bildende Kunst: Design und Architektur der Siebziger.

Planung einer Ausstellung

Im Mittelpunkt der Beschäftigung mit den siebziger Jahren kann die Gestaltung und Präsentation einer Ausstellung, welche von der Klasse geplant und rea-

lisiert wird, stehen. Dazu tragen die Schülerinnen und Schüler als geeignete Exponate Spielzeug, Gegenstände des täglichen Bedarfs, Zeitschriften und Bilder der siebziger Jahre zusammen. Außerdem sind von ihnen Karikaturen, Grafiken und Zahlen (zum Beispiel über die Preisentwicklung, Wahlergebnisse und Daten zur Sozialstruktur) für diesen Zeitraum zu sammeln und in eine für die Ausstellung geeignete Form zu bringen.

Als Anregung und Grundlage für ein solches Projekt können die Materialien des vorliegenden Heftes dienen. Alle Exponate müssen von den Schülerinnen und Schülern mit den erforderlichen schriftlichen Erläuterungen versehen werden: Bilder erhalten Überschriften und werden kommentiert. Außerdem entwerfen die Schülerinnen und Schüler eigene Texte, Zeittafeln und Schaubilder, dazu können die Materialien des vorliegenden Heftes zusammengefasst und in eigenständigen Transferleistungen für die Ausstellung neu organisiert werden. Die Gestaltung einer Ausstellung erfüllt die Anforderungen der neuen Lehrpläne an die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler und die verstärkte Handlungsorientierung des Unterrichts in beispielhafter Weise.

Gerhart Maier

¹ Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Band 2, München (Beck Verlag) 2000, S. 323

² Klaus Schroeder: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz, München/Wien (Hanser Verlag) 2000, S. 70

³ Uwe Koch; in: Klamm, Heimlich & Freunde. Die siebziger Jahre, Berlin (Elefanten Press) 1987, S. 16

⁴ Wolfgang Jäger; in: Karl-Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5/1, Stuttgart/Mannheim (Deutsche Verlagsanstalt/Brockhaus Verlag) 1986, S. 155

⁵ Jürgen Weber: Deutsche Geschichte 1945-1990, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2001, S. 175

⁶ „Das Haushaltstrukturgesetz 1975 (mit ersten Einschnitten bei den Sozialleistungen) markiert eine historische Zäsur... Es beginnt eine Phase der Stagnation und Regression“ (Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel, Opladen [Leske + Budrich Verlag] 1999, S. 39)

⁷ Nach: Informationen zur politischen Bildung Nr. 270 (2001/1), S. 39

⁸ Axel Schildt; in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 270 (2001/1), S. 5. Es verdient Beachtung, dass es auch in der DDR um die Mitte der siebziger Jahre zu einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Trendwende kam: „Die DDR [geriet] in den Sog der Wirtschaftskrise. Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Produktivität gingen dramatisch zurück und zwangen die DDR zur weiteren Verschuldung im nichtsozialistischen Ausland“ (Klaus Schroeder: Der SED-Staat, München/Wien [Hanser Verlag] 1998, S. 247; vgl. Baustein D)

BAUSTEIN A

Facetten eines Jahrzehnts

Der Baustein A hat zwei wichtige Funktionen:

- Die Schülerinnen und Schüler sollen zuerst einen Überblick über die siebziger Jahre gewinnen. Dabei geht es vorrangig um die Erkenntnis, dass sich in diesen zehn Jahren tiefgreifende Veränderungen auf ganz verschiedenen Gebieten der Politik und der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen haben. Auf der einen Seite stehen Neue Ostpolitik, Reformeifer, Wertewandel, Bildungsreform, modische Eskapaden, sozialliberale Koalition, Spaß- und Konsumgesellschaft sowie die Ökologiebewegung. Kennzeichen des Jahrzehnts sind aber auch die Ernüchterung und Abkehr vom utopischen Rezept einer Revolutionierung der Gesellschaft und die sich ausbreitende Resignation seit der Mitte des Jahrzehnts. Sowohl die Aufbruchstimmung am An-

fang wie der Verlust an Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft müssen als konstitutive Bestandteile der siebziger Jahre in das Blickfeld gerückt werden. Positive Errungenschaften – zum Beispiel in den Bereichen der Deutschlandpolitik (Baustein B) und Umweltpolitik (**A 20**) – sind ebenso wie verunglückte Ansätze bereits hier in einem orientierenden Verfahren zu thematisieren.

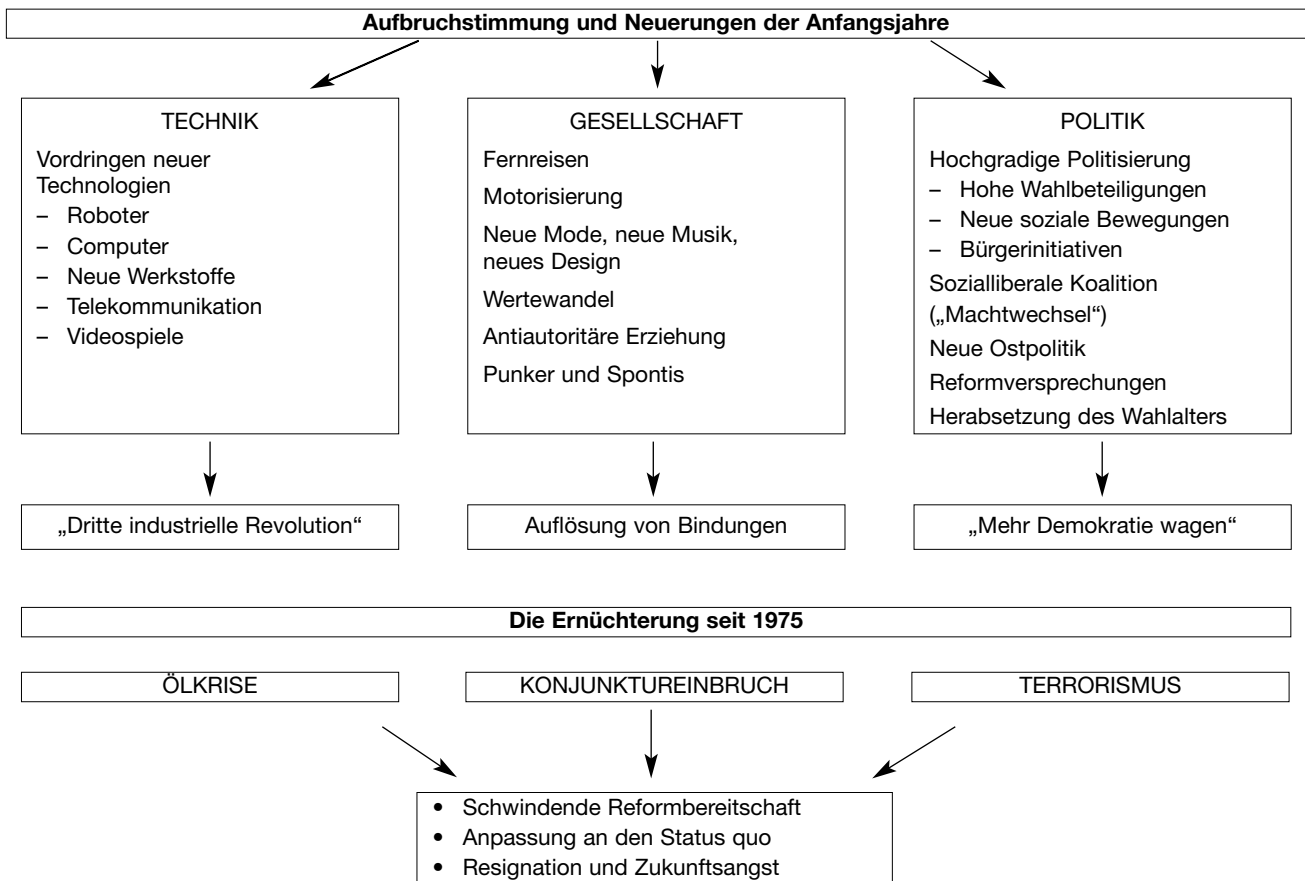
- Der Baustein soll ferner das Interesse der Jugendlichen an der Beschäftigung mit einem bedeutsamen Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte wecken. Sie sollen dazu angeregt werden, einzelne Phänomene der siebziger Jahre gründlicher zu untersuchen, und im Vergleich Bezüge zu ihrer eigenen Gegenwart herstellen. Um eine solche Motivation zu erzielen, werden in diesem Baustein möglichst vielseitige und nach Inhalt und Form jugendgemäße Materialien angeboten, ohne Vollständigkeit anzustreben.

Methodische Anregungen

Es wird empfohlen, bei der Auswahl, Gewichtung und Interpretation der hier zusammengestellten Ma-

Die Signatur der siebziger Jahre

Strukturskizze 1



aterialien auf jede Lenkung und Gängelung der Schülerinnen und Schüler zu verzichten; sie sollen vielmehr bei der Lektüre selbst herausfinden, was ihnen an den siebziger Jahren besonders wichtig und bedenkenswert erscheint.

In einer ausgedehnten Selbsttätigkeitsphase, die teilweise auch in häuslicher Vorbereitung erfolgen kann, blättern die Adressaten die Seiten des Bausteins A durch, sammeln Beobachtungen und markieren die Materialien, von welchen sie besonders angesprochen werden.¹ Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Beschäftigung mit der Chronologie des Jahrzehnts (**A 26**) zu. Die Daten aus den verschiedensten Bereichen ersetzen umfangreiche Materialien und sind dazu geeignet, das angestrebte Kaleidoskop der siebziger Jahre zu ergänzen.

In einem zweiten Durchgang werden die Wesenszüge der Dekade systematisiert und in einer Strukturskizze zusammengefasst. Dieser Arbeitsschritt ist unverzichtbar, weil die Vielzahl der Aspekte, welche für die siebziger Jahre charakteristisch ist und deshalb in diesem Baustein scheinbar ungeordnet präsentiert wird, einer gegliederten Übersicht bedarf. (Vergleiche dazu die Strukturskizze 1: „Die Signatur der siebziger Jahre“.)

Mögliche Aufgaben

- Was erscheint Ihnen besonders wichtig an diesem Jahrzehnt?
- Nennen Sie die Materialien, welche Sie besonders interessieren, und begründen Sie jeweils Ihre Wahl.
- Erarbeiten Sie Unterschiede zwischen damals und heute.
- Was ist bis heute gleich geblieben?
- Was war neu gegenüber den vorangegangenen sechziger und fünfziger Jahren?
- Sammeln Sie Argumente für die Behauptung, die siebziger Jahre seien das „politischste Jahrzehnt“ in der deutschen Nachkriegsgeschichte gewesen.
- Zeigen Sie die Auswirkungen des Übergangs von den CDU-geführten zu den SPD-geführten Koalitionsregierungen auf.
- Warum kam es etwa in der Mitte des Jahrzehnts zu einer „Tendenzwende“?
- Versuchen Sie, in einem kurzen Aufsatz das Wesen der siebziger Jahre (Die Signatur des Jahrzehnts) zu beschreiben.

¹ Vgl. Martin Herold / Birgit Landherr: SOL, Selbst Organisiertes Lernen. Ein systematischer Ansatz für Unterricht, Hohengehren (Schneider) 2003

BAUSTEIN B

Neue soziale Bewegungen – zwei Beispiele

Der Baustein B rückt die gesellschaftlichen Veränderungen der siebziger Jahre in das Blickfeld der Schülerinnen und Schüler. Aus didaktischen Gründen erscheint dabei die rigorose Beschränkung auf zwei Beispiele zweckmäßig. Die exemplarische Auseinandersetzung mit den beiden gewählten Erscheinungsformen der „neuen sozialen Bewegungen“ kann den Charakter und das Veränderungspotenzial dieser Bewegungen bewusst machen. Das ist anschaulicher als eine Aufzählung möglichst vieler Phänomene und kommt zudem den Erwartungen der Jugendlichen entgegen.

Folgende Schwerpunkte werden vorgeschlagen:

- Die Protestbewegung der Kernkraftgegner in Wyhl/Baden
- Die „neue“ Frauenbewegung.

Diese Schwerpunkte stehen hier stellvertretend für weitere Ausprägungen der neuen sozialen Bewegungen wie etwa der Ökologiebewegung oder der Friedensbewegung.

Methodische Anregungen

Die in **B 1 bis B 4** zusammengestellten Materialien sind dazu geeignet, in einem ersten Unterrichtsschritt eine Definition zu formulieren. Die Bilder und Texte sollten von allen Schülerinnen und Schülern bearbeitet werden. Dabei sind folgende Merkmale zu berücksichtigen:

- die dezentralen und lockeren Organisationsformen („netzwerkartige Struktur“),
- der hohe Stellenwert der Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Betroffenen,
- die Arbeit an eng umgrenzten Projekten (überschaubare Zielsetzung),
- die Vertretung lokaler oder regionaler Interessen (Abkehr von gesamtgesellschaftlichen Utopien der sechziger Jahre),
- die vielfältigen Partizipationsangebote, aber auch
- unübersehbare Schwächen der neuen sozialen Bewegungen.

Die beiden Beispiele können jeweils von zwei Gruppen analysiert werden:

Gruppe 1: Anti-AKW-Bewegung, **B 5 bis B 7**,

Gruppe 2: Frauenbewegung, **B 8 bis B 13**.

1. Am Beispiel Wyhl erfahren die Schülerinnen und Schüler den hochgradigen Praxisbezug und die geradezu sensationelle Mobilisierung und Beteiligung der Bevölkerung einer Region an einer „Aktion von unten“. Bemerkenswert ist an diesem Beispiel aber

auch die Tatsache, dass das Engagement und die Ausdauer der Bürgerinnen und Bürger schließlich zu dem gewünschten Erfolg geführt hat: das Bauvorhaben wurde eingestellt. „Es ist das unbestreitbare Verdienst von Bürgerinitiativen, durch hartnäckige Proteste die Probleme der Kernenergie ins Bewusstsein gerückt zu haben.“² Freilich wird kritisch auch das Vorgehen der Kernkraftgegner, die bei ihren Aktivitäten eindeutig bestehende Gesetze verletzt haben, zu problematisieren sein.

2. Die „neue“ Frauenbewegung verdient deshalb Beachtung, weil hier eine Vielzahl spezifischer Aktionsformen der „neuen sozialen Bewegungen“ exemplarisch und konkret verdeutlicht werden können und weil die Folgen und Erfolge dieser Aktivitäten bis heute fortwirken. Der „Aufstand der Frauen“ während der siebziger Jahre ist ein besonders geeignetes Beispiel für den damals vollzogenen gesellschaftlichen Wandel. Anhand der Materialien können die Schülerinnen und Schüler in einem Vergleich mit der Situation der Frauen in den vorangegangenen Jahrzehnten das veränderte Lebensgefühl und den neuen Lebensstil erkennen, welche heute selbstverständlich sind, damals aber geradezu revolutionär waren: Frauen reisen in den siebziger Jahren allein, zu zweit oder zu dritt, aber auf jeden Fall ohne männliche Begleitung, Frauen veranstalten Frauenkongresse und Frauenfeste, sie gehen allein aus, eignen sich handwerkliche Fähigkeiten an und reparieren ihre Wohnungen und Autos selber.³ Freilich gilt auch: „Die Frauenbewegung hat die herrschenden Machtverhältnisse und Spielregeln nirgends außer Kraft setzen können, aber sie hat immerhin für gehörige Aufregung und Verwirrung gesorgt. Sie hat zumindest den westlichen Demokratien den Spiegel ihrer eigenen Versprechen vorgehalten und nach der Verwirklichung der Werte von Freiheit, Gleichheit und Demokratie auch für Frauen gefragt.“⁴

Mögliche Aufgaben

- Stellen Sie den Interessenkonflikt zwischen den Gegnern des geplanten Kernkraftwerks Wyhl einerseits und der Landesregierung sowie des Betreiberunternehmens andererseits dar.
- Nehmen Sie zu den Aktivitäten der Bürgerinitiativen gegen das geplante Wyhler Kernkraftwerk kritisch Stellung.
- Welche Ziele verfolgte die Frauenbewegung der siebziger Jahre?
- Beschreiben Sie die Methoden und Aktivitäten, mit welchen versucht wurde, diese Ziele zu realisieren.
- Diskutieren Sie, ob und inwieweit die Frauenbewegung der siebziger Jahre (aus heutiger Sicht) erfolgreich war. Wo sehen Sie noch Defizite hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frauen?

² Willy Brandt in: SPD-Vorstand (Hrsg.): Energie. Ein Diskussionsleitfaden, Bonn 1977, S. 5

³ Vgl. Barbara Köster; in: Wild und zahm, Berlin (Elefanten Press) 1997, S. 160–163

⁴ Birgit Meyer; in: Annette Kuhn (Hrsg.): Die Chronik der Frauen, Dortmund (Chronik Verlag) 1992, S. 568

BAUSTEIN C

Die neue Ostpolitik

Die „neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition markierte einen grundlegenden Wandel in der deutschen Außenpolitik. Sie war in den siebziger Jahren heftig umstritten, konnte sich aber bei Wahlen und Umfragen auf eine ausreichende Mehrheit stützen. Eine angemessene Behandlung dieses Komplexes im Unterricht sollte folgende Einsichten vermitteln:

- Ansätze für eine Neuausrichtung der deutschen Politik gegenüber den Staaten des Ostblocks gab es bereits vor 1970, aber erst jetzt kam es zu einer Realisierung solcher Ansätze.
- Die „neue Ostpolitik“ war ohne den zuvor erfolgten Wandel des internationalen Bedingungsgefüges nicht denkbar. Sie folgte den allgemeinen Tendenzen zu einem geordneten Nebeneinander der Blöcke, der „zunehmenden Beschränkung des allgemeinen Systemkonflikts“ (Richard Löwenthal) und war Teil der Entspannungs- und Vertragspolitik, welche sich bereits seit der zweiten Hälfte des vorangegangenen Jahrzehnts angekündigt hatte.
- Die „neue Ostpolitik“ ging von den in Europa nach 1945 entstandenen Realitäten aus; sie akzeptierte weitgehend den Status quo und die „normative Kraft des Faktischen“.
- Sie bezog – zum ersten Mal – die DDR in die Vertragspolitik ein und setzte damit die „Hallstein-Doktrin“ endgültig außer Kraft.
- Dies bedeutete, dass die DDR faktisch als Staat anerkannt und ein gleichberechtigtes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten vertraglich abgesichert wurde, wobei die internationale Aufwertung der DDR hingenommen werden musste.
- Die „neue Ostpolitik“ und insbesondere der Grundlagenvertrag schlossen eine spätere Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nicht aus; an dem grundgesetzlich verankerten Ziel der Wiedervereinigung und am Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen wurde festgehalten – freilich nicht in den Verträgen selbst, sondern nur im „Brief zur Einheit der Nation“ (**C 8**) und in der Erklärung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972.⁵
- Der Grundlagenvertrag war in Deutschland vor allem deshalb umstritten, weil er die Chancen für die Wiedervereinigung nicht vergrößerte und der DDR Zugeständnisse machte, ohne gleichzeitig entsprechende Gegenleistungen einzufordern (**C 10**).

⁵ „Im Kern bedeutet dieser Vertrag (der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970) eine De-facto-Anerkennung der Grenzen und Machtverhältnisse in Europa durch die Bundesrepublik, die jedoch eine spätere Wiedervereinigung ausdrücklich nicht ausschloss.“ (Jürgen Weber: Deutsche Geschichte 1945–1990, München [Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit] 2001, S. 153)

Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR

Aus der Rede des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph beim Treffen mit Bundeskanzler Willy Brandt am 21. Mai 1970 in Kassel

Die Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und ihrer Staatsgrenzen zwingt zu dem Schluss, dass man sich so für aggressive Handlungen gegen die Grenzen der DDR, gegen ihre Staats- und Gesellschaftsordnung die Hände frei halten will in der Annahme, auf diese Weise nicht als Aggressor völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden...

Das Volk der DDR besitzt das fundamentale und unveräußerliche Recht sowie den moralischen Anspruch auf völlige Gleichberechtigung, auf uneingeschränkte Anerkennung der Völkerrechtssubjektivität seines sozialistischen Staates... Bei der DDR und der BRD handelt es sich um zwei voneinander unabhängige Staaten. Das allein schon schließt die Formel „innerdeutsch“ aus... Zwischen der DDR, wo das werktätige Volk Eigentümer der Produktionsmittel ist und alle Macht in den Händen hat, und der BRD, wo das Rüstungs- und Bankkapital herrscht, wo die großen Monopole über alle Reichtümer der Gesellschaft verfügen und den entscheidenden Einfluss auf die Politik ausüben, kann es kein „inneres“ Verhältnis geben. Zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist ... eine Mischung nicht möglich.

Das Parlament vom 30. Mai 1970, S. 2 f.

Selbstverständlich wird man die negativen Aspekte dieser Politik nicht unterschlagen. So verfolgten DDR und Bundesrepublik mit dem Grundlagenvertrag durchaus unterschiedliche Absichten: der DDR ging es um die schon lange ersehnte völkerrechtliche Anerkennung, der Bundesregierung um „menschliche Erleichterungen“ und um die Aufrechterhaltung von Bindungen zwischen den „zwei Staaten einer Nation“. Dieses Bestreben der Bundesregierung konterkarierte die DDR mit der Idee einer „sozialistischen Nation“ und mit verstärkter Abgrenzung von der Bundesrepublik, was mit Unterdrückung der Oppositionsbewegung in der DDR einherging. Auch der vertraglich gesicherte Besuchs- und Transitverkehr funktionierte nicht so reibungslos wie vereinbart.

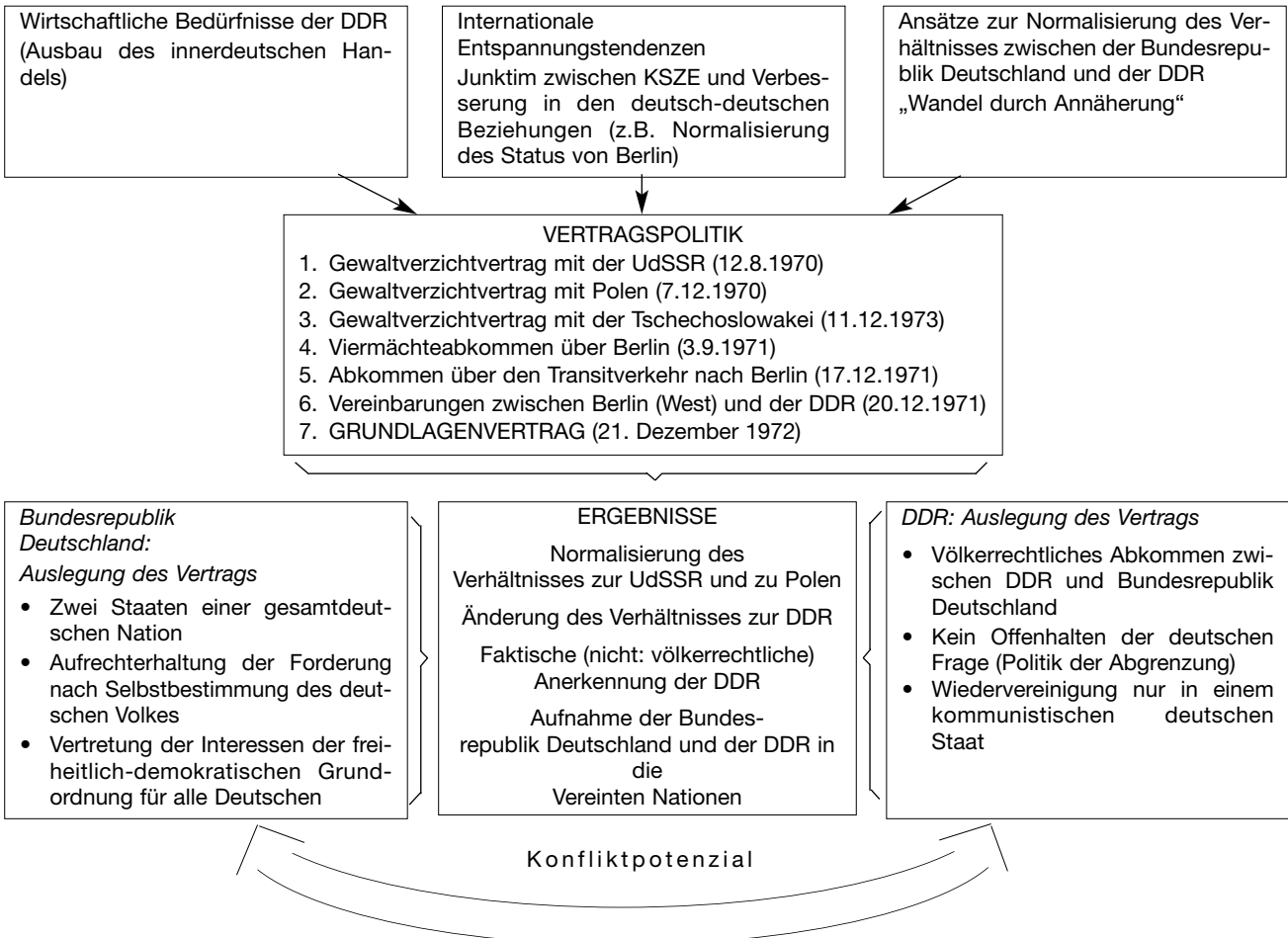
Methodische Anregungen

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich die Ambivalenz der neuen Ostpolitik bewusst machen, auch wenn es keine tragfähige Alternative dazu gab. Dazu wird die Klasse in zwei Gruppen aufgeteilt. Die eine Hälfte erarbeitet die Motive der sozialliberalen Koalition, die zum Abschluss der Verträge führten

Neue Ostpolitik

Strukturskizze 2

Voraussetzungen



(C 4, C 5), die andere Hälfte bezieht eine Gegenposition (C 10 sowie D 11, D 12, D 14). In einer moderierten Debatte werden die beiden Auffassungen konfrontiert.

Kontroverse Positionen zur neuen Ostpolitik

Die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel löste einen erbitterten und sich ständig verschärfenden Streit zwischen Regierung und Opposition aus.

Die CDU/CSU-Opposition warf der Regierung vor, sie habe

- sich selbst unter Zeitdruck und Erfolgszwang gesetzt,
- Rechtspositionen ohne Not aufgegeben, insbesondere die DDR als gleichberechtigten Staat anerkannt,
- zugelassen, dass die Verträge Mehrdeutigkeiten enthielten,
- die sowjetische Hegemonie in Osteuropa nicht nur akzeptiert, sondern legalisiert.

Die Bundesregierung wandte dagegen ein, sie habe

- objektiv unter Zeitdruck gestanden, da die bisherige Politik (des Alleinvertretungsanspruchs) auch bei den Verbündeten zunehmend auf Widerspruch stieß,
- nur Positionen aufgegeben, die nicht mehr zu halten waren,
- das Selbstbestimmungsrecht und damit das Streben nach Einheit der Nation gewahrt,
- die Verträge in allen entscheidenden Punkten eindeutig gehalten,
- einen Modus vivendi mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern erreicht.

Horst Pötzsch: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München (Olzog) 1998, S. 173 f.

Mögliche Aufgaben

- Erarbeiten Sie Inhalte und Motive der „Politik der Stärke“ der unionsgeführten Regierungen und vergleichen Sie damit die sozialliberale „neue Ostpolitik“.
- Erläutern Sie das die neue Ostpolitik bestimmende Prinzip „Wandel durch Annäherung“.
- Fassen Sie den Inhalt des Grundlagenvertrages mit eigenen Worten zusammen.
- Erörtern sie die Bedeutung des „Briefes zur Einheit der Nation“ (C 8), und nennen Sie Gründe dafür, dass der dort erhobene Anspruch nicht in die Vertragstexte selbst aufgenommen worden ist.
- Stellen Sie in einer systematischen Übersicht die Positionen der CDU/CSU und des Kabinetts Brandt/Scheel zum Grundlagenvertrag einander gegenüber.
- Warum wurden die Ostverträge als eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnet?
- Ordnen Sie die neue Ostpolitik in die Geschichte der Nachkriegszeit ein.
- Diskutieren Sie die These, dass die neue Ostpolitik eine wichtige Voraussetzung für die innere Auflösung des SED-Regimes in den achtziger Jahren und für die Wende in der DDR gewesen sei.

BAUSTEIN D

Die Ära Honecker

Während die übrigen Bausteine in diesem Heft vor allem die Gesellschaft und die Politik der siebziger Jahre in der „alten“ Bundesrepublik darstellen, ist diese Unterrichtseinheit, der Baustein D, der Situation in der DDR während dieses Zeitraums vorbehalten. Das hat vor allem drei Gründe:

1. In den siebziger Jahren kam es dort mit dem neuen Programm „Einheit von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ und seinen Begleiterscheinungen zu einem Wandel, der das Bild der ehemaligen DDR bei vielen Ost- (aber auch bei West-)Deutschen weitgehend bestimmt und oftmals sogar allzu positiv verklärt hat. Die Anfangsjahre der Honecker-Ära gehörten zweifellos nicht nur aus der SED-Perspek-

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Während Ulbricht mit seinem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs noch entschlossen war, der DDR-Bevölkerung Opfer abzuverlangen ... und Gegenwartsforderungen und Hoffnungen in die Zukunft zu verlagern, deutete sich mit dem Wechsel zu Honecker und dem VIII. Parteitag ein Perspektivenwechsel an. Honecker kritisierte auf dem Parteitag nicht nur die Mängel der vergangenen Jahre ..., sondern die Disproportionen zwischen Wirtschaft und sozialer Entwicklung insgesamt. Er machte vielmehr deutlich, dass die Wirtschaft Mittel zum Zweck sei ... In seiner Sicht sollten Produktionsfortschritte nun schneller als früher den Werktätigen zugute kommen ... Konkret sollte es um die Steigerung der Konsumgüterproduktion mit dem Ziel einer stabilen Versorgung und ... einer leistungsgerechten Einkommensentwicklung gehen ... Von besonderer Bedeutung war die Ankündigung über den Wohnungsbau mit der konkreten Zahlenangabe von 500 000 zu schaffenden Wohnungen ...

Auch als sich die DDR im Laufe der siebziger Jahre ... wirtschaftlichen Turbulenzen ausgesetzt sah, hielt die Parteiführung an dem zu Beginn des Jahrzehnts eingeschlagenen Kurs fest ... Die Kosten für die Verwirklichung der sozialpolitischen Ziele waren ebenfalls seit den frühen siebziger Jahren klar, sie mussten zu Lasten der Investitionsquote gehen und würden eine weitere Verschuldung vor allem im Westen bedeuten ... Die Explosion der Preise auf dem Weltmarkt und die Aufnahme von Krediten für Importe von Konsumgütern belasteten ständig die Zahlungsbilanz ... Gleichzeitig machten diese Probleme deutlich, dass die Pläne immer wieder revidiert werden mussten und schließlich zur Fiktion wurden, dass Investitionen zu kürzen waren und es aufgrund der Exportnotwendigkeiten an allen Ecken an Mitteln fehlte, um veraltete Maschinen und industrielle Anlagen zu erneuern ...

Obwohl sich die Kosten zu einer existenzbedrohenden Höhe entwickelten, wurden diesbezügliche Einsichten und Mahnungen zugunsten der politischen Prioritäten zurückgestellt ... Die SED-Führung war [auch in den achtziger Jahren] nicht in der Lage, die Probleme von zunehmendem Konsum, abnehmender Investition, aufwändigen Sozialmaßnahmen und Subventionen und insgesamt schwächer werdender wirtschaftlicher Leistungskraft zu bewältigen. Auch die Hoffnung, ... die Sozialpolitik würde die Menschen zu höheren Leistungen stimulieren und dadurch die Arbeitsproduktivität steigern, erfüllte sich nicht.

Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat?, Berlin (Dietz Verlag) 2002, S.70, S. 86-88 und S. 333f.

tive zu den erfolgreichsten, sondern auch aus der Sicht der Bevölkerung. Auch in der DDR gab es einen bescheidenen Zuwachs an Wohlstand. (Siehe Kasten: Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.) Parallel dazu wurden jedoch der Überwachungsstaat rigoros ausgebaut und der Primat der Partei mit vielfältigen Mitteln gesichert. „Das Mehr an sozialer Sicherheit war mit einem Mehr an Überwachung und Polizeistaat verbunden. Diese Janusköpfigkeit ist das Charakteristikum der DDR.“⁶ (Siehe Strukturskizze 3: Die Doppelstrategie der SED in der Ära Honecker.)

2. Die „Wende“ in der DDR 1989 ist ohne die Kenntnis der politischen Weichenstellungen durch die SED-Führung in den siebziger Jahren nicht zu verstehen. Die Ursachen für den Zusammenbruch des SED-Regimes sind zu einem nicht geringen Teil in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Ära Honecker – insbesondere während der siebziger Jahre – zu suchen. Der Erosionsprozess der DDR begann schon damals. (Vergleiche **D 8, D 9, D 10**.)

3. Als Konsequenz der Entspannungspolitik vollzog die SED in den siebziger Jahren eine grundsätzliche Wende in ihrer Interpretation der deutschen Frage. An die Stelle des „deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ trat nach der Verfassungsänderung von 1974 durch einen Volkskammerbeschluss „der sozialistische Staat der DDR“. Das Ziel der Wiedervereinigung wurde aufgegeben, und jeder Gedanke an eine gemeinsame deutsche Nation wurde gewaltsam unterdrückt (**D 14, D 15**). Gleichzeitig vollzog die DDR ihre stärkere Einbindung in den Ostblock und den forcierten Ausbau der Freundschaft zu Breschnews Sowjetunion.

Methodische Anregungen

Die Materialien für diesen Baustein sind so ausgewählt, dass die Schülerinnen und Schüler die Doppelbödigkeit der Ära Honecker selbstständig erarbeiten können. Sie sollen dabei erkennen, dass die Honeckersche Politik einerseits durch eine eindeutige Ausrichtung auf die Konsumgüterindustrie die Akzeptanz des sozialistischen Systems bei der Bevölkerung verbessern sollte (**D 5 bis D 8**) und dass andererseits in der Ära Honecker die Gängelung und Überwachung der DDR-Bürger besonders ausgeprägt waren und wesentlich subtiler und effizienter erfolgten als zur Zeit des von der Macht vertriebenen Walter Ulbricht (**D 11 bis D 13**).

Beide Maßnahmen sollen als Mittel des SED-Regimes zur Systemstabilisierung verstanden werden; sie fügen sich zu den untrennbaren beiden Seiten einer Medaille zusammen: „Im Sinne einer Politik von ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ war die DDR in der Ära Honecker auch mehr als nur ein ‚autoritärer Versorgungsstaat‘... Die DDR dieser Zeit war eine ‚Versorgungsdiktatur‘.“⁷ Das neue Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ überforderte die DDR-Planwirtschaft und führte geradewegs in die Wirtschafts- und Verschuldungskrise. Der gleichzeitige Ausbau des Überwachungsstaates wiederum stärkte die oppositionellen Kräfte in der DDR. Beide Elemente der Politik Honeckers haben also entscheidend zum späteren Zusammenbruch des SED-Regimes beigetragen.

⁶ Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Berlin (Dietz Verlag) 2002, S. 337
⁷ Beatrix Bouvier, a.a.O., S. 337

Die Doppelstrategie der SED in der Ära Honecker

Strukturskizze 3



„Die ‚Erfolgsmeldungen‘ der Wirtschafts- und Sozialpolitik beim hilflosen Kopieren westlichen Konsums, die Stagnation in Partei und Gesellschaft, die Einengung schon als eröffnet geglaubter Horizonte ... – all dies schuf in den siebziger Jahren ganz stark den Eindruck, dass die SED mit ihrer damaligen Führung zur nötigen grundlegenden Neuorientierung nicht mehr in der Lage sei.“⁸

Fallanalyse: Die Ausbürgerung Wolf Biermanns

Der 1936 in Hamburg geborene Liedermacher Wolf Biermann war 1953 in die DDR übergesiedelt. Während einer Konzertreise durch die Bundesrepublik wurde er im November 1976 von der DDR ausgebürgert.

An diesem Vorgang lässt sich der Charakter der SED-Politik exemplarisch aufzeigen – insbesondere die Beschränkung und Zurücknahme der zunächst propagierten Liberalisierung auf dem Feld des kulturellen Lebens. Es ist zu erwarten, dass die Maßnahmen des SED-Politbüros und die mutigen Proteste zahlreicher Intellektueller und vieler einfacher Menschen in der DDR gegen die Ausbürgerung auch heute noch das Interesse der Jugendlichen finden werden (**D 12**).

Geeignete Darstellungen für eine exemplarische Behandlung

- Wolf Biermann: Die Ausbürgerung; in: „Der Spiegel“ vom 29. Oktober, 5. November und 12. November 2001
- Klaus Henke u.a. (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u. a. (Böhlau Verlag) 1999, S. 281-294
- Martin Jander: Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung; in: Klaus Henke u.a. (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln (Böhlau Verlag) 1999, S. 281-294
- Klaus Michael: Feindbild Literatur. Die Biermann-Affäre; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22-23/1993, S. 23-39
- Fritz Pleitgen (Hrsg.): Wolf Biermann. Die Ausbürgerung, Berlin 2001
- Hermann Weber: Die DDR 1945-1990, München (Oldenbourg Verlag) 2000, S. 93f.

Mögliche Aufgaben

- Nennen Sie die Elemente des SED-Programms „Einheit von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.
- Worin lagen die Gründe für das Scheitern des Programms?
- Bisweilen wird die „Ära Honecker“ als eine „Zeit des Tauwetters in der DDR“ bezeichnet. Nehmen Sie zu dieser Auffassung Stellung.
- Stellen Sie die beiden Seiten der SED-Politik unter Honecker einander gegenüber.
- Erklären Sie, weshalb die DDR sich nach der Abkehr von der Einheit der Nation (Zwei-Nationen-Theorie) nur noch *ideologisch* definieren konnte (**D 14**).
- Erörtern Sie, weshalb in der Ära Honecker der spätere Zusammenbruch der DDR in der „Wende“ 1989 angebahnt wurde.

⁸ Rainer Land; in Detlef Pollack / Dieter Rink: Zwischen Opposition und Verweigerung. Frankfurt/Main – New York (Campus) 1997, S. 136 f.

BAUSTEIN E

Terrorismus

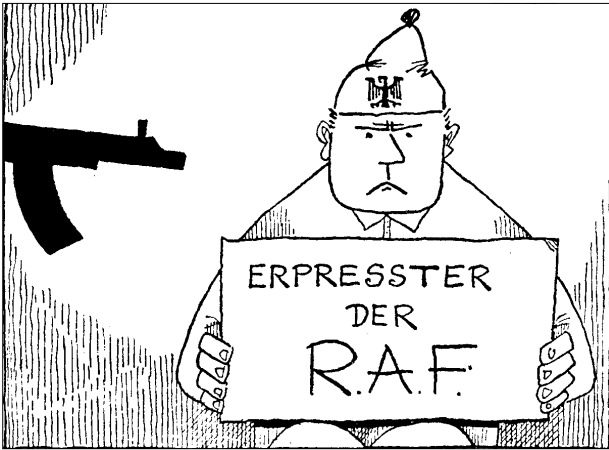
Eine Vergegenwärtigung der siebziger Jahre kann auf das Phänomen des Terrorismus nicht verzichten. Insbesondere der so genannte Baader-Meinhof-Komplex gehört zu den bedrückenden Erfahrungen des Jahrzehnts. Der Terrorismus, der die Bundesrepublik Deutschland jahrelang in Atem hielt, veränderte die deutsche Gesellschaft, indem er das in der Bevölkerung vorhandene Reform- und Veränderungspotenzial schwächte und das Bedürfnis nach Sicherheit und Ruhe verstärkte. Das öffentliche Leben wurde weitgehend durch die Abwehrmaßnahmen gegen die terroristischen Gruppierungen geprägt. „Es herrschte ein Klima der Angst.“⁹

Auf der unterrichtlichen Agenda sollten aber nicht so sehr die einzelnen Anschläge der Terroristen und deren abwegige Programme und Motive stehen (**E 5 bis E 7**). Der Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) und anderer Terrorgruppen stellte zu keiner Zeit eine wirkliche Gefährdung für die Bundesrepublik Deutschland dar, auch wenn die brutalen Anschläge zahlreiche Opfer forderten. Bei 1493 Anschlägen in der Bundesrepublik wurden 99 Menschen getötet und 404 verletzt.¹⁰ Die relativ kleinen Terrorgruppen verbreiteten zwar Angst und Schrecken, für einen wirklichen Erfolg fehlte ihnen aber nahezu jede Resonanz in der Bevölkerung. Weder die politischen Forderungen noch die krude und gewalttätige Sprache der RAF-Aufrufe und -Bekennerschreiben riefen das geringste Verständnis hervor. Im Unterricht geht es vielmehr darum, den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass der Rechtsstaat sich gegen die terroristische Herausforderung mit rechtsstaatlichen Mitteln zu wehren wusste und wirkungsvoll, hart, in manchen Fällen vielleicht sogar über das Ziel hinaus schießend reagierte.

Im Jahre 1978 erschien in der Reihe „Politik und Unterricht“ aus gegebenem Anlass ein Sonderheft mit dem Titel „Terrorismus“. (Das Heft ist schon lange nicht mehr lieferbar, weshalb die Redaktion rät, die Exemplare an den Schulen zu archivieren.) Ging es 1978 vor allem um „Bewältigung und Vorsorge“ – damals ein Anliegen von hochgradiger Aktualität –, sind die Akteure und die Terroranschläge der RAF und anderer terroristischer Vereinigungen der siebziger Jahre für die Jugendlichen heute weit zurückliegende Phänomene ohne nennenswerte Nachwirkungen für die eigene Gegenwart.

⁹ Wolfgang Jäger; in: Ders. / Werner Link (Hrsg.): Die Republik im Wandel, Stuttgart/Mannheim (Deutsche Verlagsanstalt/Brockhaus Verlag) 1987, S. 74

¹⁰ Nach Peter Waldmann: Terrorismus, München (Gerling Akademie Verlag) 1998, S. 23



Zeichnung: Heidemann 1977; nach P&U 2/1978, S. 16

Didaktische und methodische Anregungen

Greift man heute dieses Thema im Unterricht auf, dann erfolgt dies mit den folgenden drei Intentionen:

1. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich bewusst machen, dass im demokratischen Rechtsstaat die Anmaßung Einzelner, Veränderungen mit Gewalt durchzusetzen und das eigene politische Weltbild gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, jeglicher Legitimität entbehrt.
2. Sie sollen erkennen, dass sich Demokratie und Rechtsstaat auch in schwierigen Situationen und gegenüber gefährlichen Herausforderungen bewährt haben und uneingeschränkt funktionsfähig geblieben sind.
3. Sie sollen erarbeiten, dass die RAF-Aktivisten und ihr Umfeld zu keiner Zeit eine Chance auf Erfolg hatten, weil die Bundesrepublik Deutschland eben nicht dem von den Terroristen gezeichneten Bild eines „faschistischen Polizeistaates mit einer demokratischen Maske“ entspricht.

Die Bewährung des demokratischen Rechtsstaates

Die deutsche Demokratie ging gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervor. Indem die politisch Verantwortlichen weder den Forderungen linker intellektueller und radikalisierten Sympathisanten der Terroristen nach einem nachsichtigen Umgang mit den Terroristen nachgaben, aber auch nicht Strömungen in der Bevölkerung aufgriffen, die – teilweise geradezu hysterisch – Todesstrafe und Lynchjustiz als das einzig wirksame Mittel gegen den Terrorismus anpriesen (E 14), praktizierten sie ein anschauliches Lehrstück für das Wesen und die legalen Möglichkeiten der „Streitbaren Demokratie“. (Vergleiche E 9, E 13 und E 15.) Die überwältigende Mehrzahl der verantwortlichen Politiker stimmte darin überein, dass etwaige Einschränkungen der



Vorsicht, Mann, nicht ins eigene Fleisch!

Zeichnung: Horst Haitzinger, 1977; nach P&U 2/1978, S. 16

Freiheit nur in dem für die Sicherung dieser Freiheit erforderlichen Umfang erfolgen dürfen und dass andererseits jedes Nachgeben gegenüber den Forderungen der Terroristen aus rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zulässig sei. „In einer schwierigen Situation hatte sich der Staat als nicht erpressbar gezeigt. Er hatte keine ‚faschistische Fratze‘ offenbart, wie es in den Flugschriften der RAF hieß, sondern seine Machtmittel verantwortungsvoll eingesetzt.“¹¹

Mögliche Aufgaben

- Stellen Sie Gründe für die fast einhellige Ablehnung der Theorien, Forderungen und Aktivitäten der Terroristen durch die deutsche Bevölkerung zusammen.
- Erklären und beurteilen Sie die Maßnahmen von Staat und Politik zur Bekämpfung des Terrorismus in den siebziger Jahren.
- Zwischen den Forderungen großer Teile der deutschen Bevölkerung nach einem härteren Vorgehen gegen Terroristen (z. B. dem Ruf nach der Todesstrafe) und den von der Politik getroffenen Maßnahmen bestehen erhebliche Unterschiede. Hätten nach Ihrer Meinung Regierung und Bundestag dem „Druck der Straße“ nachgeben sollen? Begründen Sie Ihre Auffassung.
- Vergleichen Sie Erscheinungsformen des Terrorismus und den Grad der Bedrohung durch diesen in den siebziger Jahren mit der aktuellen terroristischen Gefahr. Warum sind heute andere Gegenmaßnahmen erforderlich?

¹¹ Jürgen Weber: Deutsche Geschichte 1945-1990, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2001, S. 179

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler **120**

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

DIE SIEBZIGER JAHRE

BAUSTEIN A

A 1
A 2 bis A 8
A 9 bis A 14
A 15 bis A 20
A 21 bis A 25
A 26

Facetten eines Jahrzehnts

Bilder aus den siebziger Jahren
Das war neu, das war spitze!
Bunt und rund: Mode und Musik
„Mehr Demokratie wagen“
Der Riss durch die Siebziger
Kleine Chronologie

BAUSTEIN B

B 1
B 2 bis B 4
B 5 bis B 7
B 8 bis B 13

Neue soziale Bewegungen – zwei Beispiele

Bilder
Neue soziale Bewegungen
Die Anti-AKW-Bewegung am Beispiel Wyhl
Die Frauenbewegung

BAUSTEIN C

C 1
C 2 bis C 5
C 6
C 7 bis C 10
C 11 und C 12

Die neue Ostpolitik

Karikaturen
Anfänge, Motive und Ziele
Das System der Ostverträge
Der Grundlagenvertrag
Beurteilungen

BAUSTEIN D

D 1
D 2 bis D 10
D 11 bis D 13
D 14 und D 15
D 16

Die Ära Honecker

Die DDR im Spiegel von Sondermarken
Von Ulbricht zu Honecker
Der Ausbau des Überwachungsstaats
Zwei Staaten, zwei Nationen?
DDR-Witze aus den Siebzigern

BAUSTEIN E

E 1 bis E 3
E 4 bis E 8
E 9 bis E 12
E 13 bis E 15

Terrorismus

„Deutscher Herbst“ 1977
Anfänge und Chronik des Terrors
Reaktionen von Staat und Gesellschaft
Bewertungen

Neckar-Verlag GmbH
78050 Villingen-Schwenningen
Klosterring 1
Postfach 1820

aus: POLITIK & UNTERRICHT
Zeitschrift für die Praxis der
politischen Bildung
Heft 2/2003

A 1 – A 26

Facetten eines Jahrzehnts

A 1 Bilder aus den siebziger Jahren

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Deutsch-deutsche Begegnung bei der Fußballweltmeisterschaft 1974

Bild: dpa

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

7. Februar 1970: Kniefall des Bundeskanzlers Willy Brandt am Mahnmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Juden im Warschauer Getto

Bild: dpa

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Schüler und Studenten protestieren am 8.5.1970 in Frankfurt/Main gegen den Einmarsch US-amerikanischer Truppen in Kambodscha und die damit verbundene Ausweitung des Vietnam-Konfliktes.

Bild: dpa

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

16. Mai 1974: Helmut Schmidt wird zum neuen Bundeskanzler gewählt. Hier Helmut Schmidt (l., SPD) gibt seine Stimme ab. Nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt ist Helmut Schmidt vom Deutschen Bundestag in Bonn zum neuen Bundeskanzler gewählt worden.

Bild: dpa

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

25. November 1973: Leere Autobahn wegen des befristeten Fahrverbots infolge der Ölkrise

Bild: dpa



Stricken lautet die Devise der siebziger Jahre: Jugendliche am Königsbau in Stuttgart
Bild: Feddersen



Bundestagswahl 1976: Wahlplakate von CDU und SPD

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Herbst 1977: Der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer in der Gewalt von RAF-Terroristen
Bild: dpa

A 2 In den Siebzigern ...

- nannten Kindergartenkinder jeden Langhaarigen einen Beatle,
- schienen die frühen 60er und erst recht die 50er Jahre so weit weg zu sein wie die Steinzeit,
- durfte den Lehrern auch noch die Hand ausrutschen, ohne dass es einen Skandal gab,
- waren die Verwandten unserer Eltern sehr enttäuscht, wenn Vierjährige bei der Begrüßung keinen „Diener“ machten,
- gab es selbst in der Grundschule nur wenige Kinder, die einen ausländischen Eltern teil hatten,
- gab es im Gymnasium öfters mal Kundgebungen mit roten Fahnen und Megaphonen,
- wurde im Fernsehen „Schweinchen Dick“ abgesetzt, weil es für Kinder zu brutal sei,
- galten Prügelstrafe und Hausarrest noch als völlig normales Erziehungsmittel,
- glaubten die Erwachsenen, dass Comic-Lesen die Phantasie verderbe, weshalb „Fix und Foxi“ in vielen Familien vor den Eltern verborgen werden musste,
- waren ausländische Fußballer noch exotische Ausnahmen in der Bundesliga,
- hatten die Autos noch keine Sicherheitsgurte,
- rief man zum ersten Mal „geil“, wenn man etwas bewundernswert fand,
- kostete ein Brötchen 20 bis 30 Pfennige und der Eintritt in das städtische Freibad für Kinder 40 Pfennige,
- gab es Sunkist im Tetra-Pack,
- hatte Michael Jackson noch eine dunkle Hautfarbe,
- hingen in den Postämtern Fahndungsplakate mit Bildern der RAF-Terroristen,
- trug man Nato-Jacken und Wildleder-Boots mit Fransen dran,
- träumten Achtundsechziger davon, alles noch viel besser und revolutionärer zu machen,
- wurden Schülerzeitungen beschlagnahmt, weil in ihnen über die Pille geschrieben wurde,
- regelte ein Haarnetzerlass bei der Bundeswehr das Problem der langhaarigen Rekruten.

Nach Christian Ankowitsch (Hrsg.): *Alles Bonanza! Ein Album aus den 70er Jahren*, Wien u.a. (Böhlau Verlag) 2000, S. 13-21

A 3 Das war „spitze“

Es gab eine Zeit ohne Homecomputer, ohne Windows, ohne Mouse-Doppelklick. Es gab eine Zeit vor dem ersten Game-Boy, ... vor dem ersten Frühstückfernsehen und vor dem Sendebeginn von RTL-Plus. Und das ist im Grunde genommen noch gar nicht so lange her.

Es gab auch richtig gute und tolle Dinge, die unverwechselbar dazugehörten. Nichts vermittelte sie so gut wie das Fernsehen. Es gab richtige Rituale. Viele saßen samstagsabends vor dem Fernseher und hörten: „Aus dem Studio 4 des Hessischen Rundfunks überträgt nun das deutsche Fernsehen die öffentliche Ziehung der Gewinnzahlen im Deutschen Lottoblock. Der Aufsichtsbeamte hat sich vor dieser Sendung vom ordnungsgemäßen Zustand des Ziehungsgerätes und der 49 Kugeln überzeugt.“ Und dann schnarrte die Lottomaschine los, zu einem gemütlichen Schlagerliedchen.

Hanns Rosenthal ließ alle mitgrölen, wenn er rief: „Sie sind der Meinung, das war ... SPITZE!“ Und wer vergisst schon den berühmten Disco-Ruf: „Licht aus, Spot an!“ oder die unglaubliche Absage der ZDF-Hitparade: „Es ist 20 Uhr 14 und 29 Sekunden, das war die ZDF-Hitparade aus dem Studio I der Berliner Unionfilm.“ Zu einem Zeitpunkt, da die Fernsehprogramme nur von 16 bis 23 Uhr liefen, war das, zu einem Zeitpunkt, als die Rundfunksendungen morgens um sechs Uhr begannen und um Mitternacht mit der Nationalhymne aufhörten. „Spiel ohne Grenzen“, „Musik ist Trumpf“ und „Am laufenden Band“ oder „Einer wird gewinnen“ waren die Sendungen, für die man samstagsabends zu Hause blieb.

Nach Jens Bertram (www.bigub.de)

A 4 Die wunderbare Computer-Welt

Und dann kam der Computer! Die Rechenmaschinen dringen langsam aus den Labors in die Firmenetagen vor. 1972 stehen schon 10 000 Computer in deutschen Firmen. Die Anlagen sind riesig und, gemessen an heutigen Rechnern, fast lächerlich langsam. Hoffnungen und Ängste in Bezug auf die Rechner hielten sich die Waage. Kaum jemand konnte sich vorstellen, dass der Computer allgegenwärtig und sehr viel mehr als eine elektronische Rechen- und Schreibmaschine sein würde. Die ersten Home-Computer kamen als Videospiele daher. Die Sendung „Tele-Spiele“ war dann die Kombination von TV und Computer. Der Fernsehneuling Thomas Gottschalk führte durch die Show, deren Gäste eines der ersten Computerspiele, ein an Simplität kaum zu überbietendes Ping-Pong, bedienen mussten. Doch so wurde den Deutschen die Angst vor dem Rechner genommen.

Nach Markus Caspers: *70er. Einmal Zukunft und zurück*, Köln (DuMont Verlag) 1997, S. 100f. und S. 104

A 5 Die Hippies ziehen voraus, die Älteren folgen nach

In den Augen der Elterngeneration sind sie „Hippies“ mit langen Haaren und verfilzten Bärten, sie hören laute Musik, rauchen Haschisch und waschen sich nicht richtig. Diese Bürgerschrecks zieht es Anfang der siebziger Jahre aus Protest gegen die damaligen politischen und kulturellen Zustände in die Ferne, besonders die Länder der „Dritten Welt“. In Indien, Nepal, Südamerika oder in Afrika suchen sie sowohl seelische Entspannung als auch körperliche Herausforderung in ursprünglicher Natur und im Zusammenleben mit Menschen der von der europäischen Zivilisation „noch nicht verdorbenen“ Kulturen. Es dauert nicht lange, bis sich das Negativimage vom langhaarigen Hippie in das eher positiv besetzte Bild vom experimentierfreudigen und kenntnisreichen Globetrotter oder Alternativtouristen wandelt, der seine Erlebnisse möglichst individuell und abseits der ausgetretenen Tourismuspfade sucht. 1976 erscheinen in Deutschland die ersten „Alternativ-Reiseführer“. Sie verbreiten beim Lese- und Reisepublikum so genannte „Geheimtipps“, – wenig bekannte und „günstige“ Ziele abseits des Massentourismus.... Eine wahre Flut von Reisemagazinen etabliert sich seit Ende der siebziger Jahre auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt.

Wieder daheim, veränderten sich wegen der schönen Reiseerinnerungen die Essgewohnheiten. Noch einmal Souvlaki, noch einmal Sirtaki. Die Kneipen wurden jung, die Vorherrschaft der Butzenscheiben wich, man sitzt nun zwischen Palmen und Farnen. Aus dem Bierhaus wurde das Bistro und aus dem Krug zum Grünen Kranz das Café Fellini. Eine nicht sonderlich ausländerfreundliche Gesellschaft nahm multinationale Esskultur an.

Nach Uwe Koch; in: *Klamm, Heimlich & Freunde, Berlin (Elefanten Press Verlag) 1987, S. 13 und Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Endlich Urlaub. Die Deutschen reisen, Köln (DuMont Verlag) 1996, S. 60f.*

A 6 Das Auto als Statussymbol

War es während des Wirtschaftswunders und danach erst einmal darum gegangen, sich überhaupt zu motorisieren, so gilt es im Anschluss daran, vom Zweirad aufs Auto und vom Kleinwagen auf die Mittelklasse oder die Sportvariante um- oder aufzusteigen. 1970 haben sich Bruttosozialprodukt und Privatkonsum gegenüber 1960 verdoppelt, das Geld wandert vor allem in neue Autos. Zum ersten Mal bieten alle deutschen Automobilhersteller Sportwagen oder zumindest sportliche Varianten ihrer Grundmodelle an, ein Resultat des gestiegenen Drangs nach Differen-

zierung ... Technologische Erfindungen wie der Wankelmotor oder der Turbolader werden stromlinienförmig-sportlich verpackt ...

Je mehr Bundesbürger über ein Auto verfügen, umso größer wird der Druck, sich von den Anderen zu unterscheiden ... Die Zuliefer-Industrie wittert das große Geschäft: Spoiler, Zierstreifen, Auspuffanlagen, Kotflügelverbreiterungen, Sportfelgen, Jugend und Sportlichkeit sind Trumpf ... Das Sportliche [beginnt] bereits in der Einsteigerklasse und wird auf Familienkutschen ausgedehnt.

Markus Caspers: 70er. Einmal Zukunft und zurück, Köln (DuMont Verlag) 1997, S. 63f. und S. 70-78



Kleiner Flitzer: VW-Porsche 914

Bild: Auto-Museum Volkswagen



„Capri heißt nicht nur blauer Himmel, sondern auch Brandung und heißes Blut“, heißt es in einer Pressemitteilung von Ford.

Bild: Ford

A 7 Die stille Revolution

Rund dreißig Jahre ist es her, dass in vielen westlichen Ländern, ganz besonders aber in Westdeutschland, ein tief greifender Wertewandel stattfand und ein neuer Zeitgeist Einzug hielt, der dann die folgenden Jahrzehnte bestimmen sollte Binnen weniger Jahre war die Zustimmung dazu, was 250 Jahre lang gepflegt worden war (Erziehungsziele wie Höflichkeit und gutes Benehmen, Sauberkeit, Sparsamkeit, die Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun usw.), deutlich abgesunken. Der Abbau hatte sich in allen sozialen Schichten vollzogen und immer am radikalsten bei den Jungen, den unter 30-Jährigen ...

Noch 1967 fanden es nur 24 Prozent der jungen Frauen in Ordnung, mit einem Mann zusammenzuleben, ohne verheiratet zu sein. Nur wenige Jahre später wa-

ren es 76 Prozent, die sagten, das sei ganz in Ordnung. Dieser Vorgang ist ... mit gutem Grund als „stille Revolution“ bezeichnet worden. Es änderten sich nicht nur einige Werte, sondern der gesamte Zeitgeist. Zum ersten Mal wurden eine bestimmte Art von Bewusstsein und Regeln der Lebensführung in Frage gestellt, die seit den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts unangefochten schienen. Dieser Wertewandel war ... in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in jedem anderen Land.

Elisabeth Noelle-Neumann / Thomas Petersen: Zeitenwende; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/2001 vom 13. Juli 2001, S. 16

A 8 Spielzeug der siebziger Jahre

Ganz aktuell war man 1976 zur Olympiade. Big Jim trug die übliche Badehose von Mark Spitz, dem Schwimmer der siebziger Jahre. Ken war eigentlich immer schon der Weichei-Bruder von Big Jim. Aber wer war eigentlich Skipper: die Tochter von Barbie und Ken oder die kleine Schwester von Barbie? Doch wo waren dann die Eltern?

Nach: www.meine-70-er-Jahre.de/Spielkramx.htm, 26.11.2002



A 9 Eng und ausgestellt

[Am Anfang der siebziger Jahre] entwarfen viele Designer Hosen, die, tief sitzend, bis zum Knie eng und zu den Füßen hin stark ausgestellt waren. Diese neue Hosenmode bekam verschiedene Bezeichnungen – Glocken-, Twist- oder Trompetenhose – und wurde bevorzugt mit knallenden Pullovern, unter denen sich alles scharf abzeichnete, getragen, womit das ganze Outfit oft unter den Vorwurf des Vulgären geriet. Allen Glockenhosen war, unabhängig vom verwendeten Stoff, gemein, dass man die unter der Glocke stehenden Plateauschuhe nur mehr erahnen konnte.

Andreas Piegler / Andreas Teltscher: *Das waren die 70er, Wien* (Frank Deuticke Verlag), o.J., S. 41



Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Bilder: dpa (li.), Internet (re.)

A 10 Bunt und rund

Die Mode der siebziger Jahre war nicht nur eine Mode, die zu den übrigen Tendenzen der Zeit dazukam; sie war vielmehr ihr vollendeter Ausdruck. Das Design der Industrie und das Design der Flugblätter, das Lebensgefühl, das zur Kommune, und das Lebensgefühl, das zum orange-lila Tapetenmuster strebte, ... hatten denselben Ursprung ... Vom Türgriff bis zur Frisur, vom Polstermöbel bis zur Körperhaltung veränderte sich alles ... Die Welt konnte gar nicht rund genug entworfen werden. Nicht nur dass die Schuhe alle ursprüngliche Spitzigkeit verloren, sie verbreiterten sich sogar nach vorn, wölbten sich zu gewaltigen Kuppen und stellten sich auf Sockel von Kork, die den triumphierenden Namen Plateausohle erhielten ... Auch die Revers verbreiterten sich, und die Krawatten wuchsen zur Serviettengröße heran.

Jens Jessen; in: *Die Zeit* vom 17. Februar 2002, S. 31

A 11 Was hörte man gern?

Ergebnisse einer Umfrage; Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Besonders gut gefällt mir	Bevölkerung insgesamt	14-20 Jahre	60 und älter
Beat- und Popmusik	25	50	2
Rockmusik	22	61	1
Dixieland-Jazz, Swing	14	15	3
Modern Jazz	8	18	1
Operetten	29	2	49
Musicals	20	13	17
Oper	14	1	22

Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983. Band VIII, München u.a. (K. G. Saur Verlag) 1983, S. 34

A 12 Schlager und ihre Interpreten

Eine Auswahl aus den siebziger Jahren

Hooray, hooray, it's a holi-holiday	Boney M.
Über den Wolken muss die Freiheit doch grenzenlos sein	Reinhard Mey
Ballade pour Adeline	Richard Clayderman
Waterloo	ABBA
Blau, blau, blau blüht der Enzian	Heino
Griechischer Wein	Udo Jürgens
Im Wagen vor mir fährt ein blondes Mädchen	Henry Valentino & Uschi
Am Tag als Connie Kramer starb	Juliane Werding
By the Rivers of Babylon	Boney M.
Heute hier, morgen dort	Hannes Wader

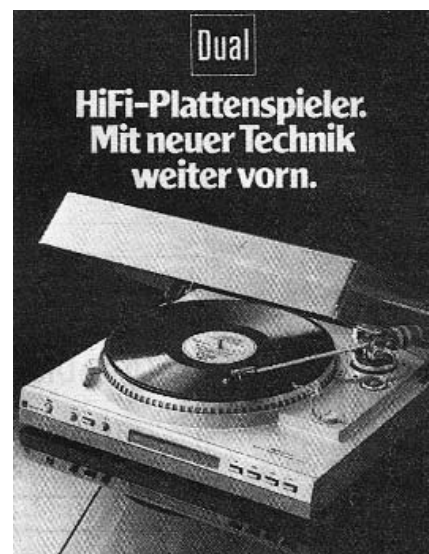


Bild: Dual

A 13 Die Disco

Das Bedürfnis nach Tanz erfüllte ... in den siebziger Jahren eine eigenständige, nur lose mit der Rockmusik verbundene Musik, kurz Disco genannt, nach dem Ort, wo sie zu hören war, wo getanzt wurde: in der Discothek ... Wie Rockmusik ist auch Disco-Musik nicht nur Musik, sondern es gehört eine bestimmte Lebensweise dazu, die den damit verbundenen Besuch in der Disco in den Mittelpunkt des Lebens stellt ... Immer spielt dabei auch die Ausstattung der Discothek und besonders die Kleidung der Tänzer eine wichtige Rolle. Schon zu Zeiten der Disco-Tanzmusik achteten Disco-Gänger peinlich genau auf das richtige Aussehen – das Outfit – ihrer Kleidung.

Bernward Halbscheffel / Tibor Kneif: *Sachlexikon Rockmusik, Reinbek (Rowohlt Verlag) 1992, S. 384 f.*

A 14 Die Revolution der Punker



Das Äußere der Punkerinnen soll die Bürger erschrecken. Während die Hippies der sechziger Jahre noch Utopien nachstrebten, stehen die Punks der Siebziger für Hoffnungslosigkeit, Ekel und Sinnleere.

Bilder aus: Gabriele Dietz (Hrsg.): *Wild + zahm. Die siebziger Jahre. Berlin (Elefanten-Press) 1997, S. 70*

A 15 Die Frankfurter Spontis

Die Frankfurter Sponti-Bewegung um die Gruppe „Revolutionärer Kampf“, in der Joschka Fischer agierte, versuchte, den offenen „spontanen“ Bewegungscharakter der 68er Bewegung fortzuführen. Anders als die kommunistisch-maoistischen Sekten,

die ihre Mitglieder auf Disziplin und Askese trimmten, versuchten die Spontis, politischen Aktivismus mit der Revolutionierung der persönlichen Lebensverhältnisse zu verbinden und experimentierten mit neuen Formen des Zusammenlebens ...

Die Sponti-Bewegung war kein Hort freiheitlicher Humanität, und ihre militanten Neigungen waren keineswegs reine Defensivaktionen gegen Polizeibrutalität. Vielmehr waren Gruppen wie der „Revolutionäre Kampf“ regelrecht auf der Suche nach Opfern von „Kapital“ und „Staat“, mit denen und an denen sie ihre Konzepte direkter, militanter „Massenaktionen“ ausprobieren konnten.

Gegenüber den Lockrufen des Terrorismus war die Sponti-Szene insofern anfällig, als ihr Umfeld weniger kontrollierbar war als das der Dogmatiker. Einen strukturellen Zusammenhang zwischen ... der Sponti-Ideologie und der ... Terrorszene gab es jedoch nie ... [Im Schoße der Sponti-Bewegung] keimten Mitte der siebziger Jahre auch schon die ersten Ansätze ... [der] Alternativ- und Ökologiebewegung.

Richard Herzinger: *Das verlorene Jahrzehnt; in: Neue Züricher Zeitung vom 3./4. März 2001, S. 33*

A 16 Parteiendemokratie

In den siebziger Jahren erreichte die „Parteiendemokratie“ des Grundgesetzes ihre höchste Ausformung. Weder vorher noch danach waren die Anziehungskraft, das Ansehen, wohl auch der Einfluss der Parteien größer.

Das zeigte sich schon an den Mitgliederzahlen. Die der SPD überschritt 1976 die Millionengrenze. CDU und CSU hatten 1968 noch 361 000 Mitglieder, Ende der siebziger Jahre 850 000 ... Die FDP war um ein Drittel auf über 80 000 gewachsen ...*

Auch die Wahlbeteiligung war höher denn je. Bei den Bundestagswahlen 1972, 1976 und 1980 lag sie um 90 Prozent, der höchste Wert, der bei freien Wahlen in Deutschland je erzielt wurde. Fest etabliert war auch das Drei-Parteien-System. SPD, CDU/CSU und FDP erhielten 1972 und 1976 mehr als 99 Prozent der Stimmen; auch noch 1980 kamen die drei Parteien auf 98 Prozent. Ursache war die Politisierung des öffentlichen Lebens nach 1968, vor allem die heftigen Kontroversen um die Ost- und Gesellschaftspolitik im Gefolge des Machtwechsels [im Jahre 1969].

Horst Pötzsch: *Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München (Olzog Verlag) 1998, S. 185*

* Dabei stieg der Frauenanteil in der CDU zwischen 1970 und 1980 von 13,6 auf 21,0, bei der SPD von 17,3 auf 23,1 Prozent. Mitgliederstand der Parteien Ende 2001 zum Vergleich: CDU/CSU 781 100, SPD 715 500, FDP: 64 100.

A 17 Wahlergebnisse

Bundestagswahlen (Zweitstimmen in Prozent)

	1969	1972	1976	1980	
CDU/CSU	46,1	44,9	48,6	44,5	
SPD	42,7	45,8	42,6	42,9	Regierungs- koalition
FDP	5,8	8,4	7,9	10,8	
Sonstige	5,4	0,9	0,9	1,8	
Wahl- beteiligung	86,7	91,1	90,7	88,6	

Landtagswahlen in Baden-Württemberg (Anteile in Prozent)

	1968	1972	1976	1980	
CDU	44,2	52,9	56,7	53,4	Regierung*
SPD	29,0	37,6	33,3	32,5	
FDP/DVP	14,4	8,9	7,8	8,3	
NPD	9,8	–	0,9	0,1	
Grüne	–	–	–	5,3	
Sonstige	3,6	0,6	1,3	0,4	
Wahl- beteiligung	70,7	80,0	75,5	72,0	

* Seit 1966, bis 1972 große Koalition, dann CDU-Alleinregierung bis 1992

auf 21 herabgesetzt wird. Wir werden auch die Volljährigkeitsgrenze überprüfen. Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein... Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert...

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird... 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen...

Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten...

Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29. Oktober 1969, S. 1121-1128

A 18 Willy Brandt wird Bundeskanzler

Bei den Wahlen zum Sechsten Bundestag 1969 war zwar die CDU/CSU stärkste Partei geblieben; die SPD übersprang jedoch erstmals die 40-Prozent-Hürde... Willy Brandt [wurde] am 21. Oktober 1969 vom Bundestag mit 251 von 249 erforderlichen Stimmen zum Bundeskanzler gewählt. Erstmals seit neununddreißig Jahren stand wieder ein Sozialdemokrat an der Regierungsspitze in Deutschland.

Hermann Glaser: Deutsche Kultur 1945–2000, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1997, S. 339f.

A 19 „Mehr Demokratie wagen“

Aus der Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969

Die Politik dieser Regierung wird im Zeichen der Kontinuität und im Zeichen der Erneuerung stehen... Wir wollen mehr Demokratie wagen...

Wir werden... ein Gesetz unterbreiten, wodurch das aktive Wahlalter von 21 auf 18, das passive von 25

A 20 Das Thema Umweltschutz

Hans-Dietrich Genscher (FDP), der zuständige Innenminister im Kabinett Brandt, bezeichnete den Umweltschutz als „eine staatliche Aufgabe von gleichem Rang wie die soziale Frage im letzten Jahrhundert“. Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen dehnte Anfang der siebziger Jahre die rechtlichen Befugnisse auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung, der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung aus:

- Fluglärmgesetz (1971),
- Benzinbleigesetz (1971),
- Abfallbeseitigungsgesetz (1974),
- Bundesimmissionsschutzgesetz (1974),
- Umweltstatistikgesetz (1974),
- Bundeswaldgesetz (1974),
- Abwassergesetz (1976)...

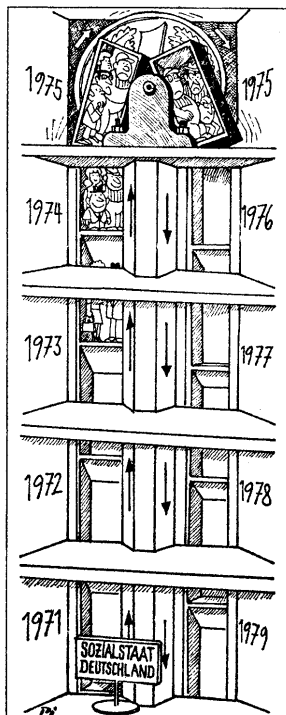
Besonders in den siebziger Jahren gab es massive Widerstände gegen das gesteigerte Engagement des Staates in der Umweltpolitik. Dieses wurde in der Öffentlichkeit häufig als Belastung für das Wirtschaftswachstum und als Hemmschuh technologischer Entwicklung hingestellt.

Axel Schildt; in: Informationen zur politischen Bildung 27/2001, S.5 und S. 13

A 21 Die siebziger Jahre waren gespalten

Man kann zwei Phasen ausmachen, deren Trennlinie das Jahr 1974 bildet. Die erste Phase verspricht zu vollenden, was die 60er an kühnen Projekten erdacht hatten. Gleichzeitig erfassen neue Technologien nahezu alle Lebensbereiche und verstärken den Glauben an die greifbare Nähe einer Zukunft, die mehr beinhaltet als nur das Fortschreiben der Gegenwart.

Das Pendel schlägt ab 1975 in die andere Richtung aus; die Ölkrise 1973 war der erste Schock gewesen, der deutlich machte, wie verletzlich die westliche Technikgesellschaft war. Die fünfziger und sechziger Jahre hatte vor allem in der Bundesrepublik ein ungebremstes Wirtschaftswachstum geprägt. Der Wirtschaftsaufschwung vollzog sich bei völliger Bewusstlosigkeit für seine Auswirkungen auf die menschlichen Lebensgrundlagen. Erst der Schock der Ölkrise und die täglichen Hiobsbotschaften über Umweltzerstörungen veränderten während der siebziger Jahre die Bewusstseinslage der Nation. War 1972 der Begriff „Reformen“ noch ein positiv besetztes Sprachsymbol, so wurden jetzt plötzlich Reformen mit Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit gleichgesetzt. Die Reformbereitschaft wich einer breiten Stabilitätsorientierung. Zwei Dekaden rückten nun in das Rampenlicht: die zwanziger und die fünfziger Jahre. Die siebziger Jahre dagegen gerieten in eine schwere Entscheidungskrise. Zwischen sozialutopischen Hoffnungen und Umweltkrisen hin- und hergerissen, flüchtet man in die Anpassung an das Bestehende.



Der Paternoster
Zeichnung: Pielert

Die heranwachsende Generation war kritikmüde geworden. Fast „natürlich“ folgte auf die Ära der langmähigen Kommunalen und Politagitatoren eine Phase der Konsolidierung: Fönwelle, Scheitel, Lackschuhe, Tanzstunde und Disco, Ordnung und Sauberkeit bestimmten das neue Lebensgefühl. Man hatte bis dahin ein wenig naiv angenommen, dass Jugendliche fast automatisch kritisch und links eingestellt seien. Zum ersten Mal machten 1974 Wahlforscher und Soziologen einen Trend bei Jugendlichen aus, der

statt Radikalkritik und Opposition gemäßigte Töne vernehmen ließ. Der Zeitgeist in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte nur noch wenig mit der Aufbruchstimmung am Beginn der Dekade zu tun.

Nach Markus Caspers: 70er. Einmal Zukunft und zurück, Köln (DuMont Verlag) 1997, S. 16, S.120 und S. 170-172 und Wolfgang Jäger, in: Karl-Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5/II, Stuttgart/Mannheim (Deutsche Verlagsanstalt/Brockhaus Verlag) 1986, S.125 f. sowie Manfred Kriener; in: Klamm, Heimlich & Freunde, Berlin (Elefanten Press) 1987, S. 158 f.

A 22 Tendenzwende

Die siebziger Jahre begannen mit dem Versprechen politischer Entspannung und wirtschaftlicher Sicherheit und endeten in einer von Grund auf veränderten Weltsituation mit enttäuschten Erwartungen, einer Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes und zunehmenden politischen Spannungen, die nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 sogar einen Rückfall in den Kalten Krieg befürchten ließen.

Die hoffnungsvollen Perspektiven der Ära der Verhandlungen und umfassender Strukturreformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wichen einer desillusionierten Einsicht in die Begrenztheit menschlicher und irdischer Ressourcen, von der auch die Bundesrepublik nicht verschont blieb... Die internationalen Entwicklungen wurden dabei durch innere Probleme, wie eine beginnende Rezession und die Zunahme des Terrorismus, noch verstärkt.

Zusammengenommen bewirkten sie eine „Tendenzwende“, bei der der Elan der frühen siebziger Jahre rasch erlahmte.

Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München (Beck Verlag) 1999, S. 563 f.

A 23 Hoffnung auf die Zukunft

Ergebnisse von Umfragen; Angaben in Prozent

Frage: „Glauben sie an den Fortschritt, ... dass die Menschheit einer immer besseren Zukunft entgegengeht?“

	1972	1980
Ich glaube an Fortschritt	60	28
Ich glaube nicht daran	19	35
Unentschieden	21	37

Nach Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983. Band VIII, München u.a. (K. G. Saur Verlag) 1983, S. 105

A 24 Die Ölkrise 1973 und ihre Folgen

Im Gefolge des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 erhöhten zahlreiche erdölexportierende arabische Staaten drastisch ihre Rohölpreise. Sie verhängten einen Lieferungsboykott über die USA und die Niederlande wegen deren israelfreundlicher Haltung, der schließlich in abgestufter Weise auf andere westliche Länder ausgedehnt wurde. Die Ölproduktion wurde um 25 Prozent gedrosselt. Auch die Bundesrepublik war von Lieferkürzungen betroffen ...

Zur Sicherstellung der Energieversorgung brachte die Bundesregierung in wenigen Tagen das Energieversorgungsgesetz durch das Parlament. Es trat am 10. November in Kraft ... Die Folgen der Ölkrise für die Bundesrepublik sind kaum zu überschätzen. In allererster Linie verursachte sie einen Kulturschock. Die Abhängigkeiten und Anfälligkeiten der modernen Industriegesellschaft und ihres Wohlstandes und die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen wurden deutlich wie nie zuvor ... Die fahrfreien Sonntage (im November und Dezember 1973) wurden zu „Besinnungs-Tagen“ ...

Die Kostenexplosion in der Mineralölwirtschaft (17 Milliarden DM Mehrausgaben im Jahr 1974 bei um sechs Prozent gesunkenem Verbrauch) wirkte preistreibend und schlug der Stabilitätspolitik der Regie-

rung voll ins Gesicht. Die Konjunktur fiel ab. Die Zahl der Arbeitslosen stieg.

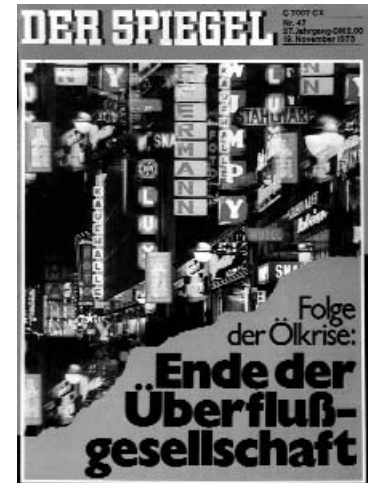
Wolfgang Jaeger; in: Karl-Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Mannheim 1986. Band 5/III, S.109f.*

A 25 Die Ölrechnung der Bundesrepublik

Rohölpreis
in DM je Barrel
(Jahresdurchschnitt)

1970	1,21
1971	1,58
1972	1,51
1973	2,03
1974	4,59
1975	4,14
1976	5,05
1977	5,03
1978	4,55
1979	6,86
1980	8,07

Nach Zahlenbilder
293 782 (12/86)



A 26 Kleine Chronologie der siebziger Jahre

1970

18. Januar	In West-Berlin wird die Gesamtschule zur Regelschule.
13. Februar	Der Deutsche Bildungsrat legt einen Strukturplan vor, der größere Chancengleichheit gewährleisten soll.
5. März	Der Atomwaffen-Sperrvertrag tritt in Kraft.
19. März	Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph treffen in Erfurt zu den ersten innerdeutschen Gesprächen zusammen. Fortsetzung der Gespräche am 5. Mai in Kassel.
10. April	Die Trennung Paul McCartneys von den Beatles bedeutet das Aus für diese Gruppe.
15. April	In zahlreichen Städten Baden-Württembergs finden Schülerstreiks gegen den Numerus clausus an den Universitäten statt.
7. Juni	Die überwältigende Mehrheit der Bürger Badens stimmt bei einem Volksentscheid für den Verbleib ihres Landes im Südweststaat.
18. Juni	Das aktive Wahlalter wird von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt.
12. August	Bundeskanzler Willy Brandt und der sowjetische Ministerpräsident unterzeichnen in Moskau den deutsch-sowjetischen Vertrag.
17. November	Das erste Mondfahrzeug wird von einer sowjetischen Sonde auf dem Erdtrabant abgesetzt.
7. Dezember	Unterzeichnung des Warschauer Vertrags in Warschau.

8. Dezember Die Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland überschreitet zum ersten Mal die Zwei-Millionen-Grenze.

1971

31. Januar	Der Telefonverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins wird nach neunzehnjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen.
10. Dezember	Bundeskanzler Willy Brandt erhält für seine Verdienste um die Ost-West-Verständigung den Friedensnobelpreis.

1972

28. Januar	Die Verabschiedung des so genannten „Radikalerlasses“, der die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst bezüglich ihrer Verfassungstreue vorsieht und in einigen Fällen zum „Berufsverbot“ führte, trifft auf heftige Kritik.
23. Februar	Das von der CDU/CSU-Opposition eingebrachte Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt scheitert im Deutschen Bundestag knapp.
23. April	Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg erhöht die CDU ihren Stimmenanteil von 44,2 auf 52,9 Prozent und gewinnt in diesem Bundesland erstmals die absolute Mehrheit.
3. Mai	Nach dem erzwungenen Rücktritt Walter Ulbrichts vom Amt des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED wird Erich Honecker des-

5. September	sen Nachfolger. (Daten zur Ära Honecker siehe Baustein D.) Nach dem Überfall auf das Quartier der israelischen Mannschaft während der XX. Olympischen Spiele in München kommen bei einer Befreiungsaktion elf israelische Geiseln und drei Entführer ums Leben. Nach einer Trauerfeier werden die Spiele fortgesetzt.
11. Oktober	Zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland werden diplomatische Beziehungen aufgenommen.
19. November	Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen wird die SPD mit einem Stimmenanteil von 45,8 Prozent zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik stärkste Partei.
10. Dezember	Der Schriftsteller Heinrich Böll erhält den Nobelpreis für Literatur.
21. Dezember	Der „Grundlagenvertrag“ über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird unterzeichnet.
1973	
1. Januar	Bei der ersten Erweiterung der EWG treten die EFTA-Staaten Großbritannien, Dänemark und Irland der Gemeinschaft bei. Die EWG zählt jetzt neun Staaten.
27. Januar	In Paris unterzeichnen die USA, Nord- und Südvietnam und die Nationale Befreiungsfront Vietkong einen Waffenstillstand: Ende des Vietnam-Krieges.
12. Juni	Helmut Kohl, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, wird ohne Gegenkandidaten zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt.
1. Juli	Der zivile Ersatzdienst wird gesetzlich dem Wehrdienst gleichgestellt.
18. September	Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR werden in die UNO aufgenommen.
19. November	Die Bundesregierung verordnet als Folge der Ölkrise ein Fahrverbot für Motorfahrzeuge für die vier folgenden Sonntage.
23. November	Die Bundesregierung erlässt einen Anwerbestopp für ausländische Arbeiter.
1974	
1. Januar	Fahrzeuge von DDR-Bürgern müssen statt „D“ für Deutschland jetzt „DDR“ als Landeskennzeichen führen.
11. Februar	Der bundesweite Streik der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erzwingt eine Lohnanhebung um elf Prozent.
23. März	Der Deutsche Bundestag setzt die Altersgrenze zur Erreichung der Volljährigkeit von bisher 21 auf 18 Jahre herab.
24. April	Günter Guillaume, der persönliche Referent von Bundeskanzler Willy Brandt, wird wegen Spionage für die DDR festgenommen.
6. Mai	Bundeskanzler Willy Brandt tritt zurück; sein Nachfolger wird der bisherige Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt (SPD).
15. Mai	Bundesaußenminister Walter Scheel (FDP) wird als Nachfolger Gustav Heinemanns (SPD) zum Bundespräsidenten gewählt.
22. Juni	Bei den Spielen zur Fußballweltmeisterschaft besiegt die Mannschaft der DDR die bundesrepublikanische Elf.
7. Juli	Die deutsche Fußballnationalmannschaft gewinnt die Fußballweltmeisterschaft.
1975	
30. April	Der Vietnam-Krieg endet mit der Niederlage der Amerikaner.

30. Juli / 2. August	Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verabschiedet die Schlussakte.
1976	
31. Januar	Die Arbeitslosenquote steigt auf 5,9 Prozent; dies ist der höchste Stand seit 1954.
4. Mai	Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer wird verabschiedet.
14. Juni	Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts hebt den Grundsatz auf, dass der Familienname des Mannes nach der Heirat auch von der Frau geführt werden muss.
16. November	Während einer von der SED genehmigten Konzertreise in die Bundesrepublik Deutschland wird der Liedermacher Wolf Biermann aus der DDR ausgebürgert.
1977	
26. Januar	„Emma“, die von Alice Schwarzer herausgegebene Frauenzeitung, erscheint zum ersten Mal.
16. August	Elvis Presley, der „König des Rock 'n' Roll“ stirbt; sein Grab in Memphis/USA wird zum „Wallfahrtsort“ und bleibt es bis heute.
28. September	Der SPD-Vorsitzende Brandt übernimmt den Vorsitz der Nord-Süd-Kommission.
7. Oktober	Bei Krawallen am Tag der Republik werden auf dem Ostberliner Alexanderplatz drei Menschen (darunter zwei Polizisten) getötet.
19. Oktober	Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer wird ermordet aufgefunden. (Zur Chronik des Terrorismus in den siebziger Jahren siehe Baustein E.)
1978	
12. Februar	Der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder wird Chef der Jusos, der Jungsozialisten in der SPD.
26. Juli	In einer Londoner Klinik wird das erste Retortenbaby der Welt geboren.
17. September	Im amerikanischen Camp David schließen Israel und Ägypten Verträge ab, die den Frieden im Nahen Osten gewährleisten sollen.
16. Oktober	Der Krakauer Erzbischof Karol Kardinal Wojtyla wird zum Papst gewählt.
1979	
22./27. Januar	Die von der ARD ausgestrahlte amerikanische Filmserie „Holocaust“ gibt in Deutschland den Anstoß zu einer intensiven Diskussion über die NS-Verbrechen.
13. März	Das „Europäische Währungssystem (EWS)“ tritt in Kraft.
23. Mai	Karl Carstens (CDU) wird zum Bundespräsidenten gewählt.
7. Oktober	Zum ersten Mal finden Direktwahlen zum europäischen Parlament in allen neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft statt.
7. Oktober	Bei der Bremer Bürgerschaftswahl überspringen die Grünen zum ersten Mal bei einer Wahl die Fünf-Prozent-Hürde.
14. Oktober	In Bonn demonstrieren etwa 100 000 Menschen gegen die Atomenergie.
12. Dezember	Die Nato legt in ihrem „Doppelbeschluss“ die Aufstellung von Mittelstreckenraketen für den Fall fest, dass die Sowjetunion ihre Mittelstreckenraketen nicht abbaut.
17. Dezember	Die OPEC erhöht den Erdölpreis um durchschnittlich zehn Prozent und löst damit die zweite Ölkrise aus.
27. Dezember	Sowjetische Truppen marschieren in Afghanistan ein: Beginn eines zehnjährigen Krieges in Afghanistan.

B 1 – B 13 Neue soziale Bewegungen – zwei Beispiele

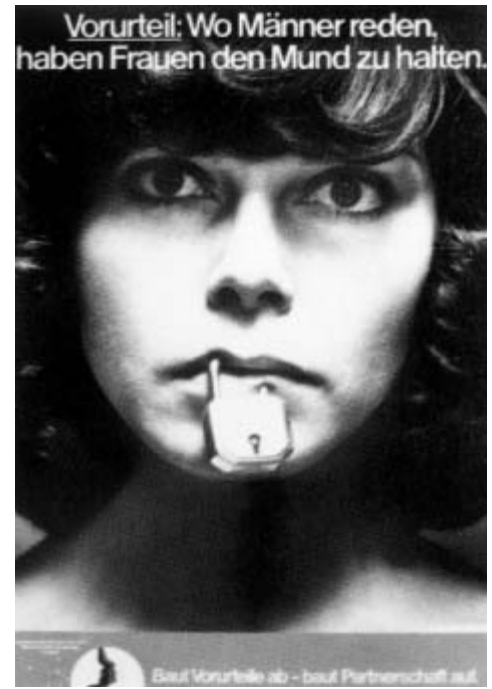
B 1 Bilder aus den siebziger Jahren



Postkarte von Klaus Staeck: Mehr Frauen in der Politik!
Bild: Klaus Staeck



Lilith, ein Frauenbuchladen
Bild: Chronik-Verlag



Plakat zum Internationalen Jahr der Frau 1975
Bild: Chronik-Verlag



Kein KKW in Wyhl ...
Bild: Anton Brenner



Nein danke

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Lieber heute aktiv ...
Bild: Elefanten Press

B 2 Ziele der neuen sozialen Bewegungen

Die siebziger Jahre sind die hohe Zeit der so genannten „neuen sozialen Bewegungen“. Diese verfolgen nicht mehr große klassenkämpferische Ziele, ihr Markenzeichen ist vielmehr die dauerhafte Einmischung in die Alltagspolitik. Sie fordern Veränderungen, aber sie vertreten keine grundsätzlichen Gegenpositionen zur bestehenden Ordnung. Die Anhänger dieser Bewegungen sind der Meinung, dass sich ihre Anliegen im Rahmen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verwirklichen lassen. Sie engagieren sich in überschaubaren Projekten und sind meist auf der lokalen oder regionalen Ebene angesiedelt. Die gesamtgesellschaftlichen utopischen Modelle des vorangegangenen Jahrzehnts sind dagegen verblasst. Obwohl die neuen sozialen Bewegungen in der Aufbruchstimmung der Studentenbewegung der späten sechziger Jahre ihre Wurzeln haben, stehen sie deren Fortschrittsglauben eher skeptisch gegenüber und orientieren sich an den Grenzen des Machbaren.

Das Prinzip der Selbstbestimmung, der Selbstorganisation „Betroffener“ und der unmittelbaren Vertretung von Interessen Benachteiligter besitzt für diese Bewegungen einen zentralen Stellenwert. Hierarchische Strukturen innerhalb der einzelnen Gruppen werden energisch bekämpft.

Vor allem auf kommunaler Ebene gelingt es ihnen, ihre Anliegen zu artikulieren und durchzusetzen: Gesprächsrunden zur Stadtentwicklung, Frauenhäuser, Beratungsstellen für Senioren und Ausländer würde es ohne die Aktionen der neuen sozialen Bewegungen wohl nicht geben.

Nach Karl-Werner Brand: Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen; in: Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1991, S. 43-46 und Klein, Ansgar u.a. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen, Opladen/Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 1999, S. 51-55

B 3 Eine Darstellung aus dem Jahre 1977

Bürgerinitiativen artikulieren private und soziale Interessen, die weder durch den etablierten Verbandspluralismus, noch durch die Verwaltung, noch durch die Parteien hinreichend zur Geltung gebracht werden... Die Aktivitäten der Bürgerinitiativen sind ... in ihrer überwiegenden Mehrheit gemeinwohlorientiert..., nur einem verschwindend kleinen Teil der Bürgerinitiativen geht es um die Verteidigung ihrer privaten Idylle... Die Gefahr, dass Bürgerinitiativen durch radikale Gruppen instrumentalisiert werden, ist... äußerst gering. Die soziale Zusammensetzung der

Bürgerinitiativen spricht ebenso dagegen wie ihre meist sehr begrenzte Zielsetzung ...

Bürgerinitiativen [dienen] ... als Frühwarnsysteme für politische und soziale Defizite und Fehlentwicklungen... [Sie] können aufgrund ihrer besonderen Arbeitsbedingungen ... den Beteiligten das Gefühl der Ohnmacht nehmen und öffentlich nachweisen, dass im demokratischen Staat der Einsatz und die Initiative Einzelner durchaus Problemlösungen zu erreichen vermögen... Die Glaubwürdigkeit der Bürgerinitiativen beruht... darauf, dass sie unter oft großen persönlichen Opfern und ohne Aussicht auf materiellen Gewinn für das Eintreten, was sie in ihrem sowie im Interesse des Gemeinwesens für richtig und notwendig halten.

Horst Zilleßen: Energiepolitik – Dialog mit dem Bürger; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/77 vom 9. Juli 1977, S. 16f.

B 4 Erstaunliche Zahlen

Mitte der siebziger Jahre bestanden in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 15 000 und 20 000 Bürgerinitiativen, von denen sich etwa drei- bis vier-tausend Umweltproblemen widmeten. Die Zahl der Mitglieder der Bürgerinitiativen übertraf die aller bundesdeutschen Parteien zusammen.

Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1991, S. 379

B 5 Der AKW-Konflikt am Kaiserstuhl

Aus dem Rückblick eines Journalisten

Die baden-württembergische Landesregierung, damals unter Ministerpräsident Filbinger, plante das Atomkraftwerk Wyhl als Ausgangspunkt für eine ober-rheinische Industrieschiene, die von Basel bis Karlsruhe reichen sollte. Das gigantische Projekt ist am Widerstand der Bevölkerung des Kaiserstuhls gescheitert. [In Wyhl] handelte es sich um eine ganz autonome Widerstands-bewegung. Ihren Kern bildeten die Bauern und Winzer des Kaiserstuhls. Von dem geplanten Kernkraftwerk ... fühlten sie sich in ihrer Existenz bedroht. Die ersten Bürgerinitiativen entstanden. Immer wieder wiesen sie auf die Umweltschäden hin, die sie befürchteten – vergebens. Mit unglaublicher Arroganz setzte sich die Landesregierung über alle Petitionen und gerichtliche Klagen hinweg. Die Betreiber des Kraftwerks und Regierungschef Filbinger (im Aufsichtsrat der Badenwerke) drohten mit Strafverfolgung und Schadenersatzforderungen.

Obwohl das Verwaltungsgericht Freiburg noch nicht entschieden hatte, begannen im Februar 1975 die Bauarbeiten im Wyhler Wald. Aus einer improvisierten Pressekonferenz auf dem Bauplatz entwickelte sich spontan die erste Besetzung. Dann ging es Schlag auf Schlag: Der Besetzung folgte die Räumung durch vier Polizeihundertschaften mit Wasserwerfern und Hundestaffeln – über fünfzig Personen wurden festgenommen. Nur wenige Tage später war mit List und Gewalt der Platz zurückerobert und die Polizei vom Gelände vertrieben ...

Schon im Herbst 1974 tauchten ... Emissäre [der organisierten revolutionären Linken] in den Dörfern um Wyhl herum auf. Sie wurden als Nichteinheimische mit großem Misstrauen betrachtet. Sofort ergriff Filbingers Staatskanzlei die Chance, die Anti-KKW-Bewegung als von Kommunisten unterwandert zu diskreditieren. Das ist ihr [der revolutionären Linken] nicht gelungen, weil sie das praktische Denken der Kaiserstühler Bevölkerung unterschätzte: Beim Aufbau eines Informations- und Alarmdienstes, vor allem aber als Verstärkung bei den Nachtwachen des besetzten Platzes waren die angereisten linksradikalen Helfer willkommen. In politischen und taktischen Entscheidungen dagegen hatten sie nichts mitzureden.

Am Ende waren die Kaiserstühler mit dem Erfolg, das KKW verhindert zu haben, hoch zufrieden.

Dietrich Kreidt: W wie Wyhl; in: Stuttgarter Zeitung vom 5. März 2001, S. 12

B 6 Die Anhörung im Juli 1973

Ein Stimmungsbericht

Am 9. und 10. Juli 1973 fand in der Wyhler Festhalle der öffentliche Erörterungstermin in Sachen KKW statt; d. h. die Genehmigungsbehörde ... ruft ein letztes Mal zu allen strittigen Fragen die Einsprecher auf, hört ihre Einwände an, erteilt der Gegenseite das Wort zur Widerlegung und bildet sich dann ein Urteil.

Das Publikum, etwa tausend Leute aus der Region, die sich zum Teil extra zwei Tage frei genommen hatten, erlebte ein lehrreiches Schauspiel ... Auf der Bühne, oben, saßen an einem langen Tisch die Regierungsbeamten. Unter der Bühne saßen nebeneinander aufgereiht die Gutachter für meteorologische, hydrologische, radiologische Fragen usw. ... Komisch nur, dass sie alle unter dem Schwall wissenschaftlicher Terminologie unisono den gleichen Refrain sangen: Das KKW ist nicht schädlich, im Gegenteil, es wird in jeder Hinsicht segensreich sein ... Vorne links im Saal saßen die Vertreter der Betreiber Kernkraftwerk Süd GmbH (Badenwerkstochter) und der Hersteller, Kraftwerksunion (AEG und Siemens), ... die dann und wann belästigt ans Saalmikrofon traten, um den harthörigen Bauern mal wieder die Zweifel auszutreiben ...

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Die Einheitlichkeit dieser KKW-Front machte das Publikum so aggressiv, dass jeder aus dem uneinheitlichen Haufen der Kern-Kraft-Gegner beklatscht wurde, weil er wenigstens „zu uns“ gehört. Vorne rechts im Saal saßen die Einsprecher, Umweltschützer, Bürgermeister, Bürgerinitiativen. Sie hatten in kurzer Zeit 90 000 Unterschriften für Einsprüche gesammelt und lange wissenschaftliche und juristische Einsprüche verfasst. Die Sprecher der Bürgerinitiativen aus den verschiedenen Dörfern vertraten am deutlichsten die Meinung des Publikums. Alarmiert durch die Warnungen der Umweltschützer und die Welle von Umweltskandalen ..., vertraten sie zunächst ökonomische Interessen. Sie fürchteten mit gutem Grund für die Landwirtschaft, die Mais- und Getreidefelder, Obst- und Tabakplantagen, Fischerei, fürs Grundwasser, die Wälder.

Die stärkste geschlossene Gruppe sind die Winzer. Jahrelang durch Subventionen, Rebumlegungen, Einführung moderner Methoden und sehr viel Familienarbeit hochgezüchtet, soll jetzt der Kaiserstuhlweibau den Interessen der Privatindustrie geopfert werden. Das sieht kein Mensch ein ...

Das Publikum hat sich in den zwei Tagen Erörterungstermin nicht aufs Zuhören beschränkt. Es revoltierte mit Sprechchören, Zwischenrufen, Pfiffen. Zum ersten Mal riefen die Leute den lapidaren Sprechchor: „Das KKW wird nicht gebaut!“ Und als

die Bürgerinitiativen am Nachmittag des 10. Juli zum Auszug aufrufen, blieben praktisch Regierung, Industrie, Polizei und Presse im Saal – eine sinnfällige Allianz.

Walter Massmann: *Die Bevölkerung ist hellwach!*; in: *Kursbuch* Nr. 39, 1975, S. 129 ff.; zitiert nach: Christoph Kleßmann / Georg Wagner (Hrsg.): *Das gesplante Land*, München (Beck Verlag) 1993, S. 260-262

B 7 Protestfahrt gegen das KKW Wyhl

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Text des Plakats: Der Wyhler Wald warnt euch alle, KKW ist eine Todesfalle
Bild: Elefanten Press

B 8 Die erste „Emma“



Titelblatt der ersten Ausgabe, 1977

B 9 Eine kleine Chronologie der Frauenbewegung

- | | |
|------|---|
| 1970 | Gesetz über die rechtliche Stellung nicht-ehelicher Kinder: volles Sorgerecht für die Mutter, Verbesserung des Unterhaltsanspruchs gegenüber dem Vater und erbrechtliche Gleichstellung |
| 1971 | Bundesweite Selbstbeziehungskampagne „Ich habe abgetrieben“ |
| 1972 | Bundesfrauenkongress in Frankfurt/Main
„Jahr der Arbeiterinnen“ (proklamiert vom Deutschen Gewerkschaftsbund)
Gründung des ersten deutschen Frauenzentrums in Frankfurt/Main
Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen |
| 1973 | Gründung der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)“
Herausgabe der ersten deutschen „Frauenzeitung“
Bundesweites Frauentreffen in München |
| 1974 | Nationaler Kongress der deutschen Frauenbewegung in Bochum
Öffentliches Frauenfest in Berlin |
| 1975 | Erstes von der UNO proklamiertes „Jahr der Frau“
Gründung des ersten feministischen Verlags „Frauenoffensive“ in München
UNO-Weltfrauenkonferenz in Mexiko: Deklaration der Gleichberechtigung der Frau
Herausgabe des ersten Frauenjahrbuchs und des ersten Frauenkalenders |
| 1976 | Erscheinen der ersten Nummer der Frauenzeitschrift „Courage“
Erste Frauen-Sommeruniversität in Berlin
Eröffnung des ersten Frauenhauses („Haus für geschlagene Frauen“) in Berlin |
| 1977 | Erste Nummer der von Alice Schwarzer herausgegebenen Zeitschrift „Emma“ (Startauflage: 200 000 Exemplare)
Walpurgisnacht-Demonstrationen in mehreren deutschen Städten
Reform des Ehe- und Familienrechts: Gleichrangigkeit von Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit; freie Wahl des Familiennamens; Zerrüttungsprinzip statt Schuldprinzip bei Ehescheidungen |
| 1978 | Tribunal „Gewalt gegen Frauen“ in Köln
Erste Kampagne gegen Frauen diskriminierende Darstellungen in der Werbung |
| 1979 | Gesetz zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs |

B 10 Slogans der Frauenbewegung

- „Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad“
- „Frauen mit und ohne Mann! Frauen mit und ohne Angst!“
- „Küche, Keller, eigener Herd – ist *kein* ganzes Leben wert“
- „Frauen gemeinsam sind stark“
- „Frauen- und Mutterideal! Im Betrieb: Lohnskandal“
- „Wir lassen uns nicht an die Kette legen“
- „Ob wir Kinder wollen oder keine, das entscheiden wir alleine“
- „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

B 11 Umfrage-Ergebnisse 1967 und 1979

„Haben Sie den Eindruck, dass Frauen heutzutage im Beruf gleiche Chancen haben wie Männer – vorausgesetzt, dass sie gleich viel leisten?“ (Angaben in Prozent)

	1967	1979
Frauen haben die gleichen Chancen	40	17
Männer werden bevorzugt	44	63
Kommt darauf an	12	17
Keine Antwort	4	8

Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983. Band VIII, München u.a. (K.G. Saur Verlag) 1983, S. 471

B 12 Nur für Frauen!

- Frauenkneipen
- Frauenhäuser
- Frauencafés
- Frauenverlage
- Frauenzeitschriften
- Frauenuniversitäten
- Frauencamps
- Frauenkabarets
- Frauen-Theatergruppen
- Frauen-Filmgruppen
- Frauenbuchhandlungen
- Frauenprojekte
- Frauenwerkstätten

B 13 Feminismus konkret

Von Alice Schwarzer

Wir, die Feministinnen, geben dem Kampf gegen die spezifische Unterdrückung aller Frauen in allen Lebensbereichen und gegen eine von männlichen Normen beherrschte Welt den Vorrang ... Feminismus ist keine Partei und keine Organisation, sondern Ausdruck eines Bewusstseins, das heute in alle Lebensbereiche und auch in die männerbeherrschten Institutionen, Organisationen und Parteien dringt ...

Feminismus wird da konkret, wo zwei, drei Frauen zusammen reden und handeln! Wo Frauen beginnen, zu fragen, statt zu gehorchen, zu kämpfen, statt hinzunehmen ... Es geht nicht darum, sich ohne Männer zu emanzipieren, sondern es geht darum, Männer nicht länger mit der Bitte um Einsicht, sondern mit eigenen Einsichten und daraus gezogenen Konsequenzen zu konfrontieren.

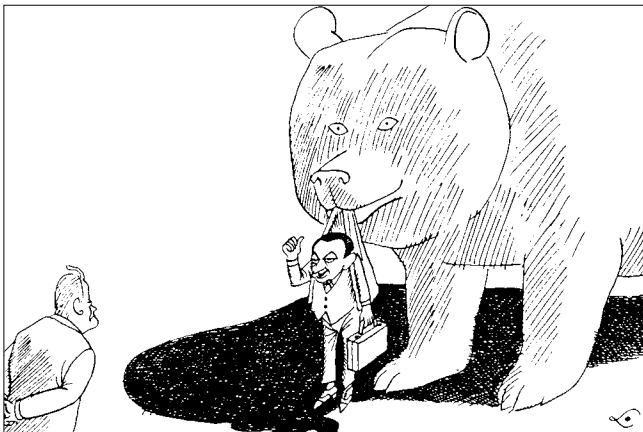
Alice Schwarzer: Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen, Frankfurt/Main (Fischer) 1975, S. 235 f.

Was ER verdient,
was SIE verdient (1977)

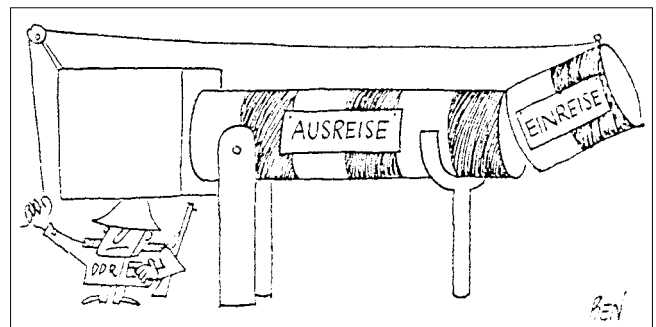
Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

C 1 – C 12 Die neue Ostpolitik

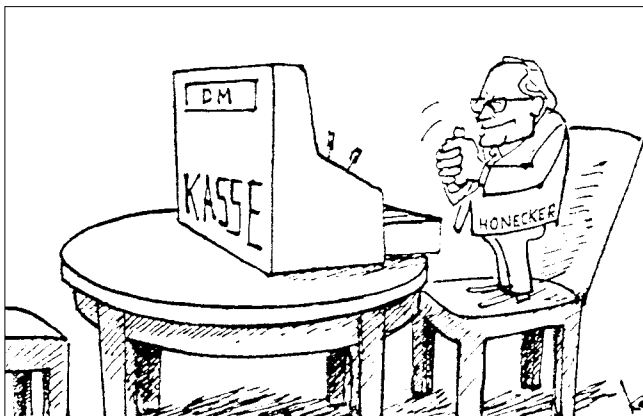
C 1 Karikaturen zur Entspannungspolitik der siebziger Jahre



Egon Bahr zurück aus Moskau: „Er ist verhandlungsbereit“
 Zeichnung: Ernst Maria Lang 1970



Kleiner Grenzverkehr Zeichnung: Gabor Benedek 1977



Deutsche an einen Tisch! Zeichnung: Egon Kaiser 1979



Die Union im Dilemma: „Würden Sie mir bitte runterhelfen?“
 Zeichnung aus der Badischen Zeitung

C 2 Die Anfänge

Die Phase zwischen dem Mauerbau 1961 und dem Machtantritt der sozialliberalen Koalition 1969 war ... eine Periode des Übergangs, in der die neue Ostpolitik allmählich Gestalt annahm, ohne bereits zum Zuge zu kommen ... Die offizielle Politik kam ... in dieser Zeit noch immer nicht über tastende Versuche hinaus, das Misstrauen der osteuropäischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik abzubauen und eine Basis für Zusammenarbeit zu schaffen ... [Der] Versuch, mit viel Geduld deutlich zumachen, dass Deutschland ... als Teil eines neuen Europa ein guter Nachbar ist, der nicht Revanche sucht, sondern Verständigung, und nicht Spannung, sondern Sicherheit für alle, gab dabei die Richtung an ...

Eine Wende in der Ostpolitik wurde dadurch jedoch nicht erreicht, weil sich Bundesaußenminister Gerhard Schröder und Bundeskanzler Ludwig Erhard ebenso wenig wie die nachfolgende Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger durchdringen konnten, die DDR einzubeziehen ... Willy Brandt sah sich deshalb als Außenminister der Großen Koalition bald isoliert, als er sich ... bemühte, die DDR in seine „Politik der kleinen Schritte“ einzubeziehen.

Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München (Beck) 1999, S. 525-536

C 3 Das Neue an der „Neuen Ostpolitik“

Das vielleicht ehrgeizigste – jedenfalls heftigst umstrittene – Vorhaben der sozialliberalen Koalition [war] die „Neue Ostpolitik“. Zwar fehlte es auch früheren Bundesregierungen nicht an der Erkenntnis, dass die Ostbeziehungen des Bonner Staates einer grundsätzlichen Ordnung bedürften. Die entscheidende Hemmschwelle für eine zügige und beherrschte Klärung des Verhältnisses mit den osteuropäischen Staaten hatte ehemals jedoch noch im Wiedervereinigungsgebot bestanden; präziser: in der seinerzeitigen deutschlandpolitischen Doktrin ... Der ostpolitische Konsens in der Bundesregierung bestand bis weit in die sechziger Jahre eben darin, dass der Status quo in Europa und mithin in Deutschland zu verändern sei; das Ziel war die nationale Einheit, in welchem übergeordneten Kontext auch immer ... Eine Normalisierung der Ostbeziehungen wurde erst bei Fortschritten in der Deutschen Frage für möglich gehalten ...

Die sozialliberale Koalition entschied sich nach dem Machtwechsel von 1969 für die „Anerkennung der Realitäten“ ... Die nun anhebende Entspannungspolitik war demnach auch ganz wesentlich die Lösung der inneren Anspannung, eine Entkrampfung der inneren Widersprüchlichkeiten in der bundesdeutschen

Ostpolitik ... Ihr neues Ziel war es fortan, den ... akzeptierten Status quo durch eine Entspannung der Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und eine Normalisierung des innerdeutschen Verhältnisses erträglicher zu gestalten ... Auf dieser Basis war die Wende zu einer Politik des begrenzten Miteinanders möglich ...

Die Ostverträge und der Grundlagenvertrag mit der DDR dokumentieren und manifestieren zugleich, dass die Westdeutschen vorerst alle Hoffnungen auf eine in überschaubaren Zeiträumen zu erlangende Wiedervereinigung aufgegeben haben. Konsequenterweise ist die ehemalige „Sowjetische Besatzungszone“ nicht länger mehr ein Phantom oder Phänomen, sondern ein eigenständiger Staat DDR.

Peter Siebenmorgen: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn (Bouvier Verlag) 1990, S. 1 und S. 4

C 4 „Wandel durch Annäherung“

Das von Egon Bahr, einem engen Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, am 15. Oktober 1962 in der Evangelischen Akademie in Tutzing vorgestellte Konzept vom „Wandel durch Annäherung“ sorgte in der damaligen politischen Szenerie für große Aufregung ...

Aber „Wandel durch Annäherung“ wurde zum geflügelten Begriff und zum deutschland- und ostpolitischen Grundsatz der gesamten sozialdemokratischen Entspannungspolitik – und das, obwohl es anfangs kaum zustimmende Äußerungen in den Parteien und durch die Publizistik gab. Trotz aller Vorbehalte setzte sich Bahrs Konzept schließlich in der SPD durch.

„Wandel durch Annäherung“ bedeutete etwa Folgendes: Die Staaten müssen sich einander annähern, damit sich die Beziehungen zwischen den Staaten zum Besseren wandeln können. „Wandel durch Annäherung“ war ein Modell für die Neuorientierung der deutschen Ostpolitik und stellte die bundesrepublikanische Antwort auf die Entspannungsbemühungen der USA dar, welche der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy unter dem Motto „Strategie des Friedens“ eingeleitet hatte.

Das Neue an Bahrs Ausführungen bestand darin, dass „sie endlich die juristischen Modalitäten der Koexistenz in Deutschland als das Sekundäre“* bezeichneten und sich darauf konzentrierten, die Situation der Menschen im geteilten Deutschland zu verbessern.

Nach Andreas Vogtmeier: Egon Bahr und die deutsche Frage, Bonn (Dietz) 1996, S. 64-66

* Waldemar Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1970, S. 42

C 5 Motive und Ziele der neuen Ostpolitik

Zitate von Willy Brandt

„Fünfundzwanzig Jahre nach der Kapitulation des von Hitler zerstörten Deutschen Reiches... ist es an der Zeit, unser Verhältnis zum Osten neu zu begründen – und zwar auf dem uneingeschränkten, gegenseitigen Verzicht auf Gewalt, ausgehend von der politischen Lage, wie sie in Europa besteht. [Es] geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden wäre.“

Nach Timothy Garton Ash: *Im Namen Europas*, München/Wien (Hanser Verlag) 1993, S. 112

Meine Meinung war und ist: Es soll sich die Politik zum Teufel scheren, die – um welcher Prinzipien auch immer – den Menschen das Leben nicht leichter zu machen sucht. Wo eine Wahl unausweichlich ist, muss das menschliche Wohl den Vorrang haben. Denn was gut ist für die Menschen im geteilten Land, ist auch gut für die Nation.

Willy Brandt: *Erinnerungen*, Frankfurt/Main (Propyläen Verlag) 1989, S. 55f.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Erstes innerdeutsches Gespräch in Erfurt 1970. Eine Menschenmenge hat sich am 19. März 1970 vor dem Hotel „Erfurter Hof“ versammelt, um dem deutschen Bundeskanzler Willy Brandt, der sich nach minutenlangen Ovationen am Fenster zeigte, (M.) zuzujubeln. Im Fenster rechts sein Pressesprecher Staatssekretär Conrad Ahlers. Am 19. März 1970 trafen sich Bundeskanzler Willy Brandt und der Ministerpräsident der DDR, Willi Stoph, zu einem ersten innerdeutschen Gespräch im Erfurter Hof. *Bild: dpa*

C 6 Das System der Ostverträge

12. August 1970

Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland

- Gewaltverzicht (gemäß der UN-Charta)
- Achtung der territorialen Integrität in Europa (einschließlich der Oder-Neiße-Linie und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten)
- Aufrechterhaltung des Friedens und Förderung der Entspannung
- Schaffung eines „Rahmens“ für die nachfolgenden Abkommen mit Polen, der Tschechoslowakei und der DDR
- Offenhaltung einer friedlichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands (Brief zur deutschen Einheit (siehe C 8))

7. Dezember 1970

Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen

- Gewaltverzicht (gemäß der UN-Charta)
- Bestätigung der Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Polen und Deutschland
- Wechselseitiger Verzicht auf Gebietsansprüche (gegenwärtig und in Zukunft; Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens)
- Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten

3. September 1971

Berlinabkommen zwischen den vier Siegermächten

- Sicherung der Transitwege zwischen Westdeutschland und Westberlin
- Ermöglichung von Besuchen der Westberliner im Ostteil der Stadt und in der DDR
- Wiederherstellung der Telefonverbindung innerhalb der geteilten Stadt
- Schlussstrich unter jahrzehntelangen Streit über Status- und Zugehörigkeitsprobleme Westberlins (aber: keine uneingeschränkte Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland)

21. Dezember 1972

Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (siehe C 7)

11. Dezember 1973

Prager Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland

- Gewaltverzichterklärung (gemäß der UN-Charta)
- Gegenseitige Zusicherung der Unverletzlichkeit der gemeinsamen Grenzen und der territorialen Integrität
- Erklärung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938
- Verbesserung und Ausbau der bilateralen Beziehungen

C 7 Der Grundlagenvertrag (1972)

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3

Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen liegenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Artikel 5

... Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa...

Artikel 6

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, dass die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt...

Artikel 7

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern.

Artikel 8

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden ständige Vertretungen austauschen...

Artikel 9

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen darin überein, dass durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden...

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995, S. 370-372

C 8 Der Brief zur deutschen Einheit

Der Brief zur deutschen Einheit der Bundesregierung wurde bei der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages dem Unterhändler der DDR übergeben. Die Regierung der DDR hatte sich geweigert, einen Artikel mit dem entsprechenden Inhalt in den Grundlagenvertrag aufzunehmen. Ein gleichlautendes Schreiben, das Bundesaußenminister Walter Scheel unterzeichnet hatte, war bereits beim Abschluss des Vertrages mit der Sowjetunion 1970 in Moskau überreicht worden.

Berlin, den 21. Dezember 1972

*An den
Staatssekretär beim Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik*

Herrn Dr. Michael Kohl

Sehr geehrter Herr Kohl!

Im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

*Mit vorzüglicher Hochachtung
Bahr*

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Verträge, Abkommen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Stuttgart (Kohlhammer) 1973, S. 22

C 9 Entwicklung der Beziehungen nach dem Grundlagenvertrag

1973	
5. Juli	Aufnahme des grenznahen Verkehrs in die DDR
18. September	Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in die UNO
6. November	Verdoppelung der Mindestumsätze bei der Einreise in die DDR. (Die Maßnahme wird am 20. Dezember 1974 wieder zurückgenommen.)
1974	
25. April	Unterzeichnung eines Gesundheitsabkommens
3. Mai	Einrichtung der Ständigen Vertretungen in Bonn und Berlin (Ost)
8. Mai	Unterzeichnung eines Protokolls über die Regelung der Sportbeziehungen
1975	
14. April	Aufnahme des vollautomatischen Fernsprechverkehrs von Berlin (West) nach Berlin (Ost)
16. Dezember	Ausweisung eines bundesrepublikanischen Korrespondenten aus der DDR
19. Dezember	Vereinbarung über den Berlin-Verkehr
1976	
13. August	Zurückweisung von Angehörigen der Jungen Union auf einer Sternfahrt zum 15. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer
1977	
1. März	Festsetzung von Straßennutzungsgebühren für Kraftfahrzeuge, die von Berlin (West) nach Berlin (Ost) fahren
30. November	Meldung des Volkswagenwerkes, wonach die DDR 1978 10 000 VW-Golf beziehen wird
1978	
10. Januar	Schließung des Ostberliner Büros des „Spiegel“ durch die DDR
15. Januar	Verweigerung der Einreisegenehmigung für den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl
27. Januar	Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Bundesjugendring und der FDJ
3. Mai	Uneingeschränkte Einbeziehung Ostberlins in die DDR
16. November	Vereinbarungen über den Bau einer Autobahn zwischen Hamburg und Berlin und die Wiedereröffnung des Teltow-Kanals
1979	
14. Mai	Ausweisung eines ZDF-Korrespondenten aus der DDR
28. Juni	3. Strafrechtsänderungsgesetz der DDR: Erschwerung der freien Meinungsäußerung und der Kontaktaufnahme mit der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland

Nach: Politik und Unterricht, Sonderheft 1980, S. 46f.

C 10 Die Kritik der CDU/CSU-Opposition am Grundlagenvertrag

Aus dem Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Saarland und Schleswig-Holstein zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR; vom Bundesrat mit 21:20 Stimmen am 2. Februar 1972 angenommen. (Da der Grundlagenvertrag nicht zustimmungsbedürftig war, hatte die Ablehnung durch den Bundesrat aber keine Auswirkung auf die Ratifizierung.)

- A. Der Bundesrat spricht sich für vertragliche Vereinbarungen mit der DDR aus, die die Folgen der Teilung mildern und die Hindernisse für menschliche Begegnungen und für Freizügigkeit abbauen, den Zusammenhalt der Deutschen fördern und die Einheit der Nation erhalten ...
- B. Der Bundesrat lehnt dagegen den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ... ab.
 - I. Der Vertrag bringt keine ausreichenden menschlichen Erleichterungen und Verbesserungen der Freizügigkeit für Menschen, Ideen, und Meinungen. Nach wie vor wird an der Mauer geschossen.
 - II. Die Bundesregierung hat durch den Vertrag die langjährigen Forderungen der DDR erfüllt. Sie hat keine entsprechenden Gegenleistungen erreicht: die in Aussicht gestellten menschlichen Erleichterungen liegen weitgehend im einseitigen Ermessen der DDR...
 - III. Der Vertrag dient nicht der Einheit der Nation und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen.
 1. Nach dem Grundgesetz soll das gesamte deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollziehen.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Bonn 1972: Demonstration gegen die Ostverträge

Bild: dpa

Der Grundvertrag macht dagegen die Wiedervereinigung rechtlich von der Zustimmung der nicht frei gewählten DDR-Regierung abhängig.

2. Der Vertrag enthält keine Einigung beider Seiten über die Einheit der Nation und darüber, dass die beiden deutschen Staaten füreinander nicht Ausland sind ...

4. Der Vertrag könnte in der Weltöffentlichkeit als ein Einverständnis der Deutschen mit der ihnen aufgezwungen Teilung verstanden werden.

6. Der Vertrag bezieht Berlin nicht ein ...

7. Die Bundesregierung gibt ausdrücklich das Recht auf, als einzige frei gewählte deutsche Regierung stellvertretend auch für die Bewohner im anderen Teil Deutschlands zu sprechen...

Das Parlament vom 10. Februar 1973, S. 4

C 11 Bewertungen aus der Rückschau

a) Wichard Woyke

Durch die Anerkennung des Status quo in Europa wurden nicht nur die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, sondern auch in ganz Europa verbessert, was sich unter anderem in der Institutionalisierung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) niederschlug, auf der 1975 faktisch der Nachkriegs-Status-quo in Europa bestätigt wurde... Schließlich konnte durch die erfolgreiche Ostpolitik die Bundesrepublik ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit erhöhen, was ihr wiederum zu einem Positionsgewinn in der europäischen Integration verhalf.

Zit. nach Peter Massing, (Hrsg.): *Wendepunkte, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 1998, S. 68*

b) Heinrich August Winkler

Am 18. September 1973 wurden die DDR als 133. und die Bundesrepublik als 134. Staat in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die deutsche Zweistaatlichkeit war nun von Ost und West international anerkannt. Die beiden deutschen Staaten konnten fortan keinen Druck mehr auf dritte Staaten ausüben, die diplomatische Beziehungen zum jeweils anderen deutschen Staat aufzunehmen gedachten. Die Bundesrepublik und die DDR waren damit aber auch weniger als zuvor vom Wohlverhalten anderer Staaten abhängig. Beide gewannen an außenpolitischem Handlungsspielraum, beide verabschiedeten sich, wie es schien, endgültig vom provisorischen Charakter ihrer Gründung im Jahre 1949.

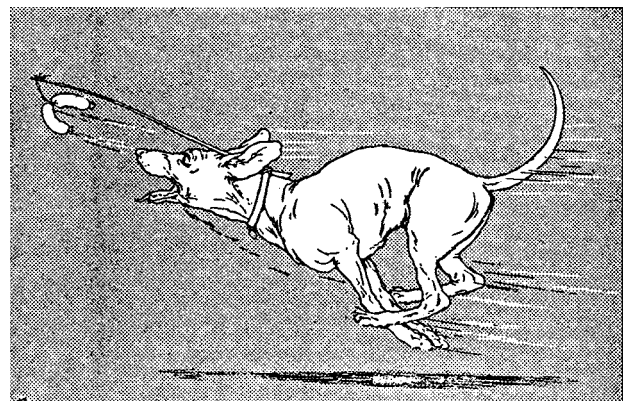
Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Band 2, München (Beck) 2000, S. 314*

c) Jürgen Weber

Im Kern bedeutete der [Moskauer] Vertrag eine De-facto-Anerkennung der Grenzen und Machtverhältnisse in Europa durch die Bundesrepublik, die jedoch eine spätere Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ausdrücklich nicht ausschloss ... Jahre später wurde deutlich, dass das SED-Regime für die so dringend gewünschte Aufnahme der DDR in den Kreis der internationalen Staatenwelt einen hohen Preis gezahlt hatte. Die vertraglichen Verpflichtungen (Erleichterungen im Reiseverkehr, Familienzusammenführung usw.) legten den Grundstein dafür, dass die Mauer wieder durchlässiger wurde ... Die Politik der Abschottung funktionierte nicht mehr, der Bazillus der Freiheit nistete sich ein.

Deutsche Geschichte 1945-1990, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2001, S. 153 und S. 157

C 12 Die Einstellung zur Wiedervereinigung



Wiedervereinigung: eine Karikatur von 1956

Zeichnung: Fritz Meinhard, Stuttgarter Zeitung

Ergebnisse von Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980, Angaben in Prozent

„Was halten Sie für die wichtigste Frage, mit der man sich heute in der Bundesrepublik allgemein beschäftigen sollte?“

	Wieder- vereinigung	Wirtschaftliche Probleme	Sicherung des Friedens; Lösung des Ost-West- Konflikts	Rüstung, Abrüstung	Keine Angabe
1960	38	27	21	5	9
1970	13	41	24	-	22
1980	0	61	30	1	8

Nach Ralf Rytlewski / Manfred Opp de Hipt: *Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen, München (Beck Verlag) 1987, S.172*

D 1 – D 16

Die Ära Honecker

D 1 Sonderbriefmarken der DDR
aus den siebziger Jahren

10. Jahrestag der Berliner Mauer (1971)

Sonderausgabe zum
Tod Ulbrichts (1973)Staatswappen der DDR
(1973)

20 Jahre Warschauer Pakt (1975)

25 Jahre Rat für gegenseitige
Wirtschaftshilfe

25 Jahre Deutsch-Sowjetische Freundschaft (1972) (Breschnew und Honecker)



9. Parteitag der SED (1976)



20 Jahre Nationale Volksarmee (1976)



30 Jahre DDR (1979)



25 Jahre Betriebskampfgruppen der DDR (1978)

D 2 Ulbrichts politisches Ende

Walter Ulbrichts politisches Ende kam, als Erich Honecker in Abstimmung mit Leonid Breschnew, dem Generalsekretär der KPdSU und Staatsoberhaupt der UdSSR, diesen Anfang 1971 zum „freiwilligen Rücktritt“ bewegte. Der „Unersetzliche“ ... hatte seine Rolle ausgespielt, er passte auch nicht mehr zu dem Entspannungskurs, der nun das Verhältnis zwischen Ost und West ... bestimmte ...

Wie bei den stalinistischen Säuberungen, freilich nun auf menschliche Weise ohne Mord oder Hinrichtung, sondern durch Versetzung in den „Ruhestand“, was bedeutete, dass man zur Unperson wurde, musste derjenige, der von dem Gefühl durchdrungen war, er habe dem Sozialismus auf deutschem Boden zum überragenden Sieg verholfen ..., schlagartig abtreten.

Herman Glaser: Deutsche Kultur 1945-2000, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1997, S. 197

D 3 An Leonid Breschnew, den Chef der KPdSU

Aus einem Brief des Polit-Büros der SED vom 21. Januar 1971

Wie Ihnen bekannt ist, kam es bei uns in den letzten Monaten in wachsendem Maße zu einer außerordentlich schwierigen Lage im Politbüro. Das hat seine Ursache darin, dass seit Mitte 1970 vom Genossen Walter Ulbricht immer wieder Einschätzungen gegeben und Fragen aufgeworfen werden, die nicht mit der realen Lage der Deutschen Demokratischen Republik und unseren Aufgaben in Übereinstimmung stehen. Das erfüllt uns mit großer Sorge ...

Genosse Walter Ulbricht hält sich gar nicht an Beschlüsse und getroffene Vereinbarungen ... Nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in unserer Politik gegenüber der BRD verfolgt Genosse Walter Ulbricht eine persönliche Linie, an der er starr festhält ...

[Wir] halten es für unsere internationale Pflicht, das Politbüro des ZK der KPdSU ... zu bitten, uns bei der Lösung dieser komplizierten Frage zu helfen. Wir sind der Ansicht, dass eine solche Lösung darin bestehen könnte, dass die Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED sehr bald von der des Staatsrates der DDR getrennt wird und Genosse Walter Ulbricht nur die Funktion des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR ausübt ...

Deshalb wäre es ... für uns eine unschätzbare Hilfe, wenn Genosse Leonid Iljitsch Breschnew in den nächsten Tagen mit Genossen Walter Ulbricht ein Gespräch führt, in dessen Ergebnis Genosse Walter Ul-

bricht von sich aus das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Deutschlands ersucht, ihn auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK der SED zu entbinden.

Dieter Grosser u.a. (Hrsg.): Bundesrepublik und DDR 1969-1990, Stuttgart (Reclam Verlag) 1996, S. 216f.

D 4 Erich Honecker und sein System

Seltsamerweise galt Honecker zum Zeitpunkt seines Machtantritts als weitgehend unbeschriebenes Blatt. Seine Zeit als FDJ-Chef war vergessen. Die Machtpositionen, die er seit 1957 eingenommen hatte, lagen im Dunkel des anonymen SED-Apparats. Nur Eingeweihte oder sehr aufmerksame Zeitungsleser konnten sich daran erinnern, dass gerade er in seiner Funktion als SED-Sicherheitschef am 13. August 1961 die Errichtung des „Antifaschistischen Schutzwalls“ [der Berliner Mauer] geleitet hatte... Im Westen wie im Osten war man 1971 bereit, dem neuen Mann eine Chance zugeben ...

Erich Honecker war der Mann der kleinen Kompromisse, der Meister des stillen Nachgebens und des „So Tun als ob“. Westfernsehen war nicht direkt verboten und nicht direkt erlaubt... Der Umlauf von D-Mark als „Zweitwährung“ war nicht direkt verboten und nicht direkt erlaubt... Ausreisearträge zu stellen war nicht direkt verboten und nicht direkt erlaubt ...

Hinter dem Nebelvorhang einer Mini-Liberalisierung, die wenig Risiken in sich barg und viel Zustimmung einbrachte, steuerte der neue Erste Sekretär der SED allerdings einen regressiven Kurs. Er war der Mann der Staatssicherheit, und mit seinem Machtantritt vollzog sich auch der Aufstieg Erich Mielkes (Chef der Staatssicherheit) ins oberste Gremium der Macht. Für das Ministerium für Staatssicherheit bedeutete das eine politische Aufwertung und die Möglichkeit zum ungehemmten ... „flächendeckenden“ Ausbau. Mit Honecker begann auch eine neue Welle der Militarisierung der Gesellschaft, insbesondere des Bildungswesens von den Kindergärten bis zu den Universitäten ...

Insgesamt wird man in der Rückschau von einer Art Doppelstrategie sprechen können: Auf der einen Seite hieß die Parole: Abgrenzung vom imperialistischen Gegner, Zuwendung zur Sowjetunion ..., Ausbau der Staatssicherheit, Kampf den kapitalistischen Überbleibseln in der Wirtschaft. Auf der anderen Seite bemühte sich die Honecker-Führung, die Untertanen durch soziale Zugeständnisse und einen höheren Lebensstandard zufriedener zu stellen und so auch auf die Gefährdungen der Entspannungspolitik vorzubereiten ...

Man traute ihm zu, dass er auf seine Art das Beste für die Menschen wollte. „Ich schreibe an Honecker“, war in der DDR zur stehenden Wendung geworden. Der von Alltagsorgen gebeutelte Bürger drohte mit einem solchen Schritt, wenn er ... [zum Beispiel] nach 25 Jahren Wartezeit noch kein Telefon erhielt. Und die Erfahrung zeigte, dass schon die Drohung wirken konnte... So geschahen gelegentlich auch „Wunder“. Wenn von oben „durchgestellt wurde“, konnte es passieren, dass ein Trupp vom Fernmeldeamt erschien, einen Telefonanschluss legte und zum Abschied meinte: „Reichen Sie bei Gelegenheit den formalen Antrag nach.“ Diese Praxis eröffnete Willkür und ... Privilegienwirtschaft Tür und Tor.

Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur, Berlin (Ch. Links Verlag) 1998, S. 40-45 und S. 52f.

D 5 Der neue Ansatz in der Wirtschaftspolitik

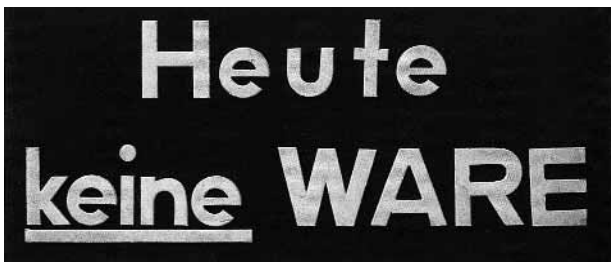


Bild: Deutsche Historische Museum, Berlin

[Erich Honecker hielt] die Verbesserung der Versorgungslage sowie die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung für unerlässlich, insbesondere nach den Mangelercheinungen und Engpässen der letzten Ulbricht-Jahre ... Tatsächlich verknüpfte sich mit einer Steigerung sozialpolitischer Leistungen durchaus die Chance, sich weiterhin zumindest die Loyalität einer Bevölkerungsmehrheit sichern zu können. Wesentlich stärker als zuvor wurde daher das Konsumbedürfnis breiter Bevölkerungsschichten ernst genommen.

Es fand ausdrücklich Berücksichtigung im Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, das Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 verkündete ... Ein ganzes Bündel sozialpolitischer Maßnahmen wurde beschlossen und als „Kernstück“ die Verbesserung der Wohnbedingungen durch ein umfassendes Bau-, Renovierungs- und Sanierungsprogramm vorgesehen. Weiterhin gehörten dazu: die Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten, die Arbeitszeitverkürzung für Frauen, besonders für solche mit Kindern..., die Verbesserung der medizinischen Versorgung und Betreuung sowie schließlich Ausbau und Ausweitung des Erholungswesens... Honeckers wirtschafts- und sozialpolitischer Kurskor-

rektur folgten in der Tat zunächst die „goldenen Jahre“ der DDR, zumindest in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Der Lebensstandard der Bevölkerung erhöhte sich spürbar und mit ihm auch die Akzeptanz des sozialistischen Systems.

Günther Heydemann; in: Informationen zur politischen Bildung 270 (2001/1), S. 19f.

D 6 Ausstattung privater DDR-Haushalte

Ausgewählte, langlebige Gebrauchsgüter (Angaben in Prozent, gerundet)

	1970	1980	Zum Vergleich: Bundesrepublik (1976)
Personenkraftwagen	16	37	76
Fernsehgeräte	69	88	119
Kühlschränke	56	99	97
Waschmaschinen	54	80	102

Nach: Grosser, Dieter u.a. (Hg.): Bundesrepublik und DDR, Stuttgart (Reclam Verlag) 1996, S. 240

D 7 Anspruch und Wirklichkeit

Der Wohnungsbau sollte zum „Kernstück der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ werden. Was dann in den siebziger und achtziger Jahren folgte, waren echte Leistungssteigerungen im Wohnungsbau, die die Wohnsituation partiell verbesserten, aber zur „Lösung der Wohnungsfrage“ bei weitem nicht ausreichten, weil gleichzeitig die umfangreiche Altbausubstanz weiter verfiel.

In dem Maße, wie Anspruch und Wirklichkeit divergierten, griff die SED zu Manipulationen in der zahlenmäßigen Darstellung der Ergebnisse des Wohnungsbaus. Sie verkörperten das Wunschdenken der Partei ... So mussten zum Beispiel in die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen auch bereits vorhandene Wohnungen eingerechnet werden, die ... modernisiert wurden. Fertiggestellte Gemeinschaftsunterkünfte in Arbeiterwohnheimen und Plätze in Feierabendheimen waren als Neubauwohnungen abzurechnen ... Die Realität belegt, dass in der DDR zu keinem Zeitpunkt auch nur eine annähernde „Lösung der Wohnungsfrage“ gegeben ... war.

Egon Hölder (Hrsg.): Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart (Metzler-Poeschel) 1992, S. 259f.

D 8

Wohnungsbau

Europas größte Plattenbausiedlung in Berlin-Marzahn

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Bild: dpa

1973 verabschiedete die SED das Wohnungsbauprogramm mit dem Ziel, bis 1990 „die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen“. Dem Beschluss vorausgegangen war eine rückläufige Fertigstellung von Wohnungen in den sechziger Jahren, da der Industriebau einseitig gefördert worden war. Der Wohnungsbau orientierte sich an der Plattenbauweise... Nach 1971 setzte sich die Montage aus vorgefertigten Betonfertigteilen endgültig durch, sie senkten den Aufwand zur Fertigstellung der Gebäude auf der Baustelle erheblich... Namen wie Halle-Neustadt, Jena-Lobeda, Berlin-Marzahn und Leipzig-Grünau stehen für Plattenbausiedlungen, die vornehmlich an den Stadträndern entstanden. Die Wohnungen in den

Neubausiedlungen waren wegen ihres Komforts sehr begehrt. Sie boten Zentralheizung, Bad, Innen-WC und meistens eine Einbauküche. Bei der Zuteilung der Wohnungen wurden Arbeiter sowie junge und kinderreiche Familien bevorzugt. Die subventionierten Mieten waren stabil. Die Nachteile der Siedlungen am Rande der Stadt – wie geringe Infrastruktur, Tristesse und Uniformität der Wohneinheiten – wurden vielen erst später bewusst.

Nach Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland / Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hrsg.): Einsichten. Diktatur und Widerstand in der DDR, Leipzig 2001, S. 137 und Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat?, Bonn (Dietz Verlag) 2002, S. 163-165

D 9

**Honeckers
neues Programm
– ein Misserfolg**

Trotz der Steigerung des Lebensniveaus gehörten ab Mitte der siebziger Jahre Käuferschlangen vor Geschäften aller Art wieder zum Alltagsbild in der DDR. Insbesondere technische Konsumgüter, Stereoanlagen, Farbfernseher und Autos waren nur sehr schwer zu bekommen und zudem oft überbeuert.

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Egon Hölder, S. 134 (vgl. D 7)

D 10 Auswirkungen von Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Preise für Grundnahrungsmittel und Kinderkleidung, die Tarife für Energie und Verkehrsdienstleistungen sowie die Wohnungsmieten blieben weiter auf niedrigem Niveau eingefroren, um die Befriedigung des Grundbedarfes für alle erschwinglich zu halten. Da aber die Kosten für die entsprechenden Güter und Leistungen auch in der DDR anstiegen, mussten ebenso die aus dem Staatshaushalt bereitgestellten Subventionen anwachsen... Lebensstandardwirksame und sozialpolitische „Morgengaben“ sollten Leistungssteigerungen der Beschäftigten fördern. Da aber die entsprechenden Anreize im Wirtschaftssystem begrenzt blieben..., traten die erhofften Resultate nicht ein. Im Gegenteil: die nicht mit eigener Leistung verbundene Zunahme materiellen Lebensniveaus und sozialer Sicherheit wirkten langfristig negativ auf die Leistungsmotivation. Die unentgeltlichen oder hoch subventionierten Leistungen der „zweiten Lohntüte“ (Gesundheits-, Bildungswesen, Kultur u. a. m.) und die Subventionen für Waren und Leistungen des Grundbedarfes wuchsen schneller als die Löhne. Damit wurde aber immer mehr der Verbrauch stärker belohnt als die eigene Leistung...

Da Honecker bei der Verwirklichung der „Hauptaufgabe“ Erfolge vorweisen wollte, der Konsum also steigen sollte, obwohl das erwirtschaftete Gesamtprodukt nicht im erhofften Maße wuchs..., musste mehr importiert werden, als man exportieren konnte und damit die Außenverschuldung steigen... Man finanzierte die bessere Versorgung und Sozialpolitik in hohem Maße durch Auslandskredite.

André Steiner; in: Konrad H. Jarausch / Martin Sabrow, (Hrsg.): Weg in den Untergang, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht Verlag) 1999, S. 163-165

D 11 Der Ausbau der Vormachtstellung der SED

Die Machthaber gaben sich moderner, lockerer, bürgernäher, als man dies von ihnen gewohnt war, doch gleichzeitig trieben sie den Ausbau des schrankenlosen Überwachungsstaates voran... Um die überall vermuteten „feindlichen“ Einflüsse durch Westkontakte von DDR-Bürgern zu neutralisieren, wurde ihre geheime Überwachung ausgebaut und mit verfeinerten Methoden betrieben... Unter Honecker verdoppelte sich der Personalbestand des hauptamtlichen Apparates des Staatssicherheitsdienstes auf 91 000 Mitglieder, die über Dienstwaffe und militärischen Rang verfügten.

Jürgen Weber: Deutsche Geschichte 1945-1990, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2001, S. 194-198

D 12 Die Ausbürgerung von Wolf Biermann

Nach mehr als zehn Jahren Auftrittsverbot hatte der Liedermacher Wolf Biermann im November 1976 die Erlaubnis zu einer Konzertreise in die Bundesrepublik erhalten. Nach seinem Auftritt in Köln meldete das „Neue Deutschland“ seine Ausbürgerung. Mit diesem vermeintlichen Befreiungsschlag versuchte das SED-Regime sich eines kritischen Gegners zu entledigen. In seinen Liedern und Texten hatte Biermann wie wenige andere Künstler die alltägliche Realität des DDR-Sozialismus beschrieben und sie der kommunistischen Utopie entgegengestellt. Damit forderte er die politische Führung heraus. Als Ermahnungen, sich mit der Kritik zurückzuhalten, keinen Erfolg zeigten, folgten Publikations- und Auftrittsverbot. Mit Wohnungskonzerten und in zahlreichen Abschriften fanden seine Texte dennoch Verbreitung...

Die Ausbürgerung des Liedermachers verfehlte ihr Ziel: Statt „Ruhe und Ordnung“ zu erreichen, wuchs die Empörung. Zahlreiche Künstler wandten sich gegen diesen Akt staatlicher Willkür... Ihrem Protest schlossen sich Menschen aller Altersgruppen und Berufsgruppen an. Allein in den ersten drei Wochen nach der Ausbürgerung registrierte die Staatssicherheit mehr als 450 „feindlich-negative Vorkommnisse“ in der gesamten DDR. Besonders hart ging die SED gegen Solidaritätsaktionen junger und oft unbekannter Menschen vor. Sie ließ 101 Personen verhaften und 50 Ermittlungsverfahren wegen „staatsfeindlicher Hetze“ und „Staatsverleumdung“ einleiten.

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hrsg.): Einsichten, Leipzig 2001, S. 169f.

D 13 Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Im Sommer 1973 fanden in Ostberlin die „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ statt, die Zehntausende junger Menschen aus allen Ländern in Ost und West, auch aus der Bundesrepublik Deutschland, in der Hauptstadt der DDR zusammenführten. Die DDR-Oberen gaben sich großzügig und tolerant, ließen die Jugendlichen musizieren, tanzen und diskutieren, wie sie wollten.

Was der internationalen Öffentlichkeit und den Teilnehmern wie eine Demonstration des Reformwillens des SED-Regimes erschien, war in Wirklichkeit inszeniert und bis ins Letzte kontrolliert. Monatelang hatte die Staatssicherheit alle erdenklichen Vorkehrungen getroffen, um Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Fast 20 000 Volkspolizisten, mehrere tausend Geheimdienstmitarbeiter in blauen FDJ-Blusen, zahlreiche Funktionäre der FDJ und anderer Massenorga-

nisationen befanden sich im Dauereinsatz, um Ost-Bürger vom „Klassenfeind“ fernzuhalten. Alles klappte dann auch vorzüglich. Die Doppelstrategie von Offenheit und verdeckter Repression hatte sich bewährt...

Nach Jürgen Weber: *Deutsche Geschichte 1945-1990, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2001, S. 1976f.*

D 14 Absage an gesamtdesche Bindungen

In einer Rede am 6. Januar 1971 ... erklärte Honecker: „Die BRD ist ... Ausland, und noch mehr: Sie ist imperialistisches Ausland.“ ... Der „Deutschlandsender“ verwandelte sich 1971 in die „Stimme der DDR“; die „Deutsche Akademie der Wissenschaften“ hieß seit 1972 „Akademie der Wissenschaften der DDR“; die Nationalhymne „Auferstanden aus Ruinen“ durfte nur noch gespielt, aber nicht mehr gesungen werden. Die Zeile „Deutschland, einig Vaterland“ verstieß gegen die neue Theorie, wonach es keine einheitliche deutsche Nation mehr gab.

Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Band 2, München (Beck Verlag) 2000, S. 295 und 325*



Musiklehrbuch der DDR von 1975

Der Text der DDR-Hymne (erste Strophe): Auferstanden aus Ruinen / und der Zukunft zugewandt, / lass uns dir zum Guten dienen, / Deutschland, einig Vaterland. / Alte Not gilt es zu zwingen, / und wir zwingen sie vereint, / denn es muss uns doch gelingen, / dass die Sonne schön wie nie / über Deutschland scheint, / über Deutschland scheint.

D 15 DDR-Interpretation des Grundlagenvertrages

Rede des DDR-Außenministers Otto Winzer am 13. Juni 1973 vor der Volkskammer der DDR

Das nunmehr vorliegende Vertragswerk ... ist ein faires, ausgewogenes Ergebnis ... Der Vertrag ... ist ein normaler völkerrechtlicher Vorgang, abgeschlossen zwischen zwei voneinander unabhängigen, souveränen Staaten ... Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat dessen ungeachtet in letzter Zeit wiederholt versucht, den Vertrag im Sinne eines sogenannten Offenhaltens der deutschen Frage zu interpretieren ...

Ich möchte hier namens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik noch einmal in aller Form feststellen: Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland sind zwei souveräne Völkerrechtssubjekte ... Völkerrechtlich verbindlich und von rechtlich endgültiger Form ist, was die Verhandlungspartner im Vertrag ... sowie in seinen Zusatzdokumenten vereinbart haben. Sie sind die einzige Grundlage für die Auslegung des Vertrages.

Nach Carl Christoph Schweitzer (Hrsg.): *Die deutsche Nation, Köln (Verlag Wissenschaft und Politik) 1976, S. 602f.*

D 16 DDR-Witze der siebziger Jahre

- Wie viele Meere sieht man vom Berliner Fernsehturm? Oben ein Wolkenmeer. Unten ein Häusermeer. Im Westen ein Lichtermeer. Im Osten gar nichts mehr.
- „Worin besteht der Unterschied zwischen einem VEB und einem Irrenhaus?“ – „Im Irrenhaus ist wenigstens die Leitung normal.“
- Erich Honecker will umgehend eine Studienreise nach Australien antreten, um dort in erster Linie die Technik der Kängurus zu studieren. – Warum denn das? – Er muss studieren, wie man mit leerem Beutel große Sprünge macht.
- Breschnew und Honecker halten sich zu einer Konsultation beim lieben Gott auf. Breschnew fragt Gott, ob die Sowjetbürger in zweihundert Jahren genug Fleisch zu essen haben werden. Gott schüttelt verneinend den Kopf. Breschnew dreht sich um und weint bitterlich. Honecker fragt nun den lieben Gott, wie es in zweihundert Jahren in der DDR aussehen wird. Gott winkt ab und beginnt selbst bitterlich zu weinen.

Nach Reinhard Wagner (Hrsg.): *DDR-Witze, Berlin (Dietz Verlag) 1998, Seiten 26, 48, 69 und 85*

E 1 – E 15

Terrorismus

E 1 Fahndung

Dringend gesuchte Terroristen

Im Zusammenhang mit dem

- dreifachen Mord an Generalbundesanwalt Buback und zwei seiner Begleiter am 7. 4. 1977 in Karlsruhe
 - Mord an Jürgen Ponto am 30. 7. 1977 in Oberursel
 - vierfachen Mord und der Entführung von Hanns-Martin Schleyer am 5. 9. 1977 in Köln
- werden gesucht:



Vorderseite des Faltblattes „Dringend gesuchte Terroristen“. Erste Reihe v. l.–r.: Susanne Albrecht, Elisabeth von Dyck, Friederike Krabbe, Silke Maier-Witt, zweite Reihe v. l.–r.: Juliane Plambeck, Adelheid Schulz, dritte Reihe v. l.–r.: Angelika Speitel, Sigrid Sternebeck, Inge Viett
Bild: dpa

E 2 Ultimatum an den Bundeskanzler

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt

„Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass die Passagiere und Besatzung der Lufthansa-Maschine 737, Flugnummer LH 181, von Palma nach Frankfurt (M) unter unserer vollständigen Kontrolle und Verantwortung stehen. Das Leben der Passagiere und der Besatzung und das Leben von Dr. Hanns Martin Schleyer hängen davon ab, dass Sie die folgenden Forderungen erfüllen:

1. Freilassung der folgenden Genossen der RAF aus westdeutschen Gefängnissen: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe [... und weitere acht Namen]. Jede Person soll DM 100.000 mitbekommen.
 2. Freilassung der folgenden palästinensischen Genossen der F.L.P. aus dem Gefängnis in Istanbul: Mahdi, Hussein.
 3. Die Zahlung von 15 Millionen US-Dollar gemäß beigefügten Anweisungen.
 4. Vereinbaren Sie mit einem der folgenden Länder die Aufnahme der Genossen, die freigelassen wurden: Demokratische Republik Vietnam, Republik Somalia, Demokratische Volksrepublik Jemen.
 5. Die deutschen Gefangenen sollen in einem von Ihnen gestellten Flugzeug zu ihrem Zielort gebracht werden. Sie sollen über Istanbul fliegen und die zwei aus dem dortigen Gefängnis entlassenen palästinensischen Genossen aufnehmen ... Alle Gefangenen sollen ihr Ziel bis Sonntag, 16. Oktober 1977, 08.00 Uhr, erreichen...
 6. Wenn nicht alle Gefangenen entlassen werden und ihr Ziel erreichen und das Geld nicht ... übergeben wird, werden Hanns Martin Schleyer und alle Passagiere sowie die Besatzung der Lufthansa-Maschine augenblicklich getötet.
 7. Wenn Sie unsere Anweisungen erfüllen, werden alle freigelassen.
 8. ... Dies ist unsere letzte Kontaktaufnahme mit Ihnen. Sie sind für jeglichen Irrtum oder Fehler bei der Freilassung der o.g. Gefangenen oder bei der Übergabe des angegebenen Lösegeldes gemäß den Anweisungen verantwortlich zu machen.
 9. Jeder Verzögerungs- oder Täuschungsversuch Ihrerseits bedeutet den augenblicklichen Ablauf des Ultimatums und die Exekution von Hanns Martin Schleyer, den Passagieren und der Besatzung des Flugzeugs.
13. Oktober 1977, Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus.“

Zit. nach Uwe Backes: *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und die Folgen*, Erlangen u.a. (Straube Verlag) 1991; S. 14f.

E 3 Meldung des Deutschlandfunks am 18. Oktober 1977, 0.38 Uhr

„Hier ist der Deutschlandfunk mit einer wichtigen Nachricht. Die von Terroristen in einer Lufthansa-Boeing entführten 86 Geiseln sind alle glücklich befreit worden. Dies bestätigt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums soeben in Bonn. Ein Spezialkommando des Bundesgrenzschutzes hat um 0.00 Uhr die Aktion auf dem Flughafen von Mogadischu gestartet. Nach den ersten Informationen sollen drei Terroristen getötet worden sein.“

Stefan Aust: *Der Baader-Meinhof-Komplex*, Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag) 1997, S. 17

E 4 Die Anfänge des Terrorismus

In den siebziger Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland zum Schauplatz einer Serie terroristischer Anschläge... Ihre Urheber waren drei Gruppierungen, die Rote Armee Fraktion (RAF), die Bewegung 2. Juni und die Revolutionären Zellen. Aus der inzwischen abgeklungenen Studenten- und Protestbewegung der sechziger Jahre entstanden, teilten alle drei die strikte Ablehnung der Bundesrepublik als ein angeblich faschistisches, imperialistisches Staatsgebilde, das es im Namen sozialrevolutionärer Zukunftsvorstellungen zu zerstören galt.

Ihre terroristischen Aktionen zielten vor allem auf die Befreiung der bundesrepublikanischen Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch, eine Befreiung, die dem Kapitalismus auf Weltebene einen entscheidenden Schlag versetzen und in einer Kettenreaktion zur Abschüttelung der imperialistischen Herrschaft durch die notleidenden und ausgebeuteten Massen in der Dritten Welt führen sollte.

Unmittelbar ging es darum, den Staat durch provokative Gewaltakte dazu zu zwingen, seine heuchlerische rechtsstaatlich-demokratische Fassade abzustreifen und sein wahres faschistisch-repressives Gesicht zu zeigen. Der zunehmende Widerstand der Arbeiterschaft gegen diesen Unterdrückerstaat würde, so die Annahme, mit einer allgemeinen Volkserhebung enden, welche das Ende der kapitalistisch-faschistischen Machtordnung besiegeln und die Schaffung eines sozialistischen Gesellschaftssystems ermöglichen sollte.

Als einflussreichste der drei Gewaltgruppen erwies sich die RAF. Sowohl hinsichtlich der Intensität und Öffentlichkeitswirksamkeit der Anschläge als auch, was die Produktion von ideologischen Texten und Rechtfertigungsschreiben angeht, übertraf sie die anderen deutlich...

Die Mitglieder der RAF... [gehörten] vorwiegend der mittleren oder sogar gehobenen Mittelschicht an, waren Studenten, Akademiker oder sonstige Vertreter intellektueller Berufe. Bei den Linksparteien, Gewerkschaften und anderen links-orientierten Gruppen in der Bundesrepublik stießen die Gewaltaktivisten auf einhellige Ablehnung; dasselbe gilt für die Arbeiterschaft, ihre Hauptzielgruppe. Dies lag nicht nur daran, dass ihre These vom repressiv-faschistischen Charakter der Bundesrepublik schwer nachvollziehbar und jedenfalls mit den Alltagserfahrungen des Durchschnittsbürgers unvereinbar war. Dazu trugen daneben auch die Überheblichkeit und der Absolutheitsanspruch bei, mit dem die RAF-Intellektuellen ihre „Wahrheiten“ verkündeten.

Peter Waldmann: Terrorismus, München (Gerling Akademie Verlag) 1998, S. 77-79

E 5 Das Konzept der Stadtguerilla

Auszüge aus der Programmschrift der RAF von 1971

Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinigungsprozesses sein kann. Wir bezweifeln, dass sich das Bündnis zwischen der sozialistischen Intelligenz und dem Proletariat durch programmatische Erklärungen „schweißen“... lässt...

Wir behaupten, dass ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, ohne den konkreten antiimperialistischen Kampf es keinen Vereinheitlichungsprozess gibt, dass das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht, in denen der bewusste Teil der Arbeiter und Intellektuellen nicht Regie zu führen, sondern voranzugehen hat... Eine Führungsrolle der Marxisten-Leninisten in zukünftigen Klassenkämpfen wird es nicht geben, wenn die Avantgarde selbst nicht das Rote Banner des Proletarischen Internationalismus hochhält und wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die Diktatur des Proletariats zu errichten sein wird, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist...

Das Konzept der Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die evolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften... Stadtguerilla ist bewaffneter Kampf, insofern es die Politik ist, die rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch macht... „Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen“ (Blanqui)... Stadtguerilla heißt, trotz der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Bundesrepublik und Westberlin hier und jetzt revolutionär intervenieren!!

Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung (Hrsg.): Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) – Rote Armee Fraktion (RAF), Köln 1990, S. 6-13

E 6 Parolen aus dem Umfeld der RAF

- Macht kaputt, was euch kaputtmacht
- Frei sein, high sein,
ein bisschen Terror muss dabei sein
- Drenkmann war das erste Schwein,
Buback kam gleich hintendrein
- Buback, Ponto, Schleyer -
der Nächste ist ein Bayer
- Der Buback-Spuk ist jetzt vorbei,
wir legen nun ein neues Ei

E 7 Andreas Baader an dpa

Aus einem Brief Andreas Baaders von 1972 an die Deutsche Presse-Agentur

Erfolgsmeldungen über uns können nur heißen: verhaftet oder tot. Die Stärke der Guerillas ist die Entschlossenheit jedes Einzelnen von uns. Wir sind nicht auf der Flucht. Wir sind hier, um den bewaffneten Widerstand gegen die bestehende Eigentumsordnung und die fortschreitende Ausbeutung des Volkes zu organisieren. Der Kampf hat erst begonnen.

Nach Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex, Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag) 1997, S. 278

E 8 Die Eskalation des Terrors

1968		
2./3. April	Mit Brandstiftungen in zwei Frankfurter Kaufhäusern beginnen die gewalttätigen Aktionen der RAF; unter den Tätern befinden sich Andreas Baader und Gudrun Ensslin.	
1970		
Juni	Mehrere RAF-Anführer nehmen an einer militärischen Ausbildung in einem Lager der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ in Syrien teil.	
1971		
15. Juli	Das RAF-Mitglied Petra Schelm wird bei einer Schießerei mit der Polizei getötet.	
22. Oktober	Der Polizeibeamte Norbert Schmid wird in Hamburg von einem RAF-Mitglied erschossen.	
1972		
2. Februar	Bei einem Sprengstoffanschlag der „Bewegung 2. Juni“ auf den britischen Yachtclub in Berlin-Gatow wird der Bootsbauer Erwin Beelitz getötet.	
10. u. 24. Mai	Bei Anschlägen der RAF auf US-Streitkräfte in Frankfurt und Heidelberg werden drei Menschen getötet.	
1.-15. Juni	Führende RAF-Mitglieder, darunter Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Gudrun Ensslin werden verhaftet.	
1974		
9. November	Der RAF-Terrorist Holger Meins stirbt nach achtwöchigem Hungerstreik.	
10. November	Der Berliner Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann wird von einem „Kommando der Bewegung 2. Juni“ in seiner Wohnung ermordet.	
1975		
27. Februar	Die Terrorgruppe „Bewegung 2. November“ entführt den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und presst für seine Freilassung fünf inhaftierte Gesinnungsgenossen frei.	
24. April	Ein Terroristenkommando „Holger Meins“ besetzt die deutsche Botschaft in Stockholm und fordert die Freilassung von 26 in-	

	haftierten Mitgliedern der RAF. Zwei deutsche Diplomaten und zwei der Terroristen werden getötet.
1976	
9. Mai	Die RAF-Gründerin Ulrike Meinhof nimmt sich in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim das Leben.
1977	
7. April	Ein „Kommando Ulrike Meinhof“ erschießt in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback.
28. April	Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe werden vom Stuttgarter Oberlandesgericht wegen mehrfachen Mordes, Mordversuchs und Gründung einer kriminellen Vereinigung zu lebenslangem Gefängnis verurteilt.
8. Mai	Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilt die vier Mitglieder des „Kommandos Holger Meins“, die im April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm überfallen hatten, zu lebenslanger Haft.
30. Juli	Terroristen erschleichen sich den Zugang in das Haus des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Jürgen Ponto, in Oberursel und erschießen diesen bei einem Entführungsversuch.

„Deutscher Herbst“ 1977

5. September	Der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer wird von RAF-Mitgliedern in Köln auf offener Straße entführt, um zehn inhaftierte Terroristen freizupressen. Bei dem Überfall werden Schleayers Fahrer und drei Polizeibeamte erschossen.
13. Oktober	Vier Palästinenser entführen im Kontakt mit der RAF die Lufthansa-Boeing „Landshut“ mit 86 Urlaubern und vier Besatzungsmitgliedern auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt, fordern die Freilassung von RAF-Terroristen und zwei Gefangenen in der Türkei sowie 15 Millionen Dollar Lösegeld. (Siehe E 1 bis E 3.)
17. Oktober	Nach einer Odyssee über Rom, Zypern, Bahrein, Dubai und Aden landet die entführte „Landshut“ in Mogadischu/Somalia.
17. Oktober	Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begehen in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim Selbstmord. Der Versuch sie freizupressen, war zuvor in Mogadischu gescheitert.
19. Oktober	Der entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer wird in Mülhausen/Frankreich ermordet im Kofferraum eines PKW aufgefunden.

1978

24. September	Bei einem Schusswechsel mit RAF-Terroristen wird in Düsseldorf ein Polizeibeamter getötet, ein weiterer schwer verletzt.
1. November	Zwei niederländische Zollbeamte werden von dem RAF-Mitglied Rolf Heißler erschossen.

1979

25. Juni	Bei einem missglückten Sprengstoffanschlag der RAF auf US-General Alexander Haig in Mons/Belgien werden zwei Polizeibeamte schwer verletzt
----------	--

E 9 Beurteilung durch Bundeskanzler Helmut Schmidt

a Möglichkeiten des Strafrechts

Gegenüber Terroristen, die sich in bewusster Willensentscheidung gegen unsere rechtsstaatliche Ordnung auflehnen und ihr eigenes Leben dabei aufs Spiel setzen wollen ..., müssen zwei wesentliche Grundgedanken des Strafrechts versagen: Gegenüber solchen muss die Abschreckung und muss wohl auch die Resozialisierung versagen; denn der Terrorist will sich ja in unsere Gesellschaft nicht einfügen. Im Gegenteil, er will sie umstürzen, ihr seine totalitären Ansprüche aufzwingen, und er lässt sich auch nicht durch noch so hohe Strafen, auch nicht durch die Todesstrafe abschrecken, denn er ist ja bereit, aus Fanatismus sein Leben wegzuworfen ... Für die Bekämpfung dieser Terroristen bleibt folglich nur der dritte Gedanke des Strafrechts wirksam, nämlich die Sicherung. Das heißt, wir müssen sie hinter Schloss und Riegel bringen ...

Auszüge aus der Regierungserklärung vom 13. März 1975. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 7. Wahlperiode Nr. 5, S. 10731 ff.

b Schutz des Rechtsstaats

Unsere Verfassung weist allein dem Staat die Verpflichtung und das Recht zu, über Strafe und über Freiheit zu entscheiden. Dies hat nach festen gesetzlichen Regeln, nach einem gesetzlich geordneten Verfahren

zu geschehen. Terroristen dürfen Entscheidungen über Tod und Leben Anderer nicht an sich reißen ... Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, muss innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist.

Auszug aus der Regierungserklärung vom 24. März 1975. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 7. Wahlperiode Nr. 5, S. 11781 f.

c Aufgaben des Rechtsstaats

Die Identifikation mit unserem freiheitlichen Rechtsstaat kann ... nur gelingen, wenn wir dessen Grundsätze in der staatlichen Wirklichkeit auch tatsächlich bewahren ... Wir müssen ... der Versuchung widerstehen, ein Geflecht von Gesetzen herzustellen, hinter dem eines Tages die Freiheit unsichtbar wird ... Wir haben in Wahrheit zwei Aufgaben zu leisten: Zum ersten den Terrorismus ohne Wenn und Aber und ohne jede sentimentale Verklärung der Tätermotive zu verfolgen, bis er aufgehört haben wird, ein Problem zu sein. Aber die andere Aufgabe muss es sein, die Meinungsfreiheit kämpferisch und entschlossen zu verteidigen und über jeden Zweifel klarzumachen, dass Kritik an den vielerlei Obrigkeiten nicht nur statthaft ist, sondern dass sie für jeden demokratischen Staat prinzipiell erwünscht ist.

Auszüge aus der Regierungserklärung vom 20. April 1977. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 7. Wahlperiode Nr. 6, S. 1444 f.

E 10

Bekämpfung des Terrorismus

„Ich meine, wir müssen uns mit den Wurzeln befassen.“

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Zeichnung: Horst Haitzinger, 1977; nach P&U 2/1978, S. 17

E 11 „Keine Chance“

Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. September 1977 (nach der Entführung Hanns Martin Schleyers) im Fernsehen der ARD

Während ich hier spreche, hören irgendwo sicher auch die schuldigen Täter zu. Sie mögen in diesem Augenblick ein triumphierendes Machtgefühl empfinden. Aber sie sollten sich nicht täuschen.

Der Terrorismus hat auf Dauer keine Chance, denn gegen den Terrorismus steht nicht nur der Wille der staatlichen Organe, gegen den Terrorismus steht der Wille des gesamten Volkes.

Nach Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex, Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag) 1997, S. 491

E 12 Maßnahmen des Staates

Dezember 1974: Änderungen des Strafverfahrensrechts wegen der provokativen Missachtung der Gerichte durch Terroristen. Bei ungebührlichem Verhalten oder selbstverschuldeter Verhandlungsunfähigkeit kann künftig auch ohne den Angeklagten weiter verhandelt werden.

April 1976: Die neuen Paragraphen 88a und 130a des Strafgesetzbuches stellen die verfassungsfeindliche Befürwortung und Anstiftung rechtswidriger Aktivitäten unter Strafe. Damit soll das terroristische Umfeld bekämpft werden.

August 1976: Das „Anti-Terrorismus-Gesetz“ führt den Tatbestand der „Bildung terroristischer Vereinigungen“ in das Strafgesetzbuch (§ 129a) ein. Hauptziel ist die Bekämpfung militanter Vereinigungen bereits im Vorfeld terroristischer Aktionen. Gründung, Mitgliedschaft, Werbung und Unterstützung von Organisationen, die auf die Begehung schwerster Verbrechen wie Mord, Totschlag, Entführung, Raubüberfall usw. zielen, werden mit Strafe bedroht.

September 1977: Das „Kontaktsperregesetz“ schafft noch während der Schleyer-Entführung die rechtliche Möglichkeit, die Kommunikationskanäle der inhaftierten Terroristen zur Außenwelt für eine bestimmte Frist zu unterbrechen.

April 1979: Änderungen der Strafprozessordnung; zum Beispiel Erweiterung von Durchsuchungsbefugnissen, Beschränkung der Verteidigerrechte wie die Erleichterung des Ausschlusses von Verteidigern und die Einführung einer Trennscheibe für den mündlichen Verteidigerverkehr.

Zusammenstellung nach Uwe Backes: Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und die Folgen, Erlangen u. a. (Straube Verlag) 1991, S. 175f.

E 13 Bewährungsprobe bestanden

Dass die Terroristen ... scheiterten, lag einmal an ihrer abstoßenden Brutalität, aber auch an der besonnenen Haltung der politisch Verantwortlichen. Nicht an kalten Prinzipien orientiert, sondern auf den Einzelfall bezogen, in ethischer Abwägung der Folgen ihres Handelns ließen die Politiker Härte und Besonnenheit zugleich walten. Sie wurden von der „kochenden Volksseele“ und dem Durst nach Lynchjustiz nicht zu Überreaktionen verführt, die zweifellos die Solidarisierung mit den Terroristen verstärkt und vielleicht auch Grundprinzipien des Rechtsstaates geopfert hätten ... In der Bevölkerung hatte der Terrorismus nicht nur keine Chance – er trug sogar zur Solidarität mit dem demokratischen Staat bei.

Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition 1974-1982; in: Ders. / Werner Link (Hrsg.): Republik im Wandel 1974-1982, Stuttgart/Mannheim (Deutsche Verlagsanstalt und Brockhaus Verlag) 1987, S. 86

E 14 Ein kritischer Rückblick

Im Herbst 1977 konnte man den Eindruck gewinnen, dass diese terroristische Organisation [die RAF] das ganze politische System der Bundesrepublik ins Wanken brachte ...

Ärgerlich waren zwei in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren weit verbreitete Verhaltensweisen: einerseits die Unbesonnenheit einiger Intellektueller ..., die das Thema Gewalt allzu nachsichtig behandelten ..., andererseits – und in viel stärkerem Ausmaß – die flammende Anprangerung der „Sympathisanten“ des Terrorismus, wobei dieser Begriff nicht selten Männern und Frauen gegenüber angewandt wurde, die lediglich Kritik an sozialen Ungerechtigkeiten geübt hatten oder empört waren über die hysterischen Auswüchse der Terrorismusangst.

Viele Deutsche in der Bundesrepublik sind auch der Versuchung erlegen, alles über einen Leisten zu schlagen, vom mörderischen Attentat bis zur friedlichen Demonstration, von der handgreiflichen Aggression gegen „reaktionäre“ Professoren in den Hörsälen bis zu den geringfügigsten verbalen Äußerungen von Respektlosigkeit. Diese Pauschalierung hatte sehr bedenkliche Folgen ...

„Wehret den Anfängen!“ – In den siebziger Jahren wurde diese Mahnung vor allem von denen ins Feld geführt, die Kontroll-, Beschränkungs- und Verbotmaßnahmen gegenüber den „Verfassungsfeinden“ befürworteten; andere ... verstanden diese Mahnung als Verpflichtung, darüber zu wachen, dass die Grundfreiheiten nicht im Namen der Freiheit schlechthin eingeschränkt wurden ...

Alfred Grosser: Das Deutschland im Westen, München (Deutscher Taschenbuchverlag) 1988, S. 243-245

E 15 Bundespräsident Johannes Rau (2002)

Auszüge aus der Rede zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge des Jahres 1977, vom 18. Oktober 2002

Die RAF hatte zur Durchsetzung ihrer Ziele die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens aufgekündigt. Die Mitglieder der RAF hatten die Ermordung von Repräsentanten des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft, die ihnen verhasst waren, zur revolutionären Strategie erklärt ... Sie haben Menschen umgebracht, kaltblütig, mit Vorsatz und in dem Wahn, damit eine freie, eine menschliche Gesellschaft erzwingen zu können ...

In den Texten der Terroristen mischen sich Wirklichkeitsverlust und Selbsttäuschung, Selbstgerechtigkeit und der Wahn, als Widerstandskämpfer Zustimmung und Unterstützung zu finden ... Die Wahrheit aber lässt sich eben nicht bemänteln: Die RAF-Mitglieder bekämpften kein angeblich totalitäres „System“, sondern sie töteten Menschen, die ihnen nichts getan hatten ... Im Gefängnis bezeichneten sie sich als „politische Gefangene“. Welcher Zynismus, welche Anmaßung Menschen gegenüber, die tatsächlich ihrer Überzeugungen und nicht Verbre-

chen wegen eingekerkert wurden ... Welch ein Wirklichkeitsverlust, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland mit Faschismus und mit dem Terror von Diktaturen gleichzusetzen!

In unserem freiheitlichen Rechtsstaat ist jeder frei zu denken, was er will, und keiner ist verpflichtet, sich an die Wirklichkeit zu halten. Niemand hat aber das Recht, für seine politischen Überzeugungen mit Gewalt einzutreten. Das Gewaltmonopol des Staates schützt ja in erster Linie die Minderheiten, die Außensteiter, auch die Meinungsfreiheit für extreme Auffassungen. Das kann der Staat aber nur dann, wenn er mit seinem Gewaltmonopol auch verhindert, dass Bürger andere Bürger umbringen, weil sie ihrer Vorstellung von Staat und Gesellschaft im Weg stehen ...

Eine Lehre sollten wir beherzigen: Wir müssen der neuen, globalen Herausforderung durch den Terror heute mit der gleichen Entschlossenheit begegnen, die uns damals in Deutschland geleitet hat: Unbeirrbar in der Überzeugung, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf – und besonders in der Wahl unserer Mittel.

Internetseiten zum Thema

Zusammengestellt von Albrecht Mangler

Redaktion Otto Bauschert. Für den Inhalt der aufgelisteten Seiten ist weder der Herausgeber noch der Autor verantwortlich.

[Http://www.dhm.de](http://www.dhm.de)
Internetauftritt des Deutschen Historischen Museums mit der Bilderdatenbank und zahlreichen Zusammenfassungen zu verschiedenen Themen.

<http://www.q70.de/>
Quiz und Fragen rund um die siebziger Jahre, Lifestyle, Trends und Zeitgeist.

<http://www.wyhl.de/>
Internetauftritt des Ortes Wyhl im Landkreis Emmendingen mit Informationen rund um Kultur und Geschichte der Gemeinde.

http://home.t-online.de/home/boa_kuenstlerkooperative/oeko09.htm
Kurze Geschichte zum kleinen Ort Wyhl und den Ereignissen 1975.

<http://www.bessereweltlinks.de/antiakw.htm>
Umfangreiche Linksammlung rund um Atomenergie und Anti-Atom Bewegung.

www.addf-kassel.de
Homepage des Archivs der deutschen Frauenbewegung in Kassel mit Recherche-Möglichkeit in Online-Katalogen.

http://www.politeia_project.de/
Das Lehrgebiet für Frauengeschichte der Universität Bonn informiert in diesem Onlineauftritt über die Geschichte der Frauen seit 1945. Mit Biographien, Begriffslexikon und großem Multimedia-Archiv.

http://www.lsg.musin.de/Geschichte/KK/neue_ostpolitik.htm
Informationen über die Ziele, Durchführung und Ergebnisse der neuen Ostpolitik. Präsentiert vom Louise-Schroeder-Gymnasium München.

<http://www.hdg.de/karikatur/>
Das Haus der Geschichte bietet unter dieser Adresse Zugriff auf 50 Jahre deutsche Karikaturen in West und Ost, nach Jahren geordnet. Unter anderem auch zur Ostpolitik. Jede Karikatur mit kurzem Begleittext.

http://www.honecker_im_internet.de/
Kurioses und Wissenswertes rund um Erich Honecker. Mit zahlreichen gesammelten Karikaturen aus den siebziger Jahren.

http://www.bstu.de/mfs/chronologie/seiten/chronik72_73.htm
Sehr genaue Chronologie der DDR der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, nach Jahren wählbar.

http://www.ddd_witz.de/
Witze aus und über die DDR sind auf dieser Seite mit Quellenangabe (zum Teil aus Stasi-Akten überwachter Personen) zusammengetragen. Besonders Interessant: theoretische Betrachtung der DDR-Witze.

http://www.fr_aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/zeitgeschichte/der_deutsche_herbst/
Dossiers der Frankfurter Rundschau zum deutschen Herbst. Sehr umfangreiches Material aus dem Archiv.

http://www.rz.unibw_muenchen.de/~s11bsowi/pdf/IFSWerkstatt6.pdf
Deutscher Herbst im Verfassungsgericht. Welche verfassungsrechtlichen und politischen Folgen hatte und hat der Terror? An der Universität München publizierte, analytische Arbeit.

AV-Medien zum Thema

Zusammengestellt von Hanns-Georg Helwerth
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, Stuttgart

Sonnenallee

Video-DVD/CD, 87 min, f, 1998

Adressaten: S1 (Sch 9); J; Q

Die DDR in den siebziger Jahren. In der Sonnenallee: das sind junge Leute – damals wie heute, hier wie dort. Das sind verbotene Songs und Träume. Und eine große Liebe, die die Welt verändert. Das Panorama des Ostens, erzählt von Leuten, die dabei waren, gefühlvoll und komisch. **46 50266**

Keine Macht für Niemand, 1970–1976

Pop 2000, Fünfzig Jahre Popmusik und Jugendkultur in Deutschland

Schulfernsehen (VHS) 45 min, f, 2000

Adressaten: S1 (Sch 9)

Die Puhdys feiern West-Erfolge, Nina Hagen kommt ins Fernsehen, sogar die verbotenen Butlers kehren als Renft-Combo vorübergehend zurück. Im Trend der Zeit leben und arbeiten Guru Guru, Amon Düül II oder Kraan gemeinsam in Landkommunen. Selbst die durchgeknallten Krautrockers sind etabliert. Kraftwerk gelten bald als Helden. Erfolg auch für deutsche Sänger: Udo Lindenberg singt schnoddrige Texte. **42 84692**

Night Fever und No Future, 1975–1980

Schulfernsehen (VHS), 45 min, f, 2000

Adressaten: S1 (Sch 9)

„Fly Robin fly“...! Das Disco-Fieber greift um sich. Boney M. und Silver Convention feiern internationale Triumphe. Produzenten wie Frank Farian und Giorgio Moroder machen Disco „made in Germany“ zum Erfolgsprodukt. Die deutsche Jugend bewegt sich „Saturday Night“ auf den Spuren von John Travolta. Auch Nina Hagen und Wolf Biermann etablieren sich. DDR-Rocker wie Elektra oder Karat geben sich lieber unpolitisch. **42 84693**

Kleine Schritte

Deutschland, Deutschland

Erinnerungen an die Geschichte einer geteilten Nation (3)

16-mm-Film, 45 min, f, 1980

Adressaten: S1 (Sch 10); S2 (Sch 11); J (L 10); Q

Schilderung der Bemühungen der beiden deutschen Staaten um Normalisierung der Beziehungen von 1969 bis zu den Ostverträgen aus der Sicht der Zeitzeugen Paul Frank, Staatssekretär a.D. und Wolfgang Seiffert. **32 52388**

Deutschland 1970,

Beginn des Dialogs?

Filmdokumente zur Zeitgeschichte

Video, 34 min, sw, 2000

Adressaten: S1 (Sch 9); S2 (Sch 11); Q

Originaldokumente (Wochenschau und Fernsehberichte) aus Ost und West dokumentieren wichtige Etappen deutsch-deutscher Politik von der Berlin-Krise 1958–61 bis zum Grundlagenvertrag 1972. **42 02568**

Willy Brandt – der Kanzler

Video, 22 min, f/sw, 2002

Adressaten: S1 (Sch 9); S2 (Sch 11)

Die Biografie vermittelt einen überzeugenden Einblick in Kindheit und Jugend, Emigration und politischen Werdegang des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem aber werden die Grundzüge der Ostpolitik dargestellt. Statements von politischen Weggefährten, Widersachern, Freunden und Mitgliedern der Familie zeichnen ein eindruckvolles und anschauliches Porträt des Politikers und der Persönlichkeit Willy Brandt. **42 03744**

Entspannung 1969–1975

Der kalte Krieg

Video, 50 min, f+sw, 1998

Adressaten: J; Q

7. Dezember 1970: Willy Brandt kniet am Mahnmahl für die Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstands von 1943 nieder. Gerade fünf Monate im Amt, besucht er als erster Bundeskanzler im März 1970 die DDR und dann auch Moskau und Polen. **42 67949**

1971–90, Konsolidierung und innere Krise

Bilder aus vierzig Jahren DDR-Geschichte (3)

Video, 22 min, f+sw, 1990

Adressaten: S1 (Sch 9); S2 (Sch 11)

Dokumentarisches Filmmaterial und Interviews veranschaulichen die Entwicklung der DDR in den siebziger Jahren: internationale Anerkennung, eine kurze Phase relativer wirtschaftlicher und sozialer Stabilität und schließlich Stagnation. **42 01354**

Das sowjetische Ehrenmal

Video, 10 min, f, 1975

Adressaten: J; Q

Propagandistisch gefärbter DEFA-Film über das sowjetische Ehrenmal in Berlin-

Treptow. Kameraführung und Kommentartext zeichnen den Film als klassisches Beispiel des DDR-Propagandastils der 70er Jahre aus. **42 54254**

Zwei getrennte Staaten, ein vereintes Deutschland 1973–1990

Deutsche Geschichte nach 1945 (3)

Video, 31 min, f+sw, 1992

Adressaten: S1 (Sch 9); S2 (Sch 11); Q

Nach der internationalen Anerkennung der DDR ist die deutsche Frage kein Thema der Weltpolitik mehr. Mit Aussagen wichtiger Zeitzeugen und Archivmaterial werden die Schwierigkeiten der deutsch-deutschen Beziehungen in der Honecker-Ära bis zum Zusammenbruch des totalitären Systems geschildert und die Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit dokumentiert. **42 01395**

Die Täter

Im Fadenkreuz

Video, 45 min, f, 2000

Adressaten: S2 (Sch 11); J (L 11); Q

Dokumentation über die RAF, besonders über Ulrike Meinhof und Andreas Baader, die hier als zwei unterschiedliche Typen von Terroristen vorgestellt werden: Moralisten und Anarchisten. Die einen gaben sich, legitimiert durch selbstzerstörerischen Moralismus, die Lizenz zum Töten, die Motive der anderen wurzelten in tiefem Hass gegen Staat, Polizei und jede Art von Obrigkeit. Für die einen steht Ulrike Meinhof, für die anderen Andreas Baader. **42 69073**

Stammheim

Orte des Erinnerns

Schulfernsehen (VHS), 30 min, f, 2002

Adressaten: S1 (Sch 9)

Die Justizvollzugsanstalt in Stammheim bei Stuttgart war bis in die siebziger Jahre ein „normales“ Gefängnis. Dann wurde es zum Symbol für die wehrhafte Demokratie, die sich mit diesem Hochsicherheitsgefängnis gegen die Angriffe der RAF-Terroristen zu wehren versuchte. **42 85149**

Der weiße Fleck

Abrechnung mit dem Terrorismus

16-mm-Film, 46 min, f, 1979

Adressaten: Q

Interview aus dem Jahr 1979 mit den früheren Terroristen Mahler und Bäcker. Die Länge des Films und sein ausgesprochen intellektueller Sprachstil lassen den Film allenfalls für die gymnasiale Oberstufe und besonders interessierte Gruppen der Erwachsenenbildung als Gesprächsanstoß geeignet erscheinen. **32 52008**

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefax 0711/16 40 99-77
lpb@lpb.bwue.de
http://www.lpb.bwue.de

Telefon Stuttgart: 0711/16 40 99-0

Durchwahlnummern

Direktor: Dr. h. c. Siegfried Schiele	-60
Referentin des Direktors: Dr. Jeannette Behringer	-62
Controlling: Gudrun Gebauer	-11
Frauenvertreterin: Gordana Schumann	07125/152-121

1 Querschnittsabteilung Zentraler Service

11 Grundsatzfragen: Günter Georgi (Abteilungsleiter)	-10
12 Haushalt und Organisation: Jörg Harms	-12
13 Personal: Gudrun Gebauer	-13
14 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich	-14

2 Querschnittsabteilung Marketing

21 Marketing: Werner Fichter (Abteilungsleiter)	-63
22 Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk	-64

3 Abteilung Demokratisches Engagement

31* Geschichte und Verantwortung: Konrad Pflug (Abteilungsleiter)	-31	
32 Frauen und Politik: Christine Herfel ... -32, Beate Dörr....	-75	
33* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel	-35	
34 Jugend und Politik: Wolfgang Berger	-22	
35* Schülerwettbewerb des Landtags: Reinhard Gaßmann	-25, Monika Greiner	-26

4 Abteilung Medien

41 Neue Medien: Karl-Ulrich Templ (stv. Dir., Abt.leiter)	-20
42 Redaktionen Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe: Siegfried Frech	-44
43 Redaktion Deutschland und Europa: Dr. Walter-Siegfried Kircher	-43
44 Redaktion Politik und Unterricht: Otto Bauschert	-42

5 Abteilung Regionale Arbeit

51 Außenstelle Freiburg: Dr. Michael Wehner, Tel. 0761/2077377	
52 Außenstelle Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann (Abteilungsleiter), Tel. 06221/6078-14	
53* Außenstelle Stuttgart: Dr. Iris Häuser, Tel. 0711/164099-52, Peter Trummer	-50
54 Außenstelle Tübingen: Rolf Müller, Tel. 07071/2002996	

6 Abteilung Haus auf der Alb **Tel. 07125/152-0**

61 Natur und Kultur: Dr. Markus Hug (Abteilungsleiter)	-146
62 Zukunft und Bildung: Robert Feil	-139
63 Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr	-147
64 Frieden und Entwicklung: Wolfgang Hesse	-140
65 Landeskunde Baden-Württemberg: Dr. Angelika Hauser-Hauswirth	-134
66 Modernisierung in Staat und Wirtschaft: Eugen Baacke	-136
67 Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann	-121
68 Hausmanagement: Erika Höhne	-109

Anschriften

Hauptsitz in Stuttgart s. links

* 70178 Stuttgart, Paulinenstraße 44–46,
Fax 0711/164099-55

Abteilung/Tagungsstätte Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach,
Tel. 07125/152-0, Fax -100

Außenstelle Freiburg, Friedrichring 29,
79098 Freiburg, Tel. 0761/20773-0, Fax -99

Außenstelle Heidelberg, Plöck 22,
69117 Heidelberg, Tel. 06221/6078-0, Fax -22

Außenstelle Stuttgart, Paulinenstraße 44–46,
70178 Stuttgart, Tel. 0711/164099-51, Fax -55

Außenstelle Tübingen, Herrenberger Straße 36,
72070 Tübingen, Tel. 07071/200-2996, Fax -2993

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Tagungsstätte Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, (Tel. 07125/152-0)
Montag bis Freitag 8–16.30 Uhr

Freiburg Friedrichring 29
(Martina Plajer, Tel. 0761/20773-10)
Dienstag und Donnerstag 9–15 Uhr

Heidelberg Plöck 22
(Maria Melnik, Tel. 06221/6078-11)
Dienstag 9–15 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 13–17 Uhr

Stuttgart Staffenbergstr. 38
(Ulrike Weber, Tel. 0711/164099-66)
Montag und Donnerstag 9–12, 14–17 Uhr,
Dienstag 9–12 Uhr

Tübingen Herrenberger Straße 36
(Claudia Häbich/Sonja Danner, Tel. 07071/2002996)
Mittwoch und Donnerstag 9.15–11.45 Uhr,
Dienstag 9.15–15 Uhr

Nachfragen

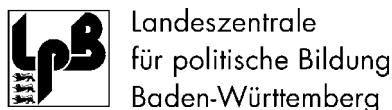
Publikationen (außer Zeitschriften)
Ulrike Weber, Telefon 0711/164099-66
ulrike.weber@lpb.bwl.de

Der Bürger im Staat
Ulrike Hirsch, Telefon 0711/164099-41
ulrike.hirsch@lpb.bwl.de

Deutschland & Europa und Politik & Unterricht
Sylvia Rösch, Telefon 0711/164099-45
sylvia.roesch@lpb.bwl.de

Bestellungen

bitte schriftlich an die zuständigen Sachbearbeiterinnen (s.o.):
Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Fax 0711/164099-77,
oder E-Mail: marketing@lpb.bwl.de
online: http://www.lpb.bwue.de



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Thema des nächsten Heftes:

**Staunen,
was die Zukunft bringt**